



64. Sitzung

am Dienstag, dem 2. Februar 2016, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 5392

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGescho auf
Vorschlag der CSU-Fraktion
**"Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit jetzt! 12-
Punkte-Programm gegen die Flüchtlingskrise"**

Thomas Kreuzer (CSU)..... 5392
Markus Rinderspacher (SPD)..... 5394
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 5395
Christine Kamm (GRÜNE)..... 5396 5405
Gudrun Brendel-Fischer (CSU)..... 5398 5399
Angelika Weikert (SPD)..... 5399 5400
Josef Zellmeier (CSU)..... 5400
Staatsminister Joachim Herrmann..... 5402
Prof. Dr. Michael Piazolo
(FREIE WÄHLER)..... 5404
Natascha Kohnen (SPD)..... 5405

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Bayerischen Lehrerbil-
dungsgesetzes (Drs. 17/9699)**
- Erste Lesung -

Staatssekretär Georg Eisenreich..... 5406
Isabell Zacharias (SPD)..... 5407
Otto Lederer (CSU)..... 5409
Prof. Dr. Michael Piazolo
(FREIE WÄHLER)..... 5410
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 5411

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 5412

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete
Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
**zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher
an demokratischen Entscheidungsprozessen -
Jugendbeteiligungsgesetz (Drs. 17/9735)**
- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Dr. Paul Wengert
u. a. und Fraktion (SPD)
**zur Änderung der Verfassung, des Landes-
wahlgesetzes und des Gemeinde- und Land-
kreiswahlgesetzes**
**Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jah-
re bei Wahlen, Volksbegehren und Volksent-
scheiden sowie Bürgerbegehren und Bürger-
entscheiden (Drs. 17/9757)**
- Erste Lesung -

Claudia Stamm (GRÜNE)..... 5412 5417
Dr. Linus Förster (SPD)..... 5414 5417
Andreas Lorenz (CSU)..... 5416 5417 5418
Florian Streibl (FREIE WÄHLER)..... 5418

Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 5419

Abstimmung
**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Ge-
schäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 1)**

Beschluss..... 5419

**Besetzung des Bayerischen
Verfassungsgerichtshofs
Neuwahl eines berufsrichterlichen Mitglieds**

und

**Besetzung des Bayerischen
Verfassungsgerichtshofs
Wahl eines nichtberufsrichterlichen Mitglieds**

Geheime Wahl
eines berufsrichterlichen Mitglieds..... 5420

Beschluss
zur Wahl eines nichtberufsrichterlichen Mitglieds 5420

Ergebnis der geheimen Wahl..... 5427

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Breitbandförderung von Land und Bund sinnvoll ergänzen (Drs. 17/9260)

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/9669)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Bernhard Roos u. a. und Fraktion (SPD)

Breitbandprogramm zukunftstauglich machen (Drs. 17/9233)

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/9667)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER)..... 5420
Bernhard Roos (SPD)..... 5421 5422 5423
Thorsten Schwab (CSU)..... 5422
Sandro Kirchner (CSU)..... 5423
Markus Ganserer (GRÜNE)..... 5424
Staatsminister Dr. Markus Söder..... 5425

Beschluss
zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/9260..... 5427

Beschluss
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/9233..... 5427

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lernen im digitalen Zeitalter I - Infrastruktur ausbauen, Support stärken (Drs. 17/8195)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 17/9745)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lernen im digitalen Zeitalter II - Medienpädagogische Bildung der Lehrkräfte (Drs. 17/8196)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 17/9746)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lernen im digitalen Zeitalter III - Informatik als Pflichtfach (Drs. 17/8197)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 17/9747)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lernen im digitalen Zeitalter IV - Förderung medienpädagogischer Forschung und Praxisforschung (Drs. 17/8198)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 17/9748)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lernen im digitalen Zeitalter V - Nutzung von W-LAN an den Schulen (Drs. 17/8199)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 17/9749)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lernen im digitalen Zeitalter VI - BYOD statt Handyverbot (Drs. 17/8200)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 17/9750)

Thomas Gehring (GRÜNE)..... 5428
Manfred Ländner (CSU)..... 5429
Dr. Simone Strohmayer (SPD)..... 5431
Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 5432
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)..... 5434
Staatssekretär Georg Eisenreich..... 5434 5437
Ulrike Gote (GRÜNE)..... 5436

Beschluss en bloc..... 5437

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Isabell Zacharias u. a. und Fraktion (SPD)

3. Startbahn: Klarheit für die Menschen - Entscheidung jetzt! (Drs. 17/9227)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/9671)

Florian von Brunn (SPD)..... 5437 5444

Markus Blume (CSU)..... 5438

Benno Zierer (FREIE WÄHLER)..... 5440 5444

Dr. Christian Magerl (GRÜNE)..... 5441 5445

Staatsminister Dr. Markus Söder.... 5442 5444 5445

Namentliche Abstimmung..... 5446

Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 2)..... 5446

Schluss der Sitzung..... 5446

(Beginn: 14.04 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 64. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit jetzt! 12-Punkte-Programm gegen die Flüchtlingskrise"**

Die einzelnen Regeln für die Aktuelle Stunde sind Ihnen bekannt. Ich muss sie nicht im Einzelnen vortragen. Der erste Redner ist der Vorsitzende der CSU-Fraktion, der Kollege Thomas Kreuzer. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Die vergangene Woche hat wieder einmal gezeigt, wer in der Asylpolitik in Deutschland den Takt vorgibt. Der Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz wird für zwei Jahre ausgesetzt - genauso, wie dies bereits im November 2015 vereinbart wurde. Algerien, Marokko und Tunesien werden sichere Herkunftsstaaten, damit Anträge von Asylbewerbern aus diesen Ländern schneller entschieden und die Betroffenen schneller abgeschoben werden können. Weitere Abschiebungshindernisse werden ausgeräumt. Für Asylbewerber mit geringer Aussicht auf Anerkennung werden gesonderte Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen geschaffen, wie das in Bayern schon längst der Fall ist.

Mit all diesen Forderungen hat sich die CSU wieder einmal durchgesetzt. Wir reden nicht nur von Zuwanderungsbegrenzung, sondern wir handeln. Horst Seehofer und niemand sonst ist der Taktgeber der Asylpolitik in Berlin. Ich sage deshalb für die CSU-Landtagsfraktion: Herzlichen Glückwunsch zu diesem großartigen Verhandlungserfolg!

(Beifall bei der CSU)

Die SPD muss sich fragen lassen, was drei Monate Blockadepolitik beim Asylpaket II gebracht haben. Ich sage Ihnen: Sie hat nichts gebracht, sondern sie hat unserem Land geschadet, weil die entscheidende Signalwirkung in Richtung der Herkunftsländer dadurch verzögert und verwässert wurde.

(Beifall bei der CSU)

Die Bilanz der letzten Monate spricht für sich: Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, Zentren für Bewerber aus sicheren Drittländern – dies betrifft in Bayern vor allem Asylbewerber aus dem Balkan –, beschleunigte Asylverfahren, Sach- statt Geldleistungen, erleichterte Abschiebungen sowie die Wiedereinführung der Grenzkontrollen. Meine Damen und Herren, nichts davon wäre ohne Bayern und nichts davon wäre ohne die CSU auf den Weg gebracht worden.

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere an die erste große Asyldebatte im Juli 2015 in diesem Haus, als wir diese Punkte alle gefordert haben und die bayerische SPD und die bayerischen GRÜNEN diese Punkte alle abgelehnt haben. Sie sind durch diese Ablehnungshaltung und die Verzögerung mitverantwortlich für die Entwicklung in diesem Land.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen auch: Die Lage wäre wesentlich prekärer. Ich bin davon überzeugt: Wenn wir die Regelungen bezüglich der sicheren Drittstaaten und der Einrichtung der Zentren nicht durchgesetzt hätten, müssten wir zusätzlich zu der derzeitigen Anzahl der Asylbewerber – ich komme gleich darauf zu sprechen – noch in erheblichem Umfang jeden Tag Menschen aus dem Balkan aufnehmen, wie dies im letzten Jahr der Fall war. Das haben wir Gott sei Dank geschafft, aber leider verzögert, weil die Regelungen lange Zeit blockiert worden sind.

(Beifall bei der CSU)

Wie ist die Lage jetzt? - Sie ist immer noch vollkommen unbefriedigend und höchst besorgniserregend. Wir haben in Bayern im Januar an den Grenzen einen Zugang von fast 75.000 Menschen gehabt. Wir haben im Bund nach den Zahlen des Sozialministeriums einen Zugang von 91.000 zu verzeichnen, während es im Vorjahreszeitraum 32.000 gewesen sind. Das bedeutet eine Beinahe-Verdreifachung der Zugangszahlen im Januar. Allein wenn sich die Zahlen vom Januar monatlich fortsetzen, werden wir in einem Zeitraum von zwölf Monaten über eine Million Flüchtlinge bekommen. Jeder, der die Entwicklungen kennt, muss damit rechnen, dass, wenn nichts passiert, diese Zahlen wieder ansteigen werden, sobald sich das Meer beruhigt und der Sommer im Mittelmeer einkehrt. Es werden dann beispielsweise auch aus Libyen wieder viel mehr Menschen nach Italien kommen. Es wäre blauäugig zu glauben, es habe bei einer Million sein Bewenden, wenn nichts geschieht.

Meine Damen und Herren, deswegen ist eine Begrenzung zwingend notwendig, da auch die Aufnahmekapazitäten in unserem Land erschöpft sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir vertreten zusammen mit Professor Udo Di Fabio die Rechtsauffassung, dass der Bund zur Zuwanderungsbegrenzung und zu einer wirksamen Grenzsicherung verpflichtet ist. Er kommt dieser Verpflichtung nicht ausreichend nach. Die derzeit unkontrollierte Einreise ist mit Recht und Gesetz nicht vereinbar.

(Beifall bei der CSU)

Was ist deshalb zu tun? - Damit eines klar ist: Wir unterstützen die Maßnahmen der Bundesregierung auf internationaler Ebene. Die Gespräche mit der Türkei sind gut; die Verstärkung von Frontex muss gefordert werden. Auch die Errichtung von Hotspots in Zugangsländern begrüßen wir. Wir unterstützen die Bundeskanzlerin bei diesen Maßnahmen und hoffen, dass sie auf europäischer Ebene Erfolg hat. Wir sind uns aber sicher, dass dies kurzfristig nicht der Fall sein wird. Wir kennen die Äußerungen aus anderen EU-Ländern. Sobald es um eine Verteilung der Flüchtlinge in ganz Europa geht, ist sowieso keine Einigung zu erzielen, weil die Standpunkte meilenweit auseinanderliegen. Deshalb, meine Damen und Herren, können wir uns auf die Wirksamkeit von internationalen Maßnahmen in kurzer Zeit nicht verlassen, sondern wir müssen national handeln.

(Beifall bei der CSU)

Dies bedeutet, wir brauchen eine Begrenzung im Sinne einer Obergrenze. Der Ministerpräsident hat einmal eine Zahl genannt. Diese Zahl wird bald erreicht sein. Ich sage dazu auch: Auf die Obergrenze ist das anzurechnen, was bereits in diesem Jahr im Lande ist; das kann nicht obendrauf kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Dies bedeutet, die Menschen, die im Rahmen dieser Obergrenze einreisen wollen, müssen in den Herkunftsländern oder in den Nachbarländern einen Antrag auf Zuweisung in das Kontingent stellen, um einreisen zu können.

Ansonsten brauchen wir an der deutsch-österreichischen Grenze eine Grenzsicherung. Wir müssen all diejenigen, die hierherkommen, zurückweisen und dürfen sie nicht einreisen lassen. Dies entspricht der Rechtslage nach Artikel 16a Absatz 2 des Grundgesetzes und § 18 des Asylgesetzes. Wer aus sicheren

Drittstaaten kommt, ist an der Grenze zurückzuweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden dies mit unseren Nachbarländern von Österreich bis hinunter nach Mazedonien absprechen. Diese Länder warten nur darauf, dass Deutschland erklärt, es lässt keine Flüchtlinge und Migranten mehr einreisen, und werden dementsprechend ebenfalls Grenzsicherungsmaßnahmen durchführen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch Folgendes sagen: Alle Maßnahmen werden wirkungslos verpuffen, solange die Menschen davon ausgehen können, dass sie dann, wenn sie Deutschland erreichen, ungehindert einreisen und ungehindert über einen langen Zeitraum hierbleiben können. – Dann ist alles zum Scheitern verurteilt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Kein Land auf dieser Transitroute wird in der Lage sein, die Menschen, die dann wieder in größerer Zahl kommen, aufzuhalten und zurückzuweisen, wenn sie mit Fug und Recht fordern können: Lasst uns durch, wir können in Deutschland einreisen und sind dort willkommen. - Deswegen müssen wir ein Signal setzen, dass auch wir über diese Obergrenze hinaus nicht unbegrenzt aufnehmen und entsprechend zurückweisen. Wir müssen dies bald tun, solange die Flüchtlingszahlen noch – in Anführungszeichen – "verhältnismäßig niedrig" sind und sich im Bereich von 2.000 bis 3.000 Menschen pro Tag bewegen. Dann ist dies auch umsetzbar.

Ein solches Vorgehen wird eine Signalwirkung in Ländern wie der Türkei und Libyen erzeugen, dass es keinen Sinn macht, die gefährliche Überfahrt nach Griechenland oder Italien zu riskieren, weil man dorthin, wohin man will, nämlich nach Deutschland oder Schweden, nicht mehr durchkommt. Deswegen müssen wir diese nationalen Maßnahmen möglichst bald ergreifen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist aber nicht das Ende der Freizügigkeit; denn jeder, der berechtigt ist, kann wie bisher die Grenzen passieren. Es hat in Europa auch noch nie die Freizügigkeit für Unberechtigte und die Erlaubnis zum illegalen Grenzübertritt gegeben. Auch der freie Warenverkehr wird natürlich nicht eingeschränkt. Bei Lkw ist bestenfalls zu kontrollieren, ob sich Personen im Fahrzeug befinden. Eine einfache CO₂-Messung im Innern des Fahrzeugs, die innerhalb von Sekunden durchgeführt werden kann, reicht hier vollkommen

aus. – Also nicht den Teufel an die Wand malen, dass die Maßnahmen das Ende jeder Freizügigkeit und des freien Warenverkehrs bedeuten! Dies ist umsetzbar, und wir müssen dies tun.

Letztendlich bin ich natürlich dafür, dass wir weiter um europäische Lösungen ringen. Ich will auf Dauer keine Grenzkontrollen in Europa. Ich will eigentlich Schengen nicht aufgeben. Aber Schengen muss funktionieren. Wir müssen darum ringen, dass die Abkommen von Schengen und Dublin oder ein Ersatz dafür funktionieren. Wir können es uns auch aus Sicherheitsgründen nicht leisten, dass jeder Europa und Deutschland betritt, wie es ihm beliebt, ohne dass wir dies wissen. Dies ist ein hochgefährlicher Zustand im Hinblick auf unsere Sicherheit, und deswegen, meine Damen und Herren: noch einmal international verhandeln, aber jetzt national handeln.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Herr Kollege Rinderspacher von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung sind laut den Vereinten Nationen allein im Januar mehr als 340 Menschen im Mittelmeer ums Leben gekommen – mehr als 340 Menschen.

Der Kollege Kreuzer erwähnt in der heutigen Aktuellen Stunde diese Seite der Aktualität mit keinem Wort. Die humanitäre Katastrophe ist in diesem Wortbeitrag nicht behandelt worden. Für die SPD-Fraktion im Hohen Hause bringe ich unser tief empfundenes Mitgefühl mit den hinterbliebenen Familien der ertrunkenen Flüchtlinge zum Ausdruck. Unsere Gedanken sind bei ihnen. Wir trauern mit den Familien.

(Beifall bei der SPD)

Das Schicksal dieser Menschen ist in der derzeitigen Diskussion viel zu stark in den Hintergrund getreten. Niemand begibt sich auf eine lebensgefährliche Flucht, wenn er nicht dazu gezwungen ist. Wir haben die rechtliche und humanitäre Verpflichtung, denjenigen, die ein Recht auf Schutz haben, diesen Schutz auch zu gewähren. Die Perspektive der Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, dürfen wir nicht vernachlässigen. Ich sage: Unsere Verantwortung beginnt nicht erst in Passau, und unser Mitgefühl endet nicht in Freilassing.

Die Bundesregierung hat das Asylpaket II am vergangenen Donnerstag auf Bundesebene beschlossen.

Die Große Koalition hat damit Handlungsfähigkeit bewiesen. Wir begrüßen das. Blockiert hat hier über Monate die CSU.

(Zustimmung bei der SPD – Lachen bei der CSU – Zahlreiche Zurufe – Unruhe)

– Bekomme ich eigentlich einen Redezeitzuschlag? – Zuerst wird noch die Redezeit der Opposition gekürzt. Kriege ich den Zuschlag eigentlich noch?

(Anhaltende Unruhe)

Ja, meine Damen und Herren, die CSU hat mit immer neuen Forderungen die Orientierungslosigkeit in der Union befeuert. Und unsere Kolleginnen und Kollegen von der CDU in Berlin erklären uns, Herr Seehofer und diese CSU hatten vor Wildbad Kreuth überhaupt kein Interesse an einer Einigung. Es ging ihnen darum, auf dem Parteitag der CSU die Kanzlerin vorzuführen. Es ging ihnen um politisches Getöse. An Ihnen ist die Einigung gescheitert!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Kreuzer hat in seiner Rede in Überschriften gesprochen und wieder einmal auf das Kleingedruckte verzichtet. Sie reden von Obergrenzen, ohne zu beschreiben, wie das Konzept aussehen soll. Was machen Sie mit dem 200.001 Flüchtling – einem Flüchtling, der mit zwei Kindern auf dem Arm nachts um halb zwei an der bayerischen Außengrenze erscheint? Weisen Sie den ab? Wohin soll die Familie gehen, wissend, dass die Mutter in Syrien im Bombenhagel ums Leben gekommen ist?

(Zurufe von der CSU)

Was machen Sie mit diesem Flüchtling?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Schauen Sie sich das aktuelle Politbarometer an: Nur 19 % der Deutschen glauben daran, dass Deutschland den Zustrom an Flüchtlingen alleine begrenzen kann.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Sie streuen den Menschen Sand in die Augen. Sie wissen ganz genau, dass Ihre Obergrenze eine Scheinlösung ist – das ist eine Alibiformulierung, die Tatkraft simuliert, als reine Symbolpolitik jedoch völlig konsequenzlos bleibt.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Sie haben kein Konzept. Stattdessen machen Sie Versprechungen, die Sie nicht halten können. Sie produzieren Luftschlösser, die schon bei der ersten Nachfrage in sich zusammenfallen.

(Zuruf von der CSU: Unverschämtheit!)

So war es auch in der letzten Plenarsitzung. Wir wollten von Ihnen wissen, wie Ihr Konzept zur Grenzsicherung aussieht; denn Sie versprechen eine lückenlose Kontrolle an der bayerisch-österreichischen Grenze, und das auf einer Länge von 816 Kilometern. Innenminister Herrmann hat gesagt, er werde uns das Konzept nicht vorstellen. Offensichtlich ist es eine neue Modeerscheinung, dass die Innenminister in unserem Lande auf Pressekonferenzen oder in den Plenarsälen sagen: Wir können Ihnen darauf keine Antwort geben; denn Teile unserer Antwort könnten Sie verunsichern.

(Zuruf des Staatsministers Joachim Herrmann)

Ich finde, wir haben ein Anrecht darauf – auch die bayerische Öffentlichkeit – zu erfahren, wie Sie sich eine lückenlose Kontrolle vorstellen. Wie viel Personal wollen Sie dafür bereitstellen? Wie viele Schlagbäume brauchen Sie? Wie viele Übergänge gibt es? Wie sieht die Kontrolle an der grünen Grenze aus?

Sie sprechen in Ihrem Konzept von der Bundeswehr, die mit eingesetzt werden soll, und von der bayerischen Landespolizei, obwohl diese bereits 1,5 Millionen Überstunden gemacht hat. Im Bierzelt versprechen Sie lückenlose Kontrollen; hier im Hohen Hause haben Sie in der letzten Woche jedoch eine Antwort auf ein konkretes Konzept verweigert. Ich finde, die Bürgerschaft und das Hohe Haus haben ein Anrecht darauf, von Ihnen, Herr Innenminister, die Eckpunkte dazu zu erfahren, wie Sie sich die Sicherung an der bayerisch-österreichischen Grenze vorstellen. Überschriften alleine genügen nicht, sondern Sie müssen auch konkrete Konzepte liefern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir brauchen eine schnelle Umsetzung der im Bund beschlossenen Maßnahmen. Es muss vorwiegend darum gehen, die EU-Außengrenzen zu sichern und die Flüchtlinge in Europa gerechter zu verteilen. Wir sollten uns hier im Landtag nicht zu einem Ersatz-Bundestag umdeklarieren.

In der Aktuellen Stunde heute hat die CSU keinen einzigen Punkt vorgelegt, der im Landesparlament beschlossen werden kann oder beschlossen werden müsste. Wir führen hier eine Scheindebatte. Sie machen den Bayerischen Landtag zum Ersatz-Bundes-

tag. Ihre landespolitischen Aufgaben jedoch, Herr Kollege Kreuzer, die mit der Integration der Flüchtlinge verbunden sind, klammern Sie aus guten Gründen aus: Bessere Integration in den Kitas, in den Schulen, auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Wohnungsmarkt – das sind die Dinge, die wir jetzt im Landesparlament in Angriff nehmen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Hier sind größere Anstrengungen nötig. Lassen Sie uns bitte darüber reden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Aiwanger für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen einen Masterplan für Bayern und nicht die zwanzigste weltpolitische Diskussion hier im Landtag.

(Lachen bei der CSU)

Wir diskutieren heute einen 12-Punkte-Katalog der CSU.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In diesen 12 Punkten wird nicht ein einziges Mal das Wort "Kommune" erwähnt. Diese 12 Punkte beginnen an den deutschen Außengrenzen, sie befassen sich mit europäischer Politik, sie fordern den Bund auf, zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren – machen Sie das doch dort, wo es hingehört!

Sie sind Teil der Bundesregierung. Fordern Sie in Berlin die Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit, fordern Sie Ihren Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europaparlament, Herrn Weber, als CSU-Mann auf, europäische Lösungsansätze voranzubringen, und diskutieren Sie hier bitte, wie wir die Probleme Bayerns lösen können, wie wir wenigstens die Dinge aufs Gleis bringen können, über die wir hier tatsächlich entscheiden können. Ansonsten ist diese Debatte nur eine Debatte zur Ablenkung vom eigenen Versagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen ganz klar, dass die Denke der FREIEN WÄHLER im Zusammenhang mit dieser Problemlösung auf der kommunalen Ebene beginnt. Wir müssen nämlich auf diejenigen hören, die mit Ihrer gescheiterten Politik zurande kommen müssen.

(Zurufe von der CSU)

Das sind die Bürgermeister, die morgen und übermorgen nicht mehr wissen, woher sie den notwendigen Wohnraum nehmen sollen. Das haben wir Ihnen im Sommer des vergangenen Jahres bereits gesagt: Kümmert euch um Wohnraum!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das können Sie in den Protokollen nachlesen. Die FREIEN WÄHLER haben Ihnen im Sommer gesagt: Kümmert euch um Wohnraum; denn der wird knapp. - Wir haben auch gesagt: Stellt genügend Asylrichter ein, um die Verfahren zu beschleunigen. - Die sind bis heute noch nicht eingestellt. Wir haben Ihnen außerdem gesagt: Stellt den Schulen mehr Lehrer zur Verfügung, damit dort, wo Flüchtlingskinder ankommen, die Probleme entsprechend angegangen werden können.

All das findet sich in Ihren Vorschlägen zur Problemlösung nicht. Sie machen Weltpolitik und vergessen, wozu Sie hier überhaupt in diesem Landtag sitzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es ist längst überfällig, dass Sie den Masterplan, den ich jetzt schon zum wiederholten Male einfordere, endlich umsetzen und mit Leben füllen. Sie dürfen den Kommunen nicht nur andeuten, dass sie irgendwann mal etwas von den Kosten für Personal und Unterkünfte sehen werden; wir fordern vielmehr jetzt die volle Kostenerstattung für kommunales Personal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der durchschnittliche bayerische Landkreis hat in den letzten Monaten 20 bis 40 zusätzliche Stellen nur aufgrund der Asylproblematik besetzen müssen. Das Ganze muss er aus eigener Kraft bezahlen. Setzen Sie sich an dieser Stelle für die völlige Kostenübernahme ein, sonst läuft Ihnen das Ganze völlig aus dem Ruder!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gehen Sie konkrete Vorschläge an, die auf kommunaler Ebene bereits vorgelebt werden, beispielsweise die Altöttinger Flüchtlingskarte. Mit dieser Karte können die Asylbewerber nach einem bargeldlosen System in Partnerläden vor Ort einkaufen; sie bekommen gar nicht erst Bargeld auf den Tisch und können es somit auch nicht an anderer Stelle ausgeben.

Das sind Lösungsansätze, die wir hier und heute diskutieren sollten und umsetzen müssen. Stattdessen

diskutieren Sie zum hundertsten Mal eine Obergrenze, die Sie bestenfalls in Berlin durchsetzen können, nicht aber hier. Sie diskutieren europäische Außengrenzen, sind aber zugleich nicht in der Lage, die bayerische Polizei so zu stärken, dass diese die Aufgaben erfüllen kann, die sie heute erledigen muss.

Vor wenigen Tagen hat mir ein bayerischer Polizist im Vertrauen gesagt, dass die Stimmung bei der Polizei im Keller ist, dass man personell völlig überfordert ist und dass die Verfahren, die von der Polizei auf den Weg gebracht werden, vom Staatsanwalt einfach weggestempelt werden. Sie haben bald keine Lust mehr, sich überhaupt noch einzusetzen.

Wir hören von der Wirtschaft, dass die angekündigten Integrationsbemühungen für den Arbeitsmarkt nach wie vor nicht laufen. Das hätten wir uns aber gewünscht. Ich wünsche mir, dass zumindest noch einer Ihrer Nachredner darauf eingeht. Sie haben ja noch ein paar Redner in der Schatulle. Wir haben leider keine Redezeit mehr.

Kümmern Sie sich darum, dass der Themenkomplex Kommunen zumindest als 13. zusätzlicher Punkt diesem 12-Punkte-Katalog hinzugefügt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kamm vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich etwas gewundert; denn das Thema der Aktuellen Stunde heißt ja eigentlich: Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit. – Wir meinen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Ihre Partei ist Mitglied der Bundesregierung und als solche verantwortlich dafür, dass die Bundesregierung rechtsstaatlich handelt. Wenn Sie hieran Zweifel haben, dann haben Sie ein ernstes Problem mit sich selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben diese Aktuelle Stunde dazu benutzt, wieder einmal die Begrenzung der Flüchtlingszahlen zu fordern. Wir sagen: Ja, wir müssen alles tun, was uns rechtlich, menschlich und auch handlungsmäßig möglich ist, um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren und die Fluchtursachen zu vermindern. Aber wir sagen auch, Ihre Forderung nach einer Obergrenze bzw. nach Schließung der Grenzen ist ohne Aufgabe unserer Werteordnung, unseres Asylrechts und unserer Grundrechtecharta nicht möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, hören Sie bitte auf, die Illusion zu nähren, Deutschland könnte sich ausklinken und die Flüchtlingsprobleme alleine lösen oder – wie Herr Aiwanger meint – Bayern könnte sie alleine lösen. Sie schaffen es so nicht, vielmehr schaffen Sie weiteres menschliches Elend und Not.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

- Machen wir doch die ganze Zeit; wenn Sie doch einmal die Ohren aufmachen würden! - Sie gefährden die Errungenschaften Europas. Hören Sie bitte an dieser Stelle auch auf die Stimmen der Wirtschaft, wenn Sie schon auf unsere Stimmen nicht hören wollen. Sie wollen doch nicht wirklich in ein Europa der Kleinstaatlichkeit zurückfallen. Sie wollen doch kein Europa, das in eine Zeit vor 40 oder 50 Jahren zurückfällt.

Wir brauchen bei der Flüchtlingsproblematik eine europäische Lösung. Die Flüchtlingsprobleme können nur überstaatlich, nur auf europäischer Ebene gelöst werden. Dazu gehört, dass die bisherige Dublin-Regelung, die höchst ungerecht ist und bei ihrer Umsetzung das europäische Haus ins Wanken bringen würde, durch eine neue Politik mit einem gerechten Schlüssel für die Verteilung auf die Mitgliedstaaten ersetzt wird.

(Lachen des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Dazu bedarf es fairer Asylverfahren mit EU-weiten Standards, europäischer Finanzierung der Erstaufnahmeeinrichtungen innerhalb der EU sowie einheitlicher Registrierung und einheitlicher Standards.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie tatsächlich der Meinung sind, Sie könnten in Europa nicht gemeinsam eine bessere Politik machen, tut mir das von Herzen leid. Ich glaube, wir können es.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme jetzt noch zu einem Punkt in Ihrem umfangreichen Katalog, den ich für besonders schändlich halte.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Ich bin Familienmensch und finde es schändlich, hier eine Aussetzung des Familiennachzugs zu fordern. Die größte Not, die die Menschen umtreibt, ist die Frage, wie es den Angehörigen und den Kindern zu

Hause geht. Wir haben seit dieser unsäglichen Diskussion um den Familiennachzug die Situation, dass immer mehr Frauen und Kinder auf den Booten sind. Wir sehen das sogar jetzt im Winter, in einer Jahreszeit, in der ich niemals ein Schiff dieser Art besteigen würde.

Gestern sind wieder 39 Menschen auf dem Weg zur Insel Lesbos ertrunken, darunter fünf Kinder. Am Mittwoch letzter Woche sind vor Kos mindestens 33 Menschen ertrunken, darunter 15 Kinder. Wenn Sie Erstaufnahmeeinrichtungen besuchen und mit den Menschen reden würden, würden Ihnen die Flüchtlinge von solchen Erlebnissen erzählen und darlegen, wie schlimm es ist, dass Kinder zu Tode gekommen sind. Das ist nicht nur schlimm für die betroffenen Eltern, sondern auch für alle, die mit auf dem Schiff waren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Man lässt seine Kinder auch nicht alleine zurück!)

- Liebe Kollegin, es wäre schön gewesen, wenn Sie gestern Abend die ARD-Reportage über die Situation im Nordirak angeschaut hätten. Sie hatte den Titel: Im Schatten des Krieges.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

In dieser Dokumentation hätten Sie sehen können, was dort mit den Kindern passiert. Das ist furchtbar.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Würden Sie Ihr Kind alleine zurücklassen?)

- Hören Sie doch damit auf! - Unterhalten Sie sich einmal mit Flüchtlingen. Ich kenne den Fall einer Mutter, die mit drei Kindern geflohen ist, nachdem ihr Mann umgebracht worden war. Da kann man die Fluchtgründe doch verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist bei der Flucht passiert? - Auf der Flucht wurde die Familie getrennt, und zwei Kinder wurden nicht weiter mitgenommen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sie sollte die Kinder aber nicht alleine zurücklassen!)

Hier ermöglichte es unser Staat dann nicht, eine Lösung zu finden, dass diese Frau ihre Kinder nachholen kann. Das ist schlimm und schändlich; es darf nicht sein. Da muss unsere Politik menschlicher werden.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist Kollegin Brendel-Fischer von der CSU.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst darf ich an Frau Kollegin Kamm die Frage richten: Wer klinkt sich hier aus? Ich glaube nicht, dass wir Bayern uns ausklinken. Ich behaupte, dass wir das Bundesland sind, das die Situation am verantwortungsvollsten und mit größter Bravour meistert.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Was Ihre Kritik am Familiennachzug angeht, so kann ich mich an Kriegsszenarien erinnern, als man die Frauen und Kinder ins Ausland geschickt hat und selbst im Land geblieben ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie können sich doch nicht anmaßen, das zu vergleichen! Ich bitte Sie!)

Das wollte ich jetzt nur als Vergleich anführen.

(Zurufe von der SPD)

- Ich konkretisiere das nicht. - Mit einem von den über vier Millionen Syrern, die momentan außerhalb ihres Heimatlandes unterwegs sind, habe ich gesprochen. Er hat mir versichert: Hätte ich in einem Flüchtlingszentrum in einem der Nachbarländer Syriens die Möglichkeit gehabt, gut versorgt zu werden und eine bescheidene, aber verlässliche Verpflegung zu erfahren – es gibt dort kein Wasser und keinen Strom –, dann wäre ich dort geblieben. Genau diesen Punkt möchte ich aufgreifen. Allein die Türkei beherbergt momentan zweieinhalb Millionen Syrer. Viele befinden sich auch im Irak und im Libanon in Notaufnahmen.

Ich möchte darstellen, welchen Beitrag wir Deutsche leisten. Ihnen sollte bewusst sein, dass Bayern diesen Bereich maßgeblich stützt mit all den Steueranteilen, die wir nach Berlin geben. In der laufenden Legislaturperiode stellte das BMZ über 12 Milliarden Euro zur Verfügung, um vor allem die Fluchtursachen zu bekämpfen, die aufnehmenden Regionen zu stärken und den Flüchtlingen konkret direkt zu helfen.

Allein im letzten Jahr floss eine Milliarde in die direkte Flüchtlingshilfe, und vor wenigen Wochen – noch im alten Jahr – wurde erneut ein großes Winterpaket geschnürt, um vorwiegend im Irak die Gesundheitsverpflegung zu garantieren und die Lebensmittelversorgung zu sichern. Im Libanon wird eine große Zahl Kinder beschult. Das ist eine wichtige und wesentliche

Aufgabe, der wir gern und verantwortungsbewusst nachkommen.

Solche deutschen Maßnahmen finden Sie aber auch in Nord- und Westafrika, im Südsudan, in Pakistan, in Afghanistan und im Westbalkan. Diese durchdachten Konzepte, hinter denen vor allem ein CSU-Mann steht, nämlich unser Entwicklungshelfeminister Gerd Müller, sind lobenswert und sollten von Ihnen zur Kenntnis genommen und respektiert werden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist ein gewaltiger Kraftakt, für den es eine Staatengemeinschaft braucht. Wir Deutsche sind uns dieser Verantwortung bewusst; und wir gehören im Übrigen seit Langem zu den größten Beitragszahlern des UNHCR. Im Vordergrund muss natürlich immer die politische und wirtschaftliche Stabilität dieser Krisenländer stehen. Diese zu erreichen und zu sichern, unterliegt meist einem langwierigen Prozess, in dem unsere bayerische Einflussnahme gering ist. Aber ich denke schon, dass wir immer stärker dazu übergehen, die Entwicklungshilfe neu zu denken und Alternativen zum Verlassen der Heimat anzubieten.

Junge Menschen durch Bildung und Qualifizierung Perspektiven zu geben, ist die Intention des Projektes "Teilhabe durch Beschäftigung", das zum Beispiel zur Entwicklung in Nordafrika und im Nahen Osten beiträgt. In Afghanistan sind wir intensiv dabei. 50 Berufsschulen wurden neu ausgestattet, Ausbildungszentren wurden gegründet, und es läuft dort so eine Art "duale Ausbildung light". Diese garantiert neben den Ausbildungsgängen in den Betrieben vor Ort auch eine kognitive, also eine theoretische Unterrichtung und ist damit der Wirtschaftskraft und der weiteren Entwicklung des Landes dienlich.

Letzte Woche hat Gerd Müller in Jordanien eine Aufbauinitiative für Infrastruktur und Wirtschaftsförderung vorgestellt, die dort lebenden Syrern eine legale Arbeit ermöglichen soll. Auch das ist ein ganz wichtiger Aspekt, den wir noch viel stärker in den Blick nehmen müssen.

Ich möchte auch den großen Handlungsbedarf bei der Bekämpfung der Schleuserstrukturen ansprechen. Das war für unsere Fraktion ein Grund, weshalb wir den Generalsekretär von Interpol zu unserer Klausurtagung in Kreuth eingeladen und uns mit ihm ausgetauscht haben. Wir haben da nichts von dem gemacht, was gerade in einer Rede angesprochen worden ist, sondern wir haben dieses Thema ganzheitlich aufgearbeitet und werden das auch weiterhin tun.

10.000 unbegleitete Minderjährige, von denen ein Großteil in Europa registriert war, gelten aktuell als verschwunden. Die Dunkelziffer bei Zwangsarbeit und Zwangsprostitution ist stark erhöht. Die gewaltige Infrastruktur im kriminellen Milieu, die von dem Geschäft mit menschlichem Leid und Verzweiflung profitiert, muss ausgehebelt werden. Dazu ist der Weg, die Vor-Ort-Bedingungen zu verbessern, damit sich Schleuser bei der Akquise neuer Opfer – ich bezeichne die Menschen als Opfer – schwerer tun.

Wir hören auch die Appelle und Hilferufe der Aktion Deutschland Hilft. Denken wir nur an das internationale Völkerrecht, das ständig verletzt wird, und auch daran, dass humanitäre Hilfe, Lebensmitteltransporte gestört und dadurch große Probleme verursacht wurden.

Ich möchte Gerd Müller, unserem Minister, heute aus diesem Hohen Haus heraus herzlichst für seine hervorragende Arbeit danken, die er leistet. Er ist einer derjenigen in diesem Amt, der frühzeitig die Zusammenhänge zwischen Entwicklungshilfe, wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Fluchtursachen erkannt und dieses Problemfeld in Angriff genommen hat.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, ich darf Sie auf die Zeit hinweisen.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sie dürfen. – Ich möchte noch einmal das bestärken, was unser - -

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nein, es nützt nichts, wenn Sie sagen, ich dürfe das, sondern Sie haben die Zeit einzuhalten.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ich habe die Zeit überschritten und höre damit auf.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Weikert von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Angelika Weikert (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich meine, das Thema der Aktuellen Stunde, Frau Brendel-Fischer, haben Sie jetzt in Ihrem Redebeitrag nicht ganz umfasst. Das Thema der Aktuellen Stunde, das von der CSU-Fraktion eingebracht worden ist, war meines Erachtens anders. Das war kein Bericht des Entwicklungsministers Müller.

Ich darf Sie an dieser Stelle nur daran erinnern, dass unter der schwarz-gelben Bundesregierung die Entwicklungshilfe damals drastisch eingeschränkt wurde.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Ich frage Sie ernsthaft: Seit wann kümmert sich denn die CSU so intensiv um die Flüchtlinge, die sich seit vielen Jahren im Binnenbereich innerhalb von Syrien und auch im Bereich der anliegenden Staaten aufhalten? - Der Bürgerkrieg tobt seit fünf Jahren. Seit fünf Jahren gibt es in den Flüchtlingslagern untragbare Zustände. Sie greifen das jetzt erstmals als Thema auf, nachdem sich die Menschen, weil sie es dort nicht mehr aushalten, auf den Weg nach Europa und damit auch nach Deutschland machen. Ein bisschen verlogen ist diese Argumentation auf jeden Fall.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auf das Eingangsstatement von Herrn Kreuzer zurückkommen. Der interessanteste Satz für mich war: Wir, die CSU, unterstützen die Bundeskanzlerin.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sensationell!)

Dazu fällt mir nur ein: Wenn man solche Freunde hat, braucht man keine Feinde mehr.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich ist eher die Politik durch den Ministerpräsidenten und die CSU hier im Landtag in der Öffentlichkeit und in den Medien. Es bleibt ja kein Tag aus, an dem Sie nicht mit neuen Vorschlägen kommen. Der 12-Punkte-Plan, den Sie in Kreuth beschlossen haben, ist im Prinzip ein Paket von bereits Beschlossenem. Das zeugt von der Handlungsunfähigkeit der Bayerischen Staatsregierung. Sie setzen einfach Dinge in die Welt, ohne dass Sie sie letztlich durchdenken.

Vielleicht noch ein paar ernsthafte Punkte in dieser Debatte. Ich will auf Folgendes zurückkommen – mein Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher hat dies schon erwähnt; das ist in einem riesigen Gelächter untergegangen; aber ich betone es noch einmal -: Das Asylpaket II ist durch die CSU und die CDU blockiert worden, nicht durch die SPD.

(Beifall bei der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Sie haben damals Zahlen an die Wand gemalt vom Familiennachzug, pro Familie acht Personen und noch mehr, vielleicht zwei oder drei Frauen, die nach-

geholt werden. Aber nichts davon hat mit der Realität zu tun.

Die Realität ist ganz anders: Diejenigen, die nach unserem Verständnis ihre Familie hätten nachholen können, hatten in den letzten Wochen und Monaten ganz erhebliche Probleme – sie haben dies noch immer –, ein Visum an den Botschaften zu bekommen. Die Botschaften sind vollkommen überlastet. Der Weg zu den Botschaften ist häufig so gefährlich, dass es für viele Menschen fast schon einfacher ist, über das Mittelmeer zu kommen, als eine Botschaft im Libanon, in Jordanien oder sonst wo zu erreichen.

Dieses ganze Horrorszenario und die Widersprüche zwischen Ihrem Innenminister und dem Kanzleramtsminister Altmaier haben letztlich die Diskussion verzögert. Dass wir Sozialdemokraten uns den einen oder anderen Gedanken machen, wenn es um den Familiennachzug geht, liegt auf der Hand. Wir schreiben uns auf die Fahne, noch eine Familienpartei zu sein.

(Lachen bei der CSU)

Wir sagen natürlich: Eine Familie gehört zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben jetzt diesen Kompromiss, der am Freitag ausgehandelt wurde. Da frage ich Sie nach Ihrem Politikverständnis. Am Freitag haben Sie alle sich die Hände gereicht und gesagt: Wir handeln gemeinsam; wir sorgen dafür, dass wir weiter an europäischen Lösungen arbeiten. – Die SPD hat niemals, mit keinem einzigen Satz eine europäische Lösung infrage gestellt.

Ich könnte jetzt über Herrn Steinmeier berichten, auf welchen Gipfeln und wo er sonst noch in der Welt unterwegs ist, um kleine Schritte in Sachen Fluchtursachenbekämpfung und anderes zu erreichen.

Ich denke, wir sollten zurückkommen zu einer - -

(Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten – Volkmar Halbleib (SPD): Der Zustand der CSU ist so, wie er sich jetzt darstellt!)

- Das müsste eigentlich auf die Redezeit angerechnet werden, wenn ich nicht reden kann.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Kollegen sind heute unanständig!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es geht hier nicht darum, sich gegenseitig in der Lautstärke zu übertönen. Ich

gebe der Frau Kollegin wieder das Wort, und sie kann zu Ende reden. Bitte schön.

Angelika Weikert (SPD): Vielen Dank. – Ich sage noch zwei, drei Schlusssätze. Ich fordere die CSU im Bayerischen Landtag auf, gemeinsam das, was in Berlin beschlossen worden ist, anzugehen, ihre Störfeuer zu unterlassen und keine Vorschläge mehr zu machen, die man sowieso nicht umsetzen kann; denn auf die Frage einer Obergrenze finden Sie ohnehin keine Antwort.

Ich sage Ihnen: Dies wird auch nichts helfen; denn die Flüchtlinge werden weiter kommen. Kommen Sie zurück zu einer verantwortungsvollen Politik! Handeln Sie gemeinsam mit denjenigen im Land, die ernsthaft an diesem Thema arbeiten!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Zellmeier von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Maria Lichtmess. Wie es vielleicht noch einige wissen, war das im bäuerlichen Jahr der Tag, an dem die Dienstboten gewechselt haben,

(Inge Aures (SPD): Wollen Sie wechseln?)

an dem man ungeeignete Dienstboten entlassen und neue, fähige Dienstboten eingestellt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, wenn Sie so weitermachen mit Ihren unrealistischen, völlig weltfremden Ansätzen in der Flüchtlingspolitik, dann wird Ihnen Ihr Arbeitgeber, das bayerische Volk, die Kündigung schicken, nicht heute, aber spätestens bei den nächsten Wahlen. Das wissen Sie auch.

(Inge Aures (SPD): So ein Quatsch!)

Sie wechseln doch hin und her. Vor einigen Wochen und Monaten haben Sie unsere Vorschläge, die jetzt beim Asylpaket II beschlossen worden sind, noch verweigert und gesagt, das sei nicht machbar, das sei weltfremd, das sei inhuman. Heute hat Ihr Parteivorstand, der Vizekanzler, dem nach drei Monaten Verzögerungstaktik zugestimmt.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Rinderspacher, wenn Sie hier ernsthaft behaupten,

(Christine Kamm (GRÜNE): Da können Sie stolz darauf sein, dass Sie den Familiennachzug ... das ist Ihre Leistung gewesen!)

dass die CSU verzögert hätte,

(Markus Rinderspacher (SPD): Haben Sie die Kanzlerin auf dem Parteitag gehabt? Haben Sie sie vorgeführt oder wir?)

dann haben Sie entweder die Zeit nach dem 5. November verschlafen, oder Sie sagen bewusst die Unwahrheit. Wir haben am 5. November in der Koalitionsrunde unsere Vorschläge mit Zustimmung des Koalitionspartners SPD durchgebracht. Bereits drei Tage später hat Herr Gabriel behauptet, dass diese Vorschläge von ihm nicht abgesegnet worden seien, und er hat einen Rückzieher gemacht. Jetzt hat er unter dem Druck der Verhältnisse wieder zugestimmt. Sie agieren nur, weil Sie die Verhältnisse dazu zwingen, nicht aus eigener Überzeugung.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Sie agieren gegen das eigene Volk, gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung.

(Zuruf von der SPD)

Das lassen Sie sich einmal gesagt sein: Wenn Sie so weitermachen, werden Sie von der ehemaligen Volkspartei, jetzt Mittelpartei, zur Splitterpartei. Ich kann Ihnen nur sagen: Hören Sie auf damit, die Realität zu verleugnen, und kehren Sie zu dem zurück, was die SPD früher ausgezeichnet hat: Probleme zu lösen, anstatt sie zu vertagen und die Schuld auf diejenigen zu schieben, die echte Lösungen haben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Zurufe von der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Keine Parolen! Ihr seid doch die Parolenmacher hier! Ihr macht doch populistische Parolen! Ihr seid doch weg von der Realität!)

Zu Ihrer Vernebelungstaktik gehört doch auch diese Frage, was denn mit dem 200.001 Flüchtling passiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch eine Scheinfrage.

(Lachen bei der SPD)

Wir wollen Kontingente. Wir wollen, dass Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern ihre Anträge stellen und von dort direkt herkommen,

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist unser Konzept! – Natascha Kohnen (SPD): Wir reden von Obergrenze!)

damit den Schleusern die Geschäftsgrundlage entzogen wird, was natürlich bedeuten würde, dass alle Illegalen an der Grenze zurückgewiesen werden. Ich frage Sie: Was passiert denn mit den 100 bis 200 Flüchtlingen, die täglich an der Grenze zurückgewiesen werden, weil sie nach Schweden oder Dänemark wollen? - Da sie dort nicht mehr hinkönnen, werden sie sowohl an der deutschen als auch der österreichischen und mazedonischen Grenze zurückgewiesen. Was passiert denn mit denen? - Das sind doch auch Flüchtlinge. Die Frage, die Sie immer stellen, was mit dem 200.001 Flüchtling passiert, ist eine Scheinfrage, weil täglich mehrere Hundert zurückgewiesen werden und dies funktioniert.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie alle Lösungen immer wieder über Monate blockieren, dann – das sage ich Ihnen – betreiben Sie das Geschäft der Schleuser mit,

(Unruhe bei der SPD)

die – ja, natürlich – ihr Geschäft damit machen, die Menschen in Lebensgefahr zu bringen, und Sie schauen zu, weil Sie keinen Lösungen zustimmen.

(Inge Aures (SPD): Jetzt hören Sie aber auf! Das ist ja unverschämt! – Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Volkmar Halbleib (SPD): Unanständig, Herr Kollege! Bodenlos! – Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt geht mir die Zeit ein bisschen aus; aber ich sage noch einen Satz zum Kollegen Aiwanger. Ich weiß nicht, lieber Herr Kollege Aiwanger, ob Sie noch die Meinung Ihrer Fraktion vertreten. Der Kollege Fahn hat ja in den Medien sehr deutlich geäußert, dass er nicht hinter Ihrer Linie steht. Klären Sie doch zuerst ab, wo die FREIEN WÄHLER stehen. Dann werden wir bei der nächsten Debatte weiterreden. Ich bin mir nicht mehr sicher, ob Sie das, was Sie sagen, in Ihrer Gruppierung wirklich umsetzen können. Ähnliches erleben wir ja auch bei der SPD.

(Inge Aures (SPD): Bei euch genauso!)

Den GRÜNEN kann ich nur eines raten: Gehen Sie doch mal bei Ihren Kommunalpolitikern in den Nachhilfeunterricht. Fahren Sie zum OB Palmer und fragen Sie ihn nach seinen Vorschlägen, nach dem Thema Obergrenze, nach dem Thema Zurückweisungen, nach den Problemen mit der Integration bei hohen Flüchtlingszahlen, und Sie werden klare Antworten bekommen. Sie haben doch ein paar vernünftige Leute in Ihren Reihen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Gehen Sie zu ihnen hin und tauschen Sie diejenigen aus, die immer wieder betonen, welche unsinnigen Vorschläge diese Leute haben. Sie machen sich dadurch keine Freunde.

(Inge Aures (SPD): Holen Sie mal Luft!)

Auch Ihre Wähler wollen doch Lösungen und keine Vertröstungen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, Nachhilfe, Frau Kollegin Kamm, würde Ihnen sicher nicht schaden. Fragen Sie mal Realpolitiker und kommen Sie von Ihren Utopien weg.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat der Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Donnerstag letzter Woche hat Ministerpräsident Seehofer erreicht, dass das Asylpaket II nun endlich beschlossen und dann auch umgesetzt wird. Die Einigung auf dieses Asylpaket erfolgte ja bereits Anfang November letzten Jahres. Ein entsprechender Gesetzentwurf, der der Vereinbarung entsprach, ist vom Bundesinnenminister schnell vorgelegt worden. Die getroffenen Vereinbarungen, unter anderem zu den besonderen Aufnahmeeinrichtungen, waren eindeutig. Und es ist von daher ja allein schon bemerkenswert. Es ist jetzt ein gutes halbes Jahr her, dass wir in Bayern die sogenannten Balkanzentren geschaffen haben. Ich kann mich noch gut an die munteren Diskussionen hier im Hohen Hause erinnern. Es ist ein halbes Jahr vergangen. Jetzt wird in Berlin endgültig beschlossen, dass dies künftig der Standard und der Maßstab in ganz Deutschland ist. Ich denke, das ist eine bemerkenswerte Entwicklung.

(Beifall bei der CSU)

Aber man ist schon sehr verwundert, wenn man zu dem Ablauf dieses Asylpakets II, Herr Kollege Rinderspacher, Frau Kollegin Weikert, Ihre Äußerungen hört. Wer hat da wo was blockiert?

(Zuruf von der CSU: Gut zuhören!)

- Es gibt die Vereinbarung vom 5. November. Haben Sie in den letzten drei Monaten eine einzige Äuße-

rung gehört aus der CSU, aus der CSU-Landtagsfraktion, aus der CSU-Landesgruppe im Bundestag, aus der Staatsregierung,

(Markus Rinderspacher (SPD): Hunderte! – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

die irgendetwas an dieser Vereinbarung vom 5. November ändern wollte? Eine einzige Äußerung?

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Ständig! – Natascha Kohnen (SPD): Jeden Tag!)

- Keine einzige Äußerung! Es gab keine einzige Äußerung aus der CSU, dass wir an diesem Konzept irgendetwas ändern wollten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Selektive Wahrnehmung, Herr Minister! – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

In allen Medien ist aber nun nachzulesen, nachzuhören und zu beobachten gewesen, wer die Änderung gewünscht hat. Die Änderungswünsche kamen aus der SPD. Das mit dem Familiennachzug geht so nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Frau Kollegin Schwesig hat sich zuerst großmächtig in der Öffentlichkeit hingestellt. Dann hat der SPD-Parteivorsitzende erklärt, beim Familiennachzug müssten wir etwas ändern. Da hieß es, vor dem SPD-Bundesparteitag könne das auf jeden Fall nicht als Gesetzentwurf beschlossen werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Vor Wildbad Kreuth! Den CSU-Parteitag gab es auch! – Weitere Zurufe von der SPD)

- Wir haben ja keine Änderungswünsche gehabt. Wir haben die ganzen drei Monate immer gesagt: Genau so wie es am 5. November beschlossen worden ist, soll es umgesetzt werden. So war es in Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

In den Medien war es nachzulesen, und es wurde immer wieder kolportiert. Dann hat der Herr Vizekanzler Vorschläge gemacht, was man beim Familiennachzug anders machen sollte, dass man ihn etwas großzügiger praktizieren sollte und ein paar Möglichkeiten schaffen sollte, doch Familiennachzug zu ermöglichen, vielleicht nur für ein Jahr, und Ähnliches mehr.

(Zuruf von den GRÜNEN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

In der Schlussphase gab es die Meldungen, dass der Vizekanzler mit der Kanzlerin einen neuen Kommissvorschlag vorgelegt hat.

(Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): In Bayern! – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Bayern! – Unruhe - Glocke des Präsidenten)

All das, so hat der Ministerpräsident berichtet, ist dann in die Gespräche eingebracht worden.

(Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Bayern!)

Was ist das Ergebnis vom letzten Donnerstag, Herr Kollege Rinderspacher? – So realitätsfern kann man doch gar nicht sein, es sei denn, dass Sie hier absichtlich rein parteipolitische Propaganda völlig neben der sachlichen Wahrheit verbreiten wollen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Isabell Zacharias (SPD): Da lachen ja die Hühner!)

Die Fakten sind doch ganz einfach. Der Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende hat alles, was da kam und vom 5. November abweicht, abgelehnt. Das Ergebnis vom vergangenen Donnerstag ist, dass sich alle nochmals darauf geeinigt und bekräftigt haben, es werde genau das umgesetzt, was am 5. November beschlossen worden ist.

(Beifall bei der CSU – Christine Kamm (GRÜNE): Da sind Sie stolz darauf? Das ist eine Schande!)

Seehofer hat sich durchgesetzt. Gabriel hat sich nicht durchgesetzt. Das ist durch die Änderungswünsche der SPD drei Monate lang blockiert worden. Von der CSU gab es keinen Änderungswunsch. Das ist die historische Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Da können Sie hier noch so viel erzählen. Es kann keiner, auch keiner von den Medien, ernsthaft bestreiten, dass das der Ablauf war.

(Christine Kamm (GRÜNE): Da sind Sie stolz darauf!)

Meine Damen und Herren, bei dem Thema Familiennachzug geht es in der Tat ganz einfach um die Frage, dass geltendes Recht der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland angewandt wird. Um nichts anderes geht es: geltendes Recht. Es heißt dort ganz klar: Diejenigen, die keinen Anspruch auf Schutz und politisches Asyl haben – nach Artikel 16a des Grundgesetzes oder nach der Genfer Flüchtlingskonvention - können den subsidiären Schutz nach EU-Recht erhalten. Dieser subsidiäre Schutz nach

EU-Recht besagt zum einen, dass solche Personen, wenn die Krise, wegen derer sie ihr Heimatland verlassen haben, vorbei ist, in ihre Heimat zurückzukehren haben. Er besagt, dass genau diese Personen kein Anrecht auf Familiennachzug haben. Das ist geltendes EU-Recht. Das ist weder die Erfindung der CSU noch der Bayerischen Staatsregierung, sondern geltendes EU-Recht.

(Beifall bei der CSU)

Das ist das Thema der Aktuellen Stunde, nämlich die Wiederherstellung des geltenden Rechts in unserem Land. Sie haben erklärt, dafür sei der Landtag eigentlich gar nicht zuständig; wir würden über Dinge reden, für die der Landtag gar nicht zuständig sei. Dazu sage ich Ihnen: Wir können dieses EU-Recht nicht verändern. Wir wollen es in diesem Punkt auch gar nicht verändern. Wir wollen nur, dass die Bundesregierung das EU-Recht anwendet.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher, was derzeit läuft oder in den letzten Monaten gelaufen ist, betrifft massiv die Interessen des bayerischen Volkes.

(Beifall bei der CSU)

Das sind alles Entscheidungen, die auf Kosten der Länder und Kommunen vollzogen werden. Großherzig wurde beschlossen: Ja, zur Verwaltungsvereinfachung kann man allen den Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention statt des subsidiären EU-Schutzes zusprechen. Wer bezahlt das? – Die Länder.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

Wer hat das im Hinblick auf die Unterbringung auszubaden? – Die Kommunen. Das ist die Realität. Selbstverständlich liegt es in der Zuständigkeit des Bayerischen Landtags, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen. Herr Kollege Rinderspacher, wer in einer solchen Situation sagt, dass wir über Dinge reden, die nicht in die Zuständigkeit des Landtags fallen, braucht sich nicht zu wundern, wenn er inzwischen bei 16 % angekommen ist.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus haben wir im Bundesrat die Initiative eingebracht, eine Reihe weiterer Länder in die Liste der sicheren Herkunftsländer aufzunehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Dabei handelt es sich um Länder, die in anderen EU-Staaten bereits als sichere Herkunftsländer eingestuft worden sind.

(Christine Kamm (GRÜNE): Nigeria!)

Dazu zählt kein Land, das wir freischöpferisch erfunden hätten. Wir haben uns angesehen, was andere EU-Länder machen. Die Benennung der Länder deckt sich mit der bisherigen Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Länder sind nicht nur als sicher eingestuft, sondern deren Wahl ist auch durch die Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bestätigt worden. Das Bundesamt bestätigt: Ja, aus diesen Ländern kommen in der Regel ganz überwiegend Menschen, die keinen Anspruch auf Schutz haben.

Man kann sich fragen: Warum kommt kein anderes Bundesland auf diese Idee? Warum kommt die Bundesregierung nicht auf die Idee, das auf den Weg zu bringen?

(Natascha Kohnen (SPD): Weil wir Soldaten hinschicken!)

In der Tat müssen wir das auf den Weg bringen. Ich freue mich, dass wenigstens hinsichtlich der drei Länder Algerien, Tunesien und Marokko in Berlin Konsens herrscht. Berlin sagt: Ja, diese drei Länder sollen jetzt möglichst schnell als sichere Herkunftsländer eingestuft werden.

Ich hoffe, dass sich nicht wieder bei irgendwem Bedenken ergeben. Das sollte im Bundestag und im Bundesrat möglichst schnell durchgezogen werden. Ich hoffe sehr, dass sich keine Sperrmehrheit durch das Treiben der GRÜNEN im Bundesrat ergibt. Letztendlich ist die Benennung der Länder Tunesien, Algerien und Marokko eine Konsequenz aus den Geschehnissen in der Silvesternacht in Köln.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Von allen möglichen klugen Leuten wird erklärt: Solche Leute müssen wir schneller wieder außer Landes bringen. Am besten ist es, wenn diejenigen, die aus solchen Ländern kommen, in die Schnellentscheidungscentren in Manching und Bamberg gebracht werden. Solche Centren sollten auch in anderen Bundesländern eingerichtet werden. Inzwischen schaffen wir es in Manching und Bamberg, die Menschen innerhalb eines Zeitraums von durchschnittlich 35 Tagen in ihre Heimat zurückzuschicken. Dann brauchen wir uns mit weiteren Straftaten solcher Leute in unserem Land gar nicht mehr aufzuhalten. Das ist der schnellste und beste Weg.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Julia Klöckner hat vor zehn Tagen ein Papier veröffentlicht, in dem es heißt: Künftig muss die Aufnahmefähigkeit der Länder und Kommunen die Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland bestimmen, nicht die Zahl der Flüchtlinge, die an der Grenze stehen. - Daran wird deutlich, dass wir uns an der Aufnahmefähigkeit unseres Landes orientieren müssen. Wir tun niemandem auf der Welt einen Gefallen, wenn wir die Aufnahmefähigkeit unseres Landes überstrapazieren. Damit belasten wir sowohl die Menschen im eigenen Land als auch die Menschen, die in unser Land kommen, da sie nicht vernünftig integriert werden können. Damit tun wir ihnen auch keinen Gefallen. Das sagt einem der gesunde Menschenverstand.

Das wollen wir durchsetzen. Wir haben eine konkrete Zahl für Obergrenzen benannt. Es ist sehr wichtig, das umzusetzen und dafür zu sorgen, dass in diesem Jahr nicht mehr Menschen, als dieses Land verträgt, in dieses Land kommen. Andere Länder können ihren Beitrag leisten. Wir wollen hinsichtlich der Entwicklungen in Afrika und Asien unseren Beitrag leisten. Wir wollen unser Land jedoch nicht über das hinaus belasten, was menschenmöglich ist. Dazu stehen wir. Das werden wir, so schnell es irgendwie geht, auch konsequent umsetzen. Ich bedanke mich für die Unterstützung der CSU-Landtagsfraktion bei diesem klaren Weg der Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Nachdem die Redezeit der Staatsregierung von zehn Minuten um eineinhalb Minuten überschritten worden ist, bittet die Fraktion der FREIEN WÄHLER, von § 66 Absatz 2 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag Gebrauch zu machen. Damit haben die FREIEN WÄHLER noch einmal fünf Minuten Redezeit. Übrigens steht dieses Recht jeder anderen Fraktion ebenfalls zu. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Angelika Weikert (SPD): Muss das sein?)

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir uns diese Debatte seit einer Stunde angehört haben, haben wir uns veranlasst gesehen, uns noch einmal zu Wort zu melden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie führen uns Szenen einer zerrütteten Ehe zu dritt vor. Diese Bundesregierung, diese Koalition ist aufgerufen, dieses wichtige Problem gemeinsam zu lösen. Sie tun nichts anderes, als sich eine Dreiviertelstunde gegen-

seitig zu beschimpfen, wer an der jetzigen Situation schuld ist. Das ist beschämend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das finde ich wirklich beschämend.

Der Vorschlag wäre – das haben Sie am letzten Wochenende getan, aber sonst nicht –, sich als Parteivorsitzende hinter verschlossenen Türen zusammenzusetzen, um mit konkreten Ergebnissen voranzukommen und an die Öffentlichkeit zu treten. Herr Ministerpräsident, in den letzten Monaten haben Sie die Bundesregierung, der Sie selbst mit Ihrer Partei angehören, in der Öffentlichkeit mit einem enormen Medienecho zerlegt. Das tut dieser Debatte nicht gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben für diese Aktuelle Stunde den Titel "Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit" gewählt. Ich frage mich, wer für die Rechtsstaatlichkeit oder den Erhalt der Rechtsstaatlichkeit in diesem Land verantwortlich ist. Das sind an allererster Stelle die Regierungen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ja!)

In der Bundesregierung sitzt auch die CSU. In der Landesregierung sitzt sie allein. Das bedeutet, der Titel, den Sie heute gewählt haben, ist eine Bankrotterklärung für Ihre Regierungsarbeit in München und Berlin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Welches Zeichen senden Sie nach außen, wenn Sie sagen: Wir als Landesregierung und als Teil einer Bundesregierung vertreten die Auffassung, dass in der Bundesrepublik die Rechtsstaatlichkeit nicht mehr gilt? Übrigens haben Sie Ihren Amtseid darauf geleistet, die Verfassung zu schützen. Zu dieser Verfassung gehört auch die Rechtsstaatlichkeit. Wenn Sie konstatieren, dass die Rechtsstaatlichkeit nicht mehr gegeben ist, ist das ein Offenbarungseid von Regierungsarbeit. Als CSU-Fraktion sollten Sie überlegen, was Sie mit diesem Titel tun. Das ist im Grunde genommen ein Misstrauensvotum gegen die eigene Regierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das haben Sie heute getan.

(Abgeordnete Christine Kamm (GRÜNE) geht zum Rednerpult)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Kamm, ich weise Sie darauf hin, dass Sie nach der Geschäftsordnung keine zweite Redezeit haben.

Christine Kamm (GRÜNE): Was stand denn gerade oben unter "Aktuelle Rednerin"?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Das ist richtig. Aber das ist ein Irrtum. Entscheiden tut der Präsident und sonst niemand.

(Beifall bei der CSU)

Ich empfehle Ihnen § 66 Absatz 1 Satz 9 der Geschäftsordnung zur Lektüre: "Jede Rednerin und jeder Redner darf nur einmal sprechen".

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das war nicht ihr Fehler!)

- Ich habe ihr nicht vorgeworfen, dass es ihr Fehler gewesen sei. Sie hat sich auf diese Anzeige berufen, und ich habe daraufhin gesagt, dass diese Anzeige falsch ist und dass das gilt, was der Präsident gesagt hat.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, Frau Kohnen von der SPD. Sie haben das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir jetzt die Debatte angehört. Ich muss Ihnen auf der Seite der CSU ganz ehrlich sagen: Sie haben an Stellen gelacht – das verstehe ich nicht. Ich verstehe es einfach nicht.

(Widerspruch bei der CSU)

- Lassen Sie mich einmal ausreden. Ich sage Ihnen eines: Keiner hier in diesem Saal kann beurteilen, wie Flüchtlinge zu handeln haben oder nicht, ob sie ihre Kinder zu Hause lassen oder wie sie sich sonst verhalten sollen. Es gibt auch solche Aussagen: Die Männer sollen in ihrem Land bleiben und kämpfen. - Keiner von uns war im Krieg. Ich finde es anmaßend, den Flüchtlingen zu sagen, was sie zu tun haben und was nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kreuzer, Sie sagen, Schengen und Dublin hätten wieder zu funktionieren. Dublin ist ein Abkommen, das es Deutschland über Jahre ermöglicht hat wegzugucken. Stichwort Lampedusa: Die Menschen sind ertrunken. Italien hat um Hilfe gerufen. Und jetzt sagen Sie: Dieses Abkommen muss wieder gelten. - Im Januar allein sind schon wieder 340 Menschen ertrunken. Der Papst hat bereits im Jahr 2014 gesagt, Europa habe darauf zu achten, dass das Mittelmeer kein Massengrab wird. Genau das wird es aber im Mo-

ment! Und jetzt rufen Sie nach einem Abkommen, weil Sie glauben, Deutschland, in der Mitte Europas, könnte sich zurücklehnen.

Was wir zu tun haben: mit Europa gemeinsam Lösungen zu suchen. Sie kommen dann immer mit dem Begriff der "Obergrenze" und vermischen ihn ganz elegant mit dem Wort "Kontingente". Über Frank-Walter Steinmeier wurde von Ihrer Seite vorhin herzlich gelacht. Der Außenminister unternimmt alle Bemühungen, damit es zu Kontingenten kommt. Darüber haben Sie nicht zu lachen, sondern Sie haben in der Bundesregierung zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Wann wir lachen, ist doch unsere Sache!)

Herr Innenminister Herrmann hat dann behauptet, Sie hätten schon immer die Balkanzentren gefordert, und diese Zentren würden jetzt kommen. Was Sie gefordert hatten, waren Transitzenen. Was Sie als "Balkanzentren" bezeichnen, sind Einreisezentren, die bereits in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg funktioniert haben, lange bevor das hier in Bayern funktioniert hat.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Ach Gott! – Josef Zellmeier (CSU): Wir haben beides gefordert, Transitzenen und eine Alternative! Lesen Sie das nach!)

Ich sage Ihnen eines: Seit drei Monaten gehen Sie dem ganzen Land, ganz Deutschland, mit Ihrem populistischen Herausgeplärre auf die Nerven.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Ich sage Ihnen eines: Uli Maly, der Oberbürgermeister von Nürnberg, hat etwas Wunderbares gesagt: Er wünscht sich einen Tag, an dem keiner irgendeinen Vorschlag zur Asyldebatte herausbläst, sondern an dem man sich zusammensetzt und gemeinsam arbeitet. Sie sind im Moment unser Koalitionspartner in Berlin. Arbeiten Sie mit uns zusammen! Blockieren Sie nicht, und plärren Sie nicht dazwischen!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Das ist eine Verdrehung der Tatsachen!)

- Das ist keine Verdrehung. – Weniger Populismus und mehr Humanität, das ist es, was Sie brauchen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (Drs. 17/9699) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Das Wort hat Herr Staatssekretär Eisenreich. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung legt in Erster Lesung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes vor. Dieser Gesetzentwurf enthält vier wesentliche Punkte.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erstens. Zunächst geht es um eine Änderung zur weiteren Umsetzung der Inklusion für das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Mittelschulen. Wir schaffen damit die Möglichkeit der Erweiterung des Lehramtsstudiums um eine sonderpädagogische Qualifikation.

Zweitens. Die mit der Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule zusammenhängenden Fragen der Lehrerausbildung werden auf gesetzlicher Ebene abgeschlossen.

Drittens. Wir streichen den bisherigen Artikel 6a des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes, weil diese Regelung bereits an einer anderen Stelle im Bayerischen Hochschulgesetz enthalten ist.

Viertens. Mit diesem Gesetzentwurf wollen wir eine Rechtsgrundlage schaffen, die die Möglichkeit bietet, die Ausbildung von Lehramtsreferendaren künftig besser steuern zu können. Über diesen Punkt werden wir vermutlich am meisten diskutieren.

Gleich am Anfang ist es mir wichtig zu sagen: Heute geht es noch nicht um die Entscheidung, ob der Zugang zur Referendarausbildung beschränkt wird. Heute geht es um die Frage, ob eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, die dies später ermöglichen würde. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Regelung, die wir vorschlagen, bereits in 13 Bundesländern Praxis ist. Insofern geht es hier nicht um einen bayerischen Sonderweg. Im Gegenteil, wir haben uns lange bemüht, dies zu vermeiden; es kann aber gut sein, dass wir dazu leider gezwungen werden.

Wichtig sind mir auch einige andere Klarstellungen: Jede Hochschulabsolventin und jeder Hochschulabsolvent, die oder der die entsprechende Qualifikation hat, kann sich auch künftig zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt anmelden und wird auch künftig zugelassen. Das bedeutet, der Anspruch der jungen Menschen, ihre Lehrerausbildung abschließen zu können, wird auch in Zukunft, selbst dann, wenn wir von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, bestehen bleiben. Jeder kann seine Ausbildung abschließen.

Bei dieser Regelung geht es darum, dass wir den Zugang zum Referendariat zeitlich hinauszögern können, um den Vorbereitungsdienst in einzelnen Fächern und Schularten besser zu steuern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass wir hinsichtlich der Absolventen je nach Schulart und nach Fächerverbindung sehr große Unterschiede haben. In den Grundschulen, den Mittelschulen und bei den Sonderpädagogen haben wir praktisch eine Volleinstellung. Daneben gibt es aber auch Lehrämter, insbesondere für die Realschulen und bei bestimmten Fächerverbindungen für das Gymnasium, bei denen die Anzahl der Absolventen so hoch ist, dass nur wenige die Chance haben, in den Schuldienst übernommen zu werden.

Die Staatsregierung hat folgende Ziele, die ich noch einmal darlegen möchte. Unser Ziel ist es, auch künftig den Bedarf der Schulen an qualifizierten Lehrkräften zu decken. Unser Ziel ist es auch, verantwortungsvoll mit den Ressourcen umzugehen. Das gilt zum einen für die Ressourcen der Universitäten, damit nicht in Bereiche investiert wird, in denen die Berufsperspektiven schlecht sind. Das gilt zum anderen aber auch für die Ressourcen und Kapazitäten an den Seminarschulen. Hier geht es auch um die Qualität der Lehrerbildung. Schließlich gilt dies auch für die Ressourcen der Studierenden. Ich glaube, es macht wenig Sinn, Zeit, Energie und Kraft für ein Studium bestimmter Fächer einzusetzen, wenn es dafür kaum Berufsperspektiven gibt. Wir müssen den Studenten frühzeitig die Augen öffnen, damit sie sehen, wo Chancen vorhanden sind und wo es nur wenige Chancen gibt, damit sie nicht Zeit und Energie in ein Studium investieren, das keine Möglichkeit bietet, den angestrebten Beruf auszuüben.

Sofern das Hohe Haus zustimmt, werden wir mit diesem Gesetzentwurf eine Rechtsgrundlage dafür schaffen, den Zeitpunkt des Eintritts in das Referendariat zeitlich zu steuern. Jeder wird aber zumindest nach einer Wartezeit sein Referendariat absolvieren können. Wir schaffen damit auch die Voraussetzung dafür, dass die Referendare besser begleitet werden können. Wir haben auch eine Vertrauensregelung eingeführt. Ob wir dann von der Gebrauch machen wer-

den oder nicht - das ist, wie gesagt, das Wichtigste -, wird sich zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. Wir setzen selbstverständlich weiter darauf, dass die Beratung am Anfang des Studiums wirkt. Wenn unsere Maßnahmen, insbesondere die Beratung, nicht wirken, könnte es sein, dass wir diese Rechtsgrundlage nutzen werden. Wir wären aber froh – das als politische Wertung am Ende -, wenn wir von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen müssten. Ich freue mich auf die Beratungen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatssekretär. - Bevor ich die Aussprache eröffne, darf ich auf der Ehrentribüne die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, Frau Simone Fleischmann, herzlich begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen heiße ich Sie im Bayerischen Landtag herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen informativen Aufenthalt in unserem Hause.

Jetzt eröffne ich die Aussprache. Die Gesamtrededzeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Rededzeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Zacharias von der SPD. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Isabell Zacharias (SPD): Sehr verehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Falls sie hier im Saal sein sollten, will ich allen Studierenden, die Lehramt studieren, zurufen: Mit uns wird es mit diesem Gesetzentwurf nichts werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- Am tosenden Beifall arbeiten wir noch. - Eines möchte ich aber feststellen, Kolleginnen und Kollegen. 2003 bin ich in München Gesamtelternbeiratsvorsitzende geworden. Damals gab es massiven Unterrichtsausfall an Grundschulen, Hauptschulen – Mittelschulen gab es damals noch nicht -, Realschulen und Gymnasien. Überall gab es massenhaft Unterrichtsausfall. Wir haben damals die großartigen Aktionen "Mehr Lehrer für Bayern", "Mehr Lehrer für Rosenheim", "Mehr Lehrer für Augsburg" usw. gemacht. Diese Aktionen haben mich politisiert. Diesen Aktionen habe ich es zu verdanken, dass ich heute im Bayerischen Landtag bin. Herr Herrmann, Sie gucken mich so glücklich an; es freut mich, dass Sie sich mit mir darüber freuen, dass ich hier sein darf.

Jetzt zurück zum Inhalt des Gesetzentwurfs. Die Situation ist heute nicht anders. Unterrichtsausfall gibt es nach wie vor. Ich weiß, dass das Ministerium anders zählt. Wenn drei Klassen zusammengeführt werden, ist das kein Unterrichtsausfall. Wenn alle Kinder auf den Schulhof geführt werden, ist das kein Unterrichtsausfall. Als Mutter weiß ich sehr wohl, was Unterrichtsausfall heißt. Die Kinder kommen nach Hause und sagen: Mama, wir haben heute nur Fußball gespielt. - Sie haben aber keine Kultur, keine kulturelle Bildung erlebt und keinen wunderbaren Sportunterricht gehabt. Sie haben wiederholt Unterrichtsausfall. Unterrichtsausfall ist heute genauso wie 2003 ein großes Thema.

Dazu haben wir noch eine große Herausforderung, die Flüchtlingskinder. Wir haben momentan mehr denn je eine unsichere Situation. Wir wissen gar nicht, was in den nächsten Jahren an unseren Schulen passiert. Wir wissen eines ganz gewiss: Viele Kinder werden zu uns kommen. Das ist großartig, das ist für unser Land ein Geschenk, weil wir so viele Kinder aus eigener Kraft gar nicht aufbringen können. Wir werden also viele Kinder haben, und dazu brauchen wir – raten Sie einmal, Kolleginnen und Kollegen! – Lehrerinnen und Lehrer. Wir brauchen auch die Lehrerinnen und Lehrer, die in der Ausbildung sind, damit sie irgendwann an die Schule kommen. Sie ahnen wohl, wo ich hin möchte.

Die nächste große Herausforderung neben Unterrichtsausfall und Flüchtlingskindern ist die Inklusion. Wie wollen wir denn die UN-Menschenrechtskonvention umsetzen, damit alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderung am Unterricht teilnehmen können? Wie wollen wir das ohne Lehrerinnen und Lehrer darstellen? Jetzt ist alles auf Kante genäht.

Sie aber wollen mit der Änderung des Gesetzes eine Grundlage für den Fall schaffen, dass Sie in Engpässe kommen, um dann Lehrerinnen und Lehrer hinzuhalten. Genauer gesagt schaffen Sie damit eine zweiphasige Ausbildung. Ein junger Mensch studiert an der Universität. Dann bekommt er hoffentlich eine gute Staatsnote – auch so eine dumme Einrichtung –, und dann will er nach dem ersten Staatsexamen sein Wissen an der Schule einbringen. Was machen wir? - Wir wollen, dass dieser junge Mensch bis zu drei Jahre wartet, auch wenn er die Zusicherung eines Referendariatsplatzes hat. Was macht er inzwischen, Herr Eisenreich? Geht er Käse verkaufen, arbeitet er als Taxifahrer, oder wird er Ihr persönlicher Referent? Was machen wir denn mit den bestausgebildeten Menschen bis zu drei Jahre lang? Das ist doch ein absurder Vorschlag.

Die beiden Ausbildungsabschnitte gehören zusammen, Herr Kollege Eisenreich. Erst die erste und die zweite Ausbildung zusammen machen den jungen Menschen zu einem Lehrer. Davor ist er nämlich gar nichts.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Er wird doch Lehrer!)

- Herr Waschler, ich freue mich gleich auf Ihren Beitrag, wobei ich schon ahne, was Sie sagen werden. Sie werden sagen, wie großartig Ihr Gesetzentwurf ist, der ja nur eine Grundlage, eine Möglichkeit schafft.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sie werden enttäuscht sein!)

- Sie können mich überhaupt nicht enttäuschen. Dazu müsste ich erst einmal Erwartungen an Sie haben, und die habe ich nicht.

Ich möchte feststellen, dass Sie dieses Instrument auch dazu nutzen wollen, um die Belegung der Fächer steuern zu können, die eine so tolle Nachfrage haben, dass Sie den darin Ausgebildeten keine Plätze an den Schulen anbieten können. Haben Sie schon einmal von fachfremdem Unterricht gehört? Das ist eine großartige Idee, die viele Bundesländer umsetzen und dabei beste Erfolge haben. Wir brauchen alle jungen Menschen, die Lehramt studieren, an den Schulen. Dafür brauchen wir das Referendariat, damit sie dann an der Schule angestellt werden können. Das wollen Sie irgendwie steuern.

Ich sehe, dass sich meine Rednerinnenzeit allmählich dem Ende zuneigt. Herr Kollege Eisenreich, Sie sagen, 13 Bundesländer machen das bereits so, aber Sie haben verschwiegen, dass kaum ein Bundesland davon Gebrauch macht. Sie brauchen das also gar nicht erst einzubringen.

Wissen Sie, was Sie überhaupt steuern, wenn Sie steuern wollen? - Sie sagen damit jungen Menschen, macht mal lieber nicht die Lehramtsausbildung, werdet nicht Lehrerinnen und Lehrer, weil eure Zukunft ungewiss ist. Welcher junge Mensch geht in eine so ungewisse Zukunft, wenn er nicht weiß, ob er erst einmal ein, zwei oder drei Jahre Däumchen drehen muss? - Mein Petitum ist: Wenn Sie schon steuern wollen – dabei denke ich an die erfolgreiche eigenständige Schule, egal welcher Schulart –, dann steuern Sie guten Unterricht. Schaffen Sie dafür die Voraussetzungen. Steuern Sie gut rhythmisierten Ganztagsunterricht, und steuern Sie so, dass wir keine Unterrichtsausfälle mehr haben. Wenn Sie das hinkriegen, bin ich bei Ihnen. Dieser Entwurf ist aber nichts Tolles.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat der Kollege Lederer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute nicht über Unterrichtsausfall. Wenn wir darüber sprechen würden, könnten wir zumindest hier in Bayern eine sehr gute Bilanz aufweisen; denn wir haben es in den letzten Jahren Gott sei Dank geschafft, den Unterrichtsausfall an bayerischen Schulen deutlich zu reduzieren. Wir sind dabei bundesweit führend, Frau Kollegin. Anscheinend ist diese Zeit an Ihnen vorübergegangen.

(Beifall bei der CSU)

Tatsache ist, dass seit einiger Zeit für einige Schularten und dabei insbesondere für bestimmte Fächerkombinationen ein massiver Bewerberüberhang besteht, während für andere Schularten ein Bewerbermangel zu verzeichnen ist. Das zeigt, dass wir Handlungsbedarf haben.

Wie kann man diesem Problem begegnen? - Dafür gibt es eine ganze Reihe von Lösungsansätzen, die wir in der Vergangenheit schon verfolgt haben. Ich glaube, wir sind uns in diesem Hause auch ziemlich einig darüber, was wir verstärkt machen können. Ich nenne als Beispiel die Beratung von Interessenten, die ein Lehramtsstudium absolvieren wollen. Wir haben hierfür zum Beispiel Online-Eignungstests eingeführt, an denen sich die jungen Menschen orientieren können. Die Lehrerbedarfsprognose wird allen, die daran Interesse haben, zur Kenntnis gegeben. Die Beratung bei Studienbeginn, aber auch die studienbegleitende Beratung sind von besonderer Wichtigkeit.

Wir versuchen auch, die Studiengänge in den einzelnen Lehramtsfächern möglichst durchlässig zu gestalten. Nicht zuletzt wollen wir eine polyvalente Lehrerbildung schaffen. In Bayern haben sich bereits 13 Hochschulen auf den Weg gemacht und bieten zusätzliche Abschlüsse an, beispielsweise einen Bachelor oder Master of Arts, of Science, of Education. Auch eine verbesserte Mehrfachqualifizierung wird angeboten oder der Erwerb zusätzlicher Kompetenzen. Das alles wird angeboten, um die Beschäftigungschancen zu erhöhen. Was machen wir aber, wenn das alles nicht ausreicht? Ist es dann nicht sinnvoll, darüber nachzudenken, ob man den Instrumentkasten erweitert? - Deshalb soll im Bayerischen Lehrerbildungsgesetz ein neuer Artikel 5a eingeführt werden. Mit diesem Artikel 5a soll eine Zulassungsbe-

grenzung ermöglicht werden. Wichtig ist dabei, dass der grundsätzliche Anspruch auf Zulassung keineswegs infrage gestellt wird. Jetzt kann man sich natürlich fragen, ob eine Zulassungsbeschränkung mit dem Grundgesetz vereinbar ist. - Ja, das ist sie, aber nur dann, wenn strenge formelle und materielle Voraussetzungen eingehalten werden. Das ist nach unserer bisherigen Durchsicht bei diesem Gesetzentwurf durchaus der Fall. Wir meinen, auch die maximale Wartezeit von drei Jahren ist hinnehmbar. Wir glauben, auch der Vertrauensschutz ist gewährleistet.

Was ist denn der eigentliche Zweck, was ist das Ziel dieser Gesetzesänderung? - Wir wissen, dass die Zahl der Lehramtsstudierenden und der Absolventen traditionell stark schwankt, und zwar nach der jeweiligen Schulart und der Fächerkombination. Sie ist aber nun in einigen Bereichen seit längerer Zeit anhaltend hoch. So ist ein hoher Bewerberandrang zu verzeichnen und eine entsprechend niedrige Einstellungsquote. Im Herbst des vergangenen Jahres hatten wir bei den staatlichen Realschulen eine Gesamtanstellungsquote von 3,2 %.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Sauber! - Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Traurig! - Thomas Gehring (GRÜNE): - Ja, traurig!)

Ist das zielführend?

(Thomas Gehring (GRÜNE): Nein!)

Macht es dann nicht vielmehr Sinn, die jungen Menschen im Vorfeld darauf hinzuweisen, möglichst dort zu studieren, wo man im Nachgang auch den entsprechenden Bedarf hat?

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wir haben aber auch viele Klassen mit über 30 Schülern!)

Es macht jedenfalls keinen Sinn, was die Opposition in der Vergangenheit gefordert hat, nämlich einfach pauschal alle Lehrer zu übernehmen, wenn wir in einem Bereich einen Überhang und in einigen Fächern Mangel zu verzeichnen haben. Es macht doch viel mehr Sinn, soweit es irgend geht, darauf steuernd einzuwirken.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Aber nicht auf diesem Weg!)

Die Zulassungsbeschränkung ist - das ist mir völlig klar - nicht unumstritten. Manche sagen, das löst das Problem nicht, sondern es verschiebt das Problem nur. Ich denke aber, diese Antwort verkennt, dass es eine Steuerungsmöglichkeit gibt, weil die Regelung eine psychologische Auswirkung auf junge Studierende hat. Sie werden angeregt, sich mit dem eigenen

Berufswunsch noch einmal intensiv auseinanderzusetzen.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Aber doch nicht nach drei oder vier Jahren Studienzeit!)

Wenn Sie hier die Frage stellen, ob dann die Besten ausgeklammert werden, dann haben Sie den Gesetzentwurf nicht gelesen. 70 % der zu besetzenden Stellen werden nämlich nach Qualität vergeben, also an diejenigen, die dafür in besonderer Weise geeignet sind. Nur 30 % werden nach der Warteliste besetzt.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das heißt: Numerus clausus!)

Es sind also nur 30 %, die von der Warteliste kommen. Es wurde gefragt, was die jungen Leute in der Zwischenzeit machen sollen. Es war von Däumchen-drehen und Ellbogenstemmen die Rede.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sollen Sie vielleicht Schiffchenversenken spielen?)

- Nein, so etwas ist nicht gemeint. Sie können diese Zeit vielmehr sinnvoll nutzen und beispielsweise zusätzliche Qualifikationen erwerben.

(Isabell Zacharias (SPD): Ach, da schau her!)

Sie könnten weitere Kompetenzen erwerben, um später im gewünschten Berufsbild unterzukommen. Sie könnten sich aber auch für den öffentlichen Arbeitsmarkt weiterqualifizieren.

(Isabell Zacharias (SPD): Und wer soll sich das leisten können? – Thomas Gehring (GRÜNE): Ein Doppelstudium! So viel zum Thema lange Studienzeit!)

Es geht nicht darum, eine Zulassungsbegrenzung einzuführen, sondern es geht darum, die grundsätzliche Möglichkeit für eine Einführung zu schaffen. Interessanterweise ist das in 13 anderen Bundesländern der Fall, in denen die SPD und auch die GRÜNEN mitregieren. Interessanterweise haben die Vertreter dieser Parteien dort kein Problem. Hier und heute hören wir hingegen etwas anderes. Darüber bin ich überrascht. Die gleichen Argumente, die wir in anderen Bundesländern von Ihren Parteien hören, werden hier und heute negiert. Ob das eine einheitliche Linie ist, kann ich nicht sagen. Ich würde aber zumindest darum bitten, dass man möglichst objektiv und seriös über diesen Gesetzentwurf diskutiert und darüber auch die breite Öffentlichkeit informiert.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Vor diesem Hintergrund freue ich mich auf eine interessante Diskussion im Bildungsausschuss.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat Herr Kollege Professor Dr. Piazzolo von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf passt gut in die närrische Zeit.

(Isabell Zacharias (SPD): So kann man das auch sehen!)

Herr Lederer, vieles von dem, was Sie gerade gesagt haben, war richtig. Viele Ihrer Überlegungen waren richtig, wie die Studienberatung, der Bachelor-Abschluss und vieles mehr. Das alles steht aber nicht im Gesetz. Ich frage mich, warum schreiben Sie es nicht hinein? Warum schreiben Sie etwas ganz anderes in das Gesetz hinein? – Das passt nicht zusammen.

Herr Staatsminister, Ihnen stelle ich die Frage, ob es eigentlich irgendjemanden außerhalb der CSU gibt, der diesen Gesetzentwurf gut findet. Irgendjemanden? Der Lehrerverband? - Ich sehe nichts. Die Referendare? – Ich sehe sie nicht. – Studierende? - Auch nicht. Die Opposition? - Schon gleich gar nicht. Das heißt, Sie stehen mit diesem Gesetz allein. Es ist bei diesem Thema einsam geworden um die CSU.

Der Gesetzentwurf ist auch nicht zielführend. Man hat deutlich gemerkt, mit welcher Vorsicht Sie ihn vorgestellt und begründet haben. Sie haben gemerkt: Mit über 20.000 Unterschriften gibt es starken Gegenwind. Wenn man hier im Haus durch die Gänge geht und ein bisschen lauscht, dann hört man, Hauptgrund für diesen Gesetzentwurf sei gewesen, dass sich die CSU-Abgeordneten vor Ort nicht länger dafür kritisieren lassen wollen, dass die genannten Übergangsquoten so gering sind. Sie wollten sich nicht kritisieren lassen, dass so viele junge Lehrer keine Anstellung bekommen. Es kann aber doch nicht sein, dass ein Problem, das viele CSU-Abgeordnete in ihren Stimm- und Wahlkreisen haben, auf die Studierenden abgewälzt wird. Das ist doch nicht die Aufgabe, die Sie haben. Sie müssen sich der Diskussion doch offensiv stellen.

Es gibt drei Argumente gegen diesen Gesetzentwurf. Erstens. Ich erachte ihn als verfassungsrechtlich bedenklich. Ich sehe nicht, wo ein überragendes Schutzgut wäre, welches rechtfertigt, dass eine nicht abgeschlossene berufliche Ausbildung zwangsweise

unterbrochen wird. Ich glaube auch, dass die Kann-Regelung des Artikels 5a rechtlich kaum zu halten ist. Darüber müssen wir uns im Bildungsausschuss noch ausführlich austauschen. Wie Sie wissen, gibt es eine Verpflichtung, dass die Studierenden ihre Referendanzzeit antreten können. Sie reden immer von mindestens drei Jahren, die Sie aussetzen wollen, aber nach dieser Kann-Regelung ginge es auch länger. Das halte ich verfassungsrechtlich für bedenklich.

Zweitens. Sie schaffen damit auch eine große Bürokratie. Es ist typisch, der Gesetzentwurf ist wieder ein- einhalb Seiten lang. Eineinhalb Seiten, um einen solchen Sachverhalt zu klären! Man müsste also Ranglisten aufstellen. Sie setzen auf das falsche Zeichen. Ihren ehemaligen Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Edmund Stoiber haben Sie nach Europa geschickt, um Bürokratie zu vermeiden. Dann aber schafft das "triple S", bestehend aus Seehofer, Söder und Spaenle, hier neue Bürokratie. Das kann es doch nicht sein! – Diese Bürokratie ist nicht nötig. Zudem wird sie auf Jahre hinaus verzögert; denn Sie sagen bewusst: Wir wollen das Gesetz im Grunde genommen nicht vor 2019 einführen, und auch dann wissen wir's noch nicht; wir wollen dieses Folterinstrument nur in unseren Werkzeugkasten legen; dort sollen die Daumenschrauben liegen; wir drohen damit, und dann schauen wir mal.

Drittens. Falscher Zeitpunkt! Im Moment werden mehr als 1.000 Lehrer gesucht, aber Sie betreiben Lehrervermeidungsstrategien. Das passt nicht zusammen. – Von der Ausbildung, von der Didaktik her – das ist gerade schon erwähnt worden – stimmt es auch nicht: Dann, wenn ein Studierender beginnen soll, die gelernte Theorie in der Praxis anzuwenden, wollen Sie drei Jahre Pause.

Insofern glaube ich, dass der vorliegende Gesetzentwurf junge, kluge Köpfe abschreckt. Er ist ein Folterinstrument für den Werkzeugkasten verfehlter CSU-Bildungspolitik. Der werden wir nicht folgen. – Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt darf ich Herrn Kollegen Gehring das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Gesetzentwurf ist überflüssig wie ein Kropf. Es ist ein falsches Gesetz zum falschen Zeitpunkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie legen heute hier allen Ernstes einen Gesetzentwurf vor, der Studierende davon abhält, ihren Lehrerberuf auszuüben – und das zu einer Zeit, in der wir Lehrer so sehr suchen, wie wir es in den letzten Jahren nie getan haben, in einem Ausmaß, wie es vor einem halben Jahr noch nicht prognostizierbar war. So viel zu Ihren Lehrbedarfsprognosen! Reden wir doch Klartext: Sie suchen heute über 1.000 Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen, an Mittelschulen, an Berufsschulen, und wir haben sie nicht. Gleichzeitig haben wir Lehrerinnen und Lehrer, Studierende, die das Studium für das Lehramt an Gymnasien absolvieren, aber nicht eingestellt werden. Das ist tatsächlich eine Fehlsteuerung der Lehrerbildung ohnegleichen. Und was machen Sie? – Sie erhöhen diese Fehlsteuerung noch, obwohl es notwendig wäre, dass Lehrerinnen und Lehrer einen anderen Weg gehen, weil wir Lehrerinnen und Lehrer brauchen. Da schlagen Sie vor, die jungen Leute noch einmal drei Jahre lang in den Wartestand zu schicken.

(Otto Lederer (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Das geht doch ziemlich schief. - Wir brauchen schnelle Möglichkeiten, den Lehrerinnen und Lehrern andere Wege zu eröffnen, Deutschlehrerinnen und Deutschlehrern den Weg zu Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache zu eröffnen und sie in andere Schularten zu bringen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das war nicht das Thema!)

- Doch, das ist natürlich das Thema, Kollege Waschler. Das Thema ist, dass Sie jetzt auf eine Situation reagieren, die wir gar nicht haben.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Nein, das ist es nicht!)

Sie glauben, mit diesem Gesetz Dinge regeln zu können, die in der Lehrerbildung, in der Bedarfsprognose, in der Steuerung nicht stimmen. Das funktioniert nicht.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Stimmt doch nicht!)

Tatsächlich bedeutet Ihr Gesetz, dass ein Studienabsolvent drei Jahre Wartezeit hat;

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Stimmt auch nicht!)

denn nach drei Jahren muss man dann tatsächlich arbeiten können. Tatsächlich bedeutet Ihr Gesetz, dass wir die Themen, die wir jetzt behandeln müssten, nicht angehen. Wir haben ein Problem in der Lehrerbildung: Sie ist zu fixiert auf einzelne Fächer und auf

einzelne Schularten. Da brauchen wir mehr Flexibilität, mehr Einsatzmöglichkeiten. Lehrerinnen und Lehrer sind nicht dazu da, Fächer und in bestimmten Schularten zu unterrichten, sondern sind dazu da, Kinder und Jugendliche zu unterrichten. Sie müssen ihr Berufsfeld finden. Das finden sie momentan nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens hat dieser Gesetzentwurf einen handwerklichen Fehler: In ihm geht es auch um Inklusion, um die Möglichkeit für Grund- und Mittelschullehrer, das Thema Sonderpädagogik mitzunehmen. Aber bei der Zulassungsbeschränkung, beim NC fehlt die Inklusion. Es gibt keine Regelung etwa für einen Nachteilsausgleich oder eine Quote, mit der behinderte Studierende aufgenommen werden könnten.

Dieser Gesetzentwurf löst also kein Problem. Er schafft vielmehr neue Probleme. Die Information der Studierenden muss tatsächlich früher einsetzen, nämlich vor Beginn des Studiums, und wir müssen die Studiengänge flexibler gestalten. Auch da passiert nichts vonseiten der Staatsregierung: Die Umstellung der Studiengänge auf das Bachelor-Master-System, wie sie in allen anderen Bundesländern und übrigens auch für alle anderen Studiengänge in Bayern vorgesehen ist, erfolgt ausgerechnet beim Lehramtsstudium nicht. Dafür sind die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag zuständig. Da wäre Flexibilität notwendig.

Dann gibt es noch das Argument: Ja, wir machen jetzt ein Gesetz, aber das gilt gar nicht so richtig. Wir machen es nur mal auf Vorrat; es tritt in ein paar Jahren in Kraft. Wir machen es nur für den Instrumentenkasten. Es ist halt Papier; nehmt es nicht so ernst! – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat bei seinem Amtsantritt in seiner ersten Regierungserklärung gesagt, er wolle keine zusätzlichen Paragraphen, keine unnötigen Gesetze mehr. Dieses Gesetz widerspricht dieser Ansage; es enthält zusätzliche, unnötige Paragraphen. Es ist ein unnötiges Gesetz. Schmeißen Sie es in die Papiertonne! – Wenn dieser Gesetzentwurf der Altpapierverwertung zufließt, hat er wenigstens noch einen Sinn gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 2 b und 2 c** zur gemeinsamen Beratung auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher an demokratischen Entscheidungsprozessen - Jugendbeteiligungsgesetz (Drs. 17/9735) - Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung der Verfassung, des Landeswahlgesetzes und des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Wahlen, Volksbegehren und Volksentscheiden sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (Drs. 17/9757) - Erste Lesung -

Die Gesetzentwürfe werden vonseiten der Antragsteller begründet. Als Erste darf ich Kollegin Claudia Stamm bitten. – Erfolgen Begründung und Aussprache zusammen? – Das ist der Fall. Dann sind es 11 Minuten.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die sitzungsfreie Zeit auch dazu genutzt, um mich von vielen Schulklassen mit Fragen durchlöchern zu lassen. Gerade auch die Jüngeren wollten gar nicht mehr aufhören; sie waren ganz begeistert und interessiert an dem, was hier im Hohen Hause passiert, an Politik.

Ich finde, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen uns nicht darüber beschweren, dass sich Jugendliche nicht für Politik interessieren oder begeistern, ohne wirklich etwas für sie zu tun. Übrigens stimmt es gar nicht, dass sich die Jugendlichen nicht engagieren; sie engagieren sich sehr, sie engagieren sich punktuell, in Vereinen und Verbänden. Als ich bei der Flüchtlingshilfe an verschiedenen Grenzen in Kroatien und in Österreich unterwegs war, hat Europa in der Nothilfe und bei der Erstversorgung von Flüchtlingen maßlos versagt. Wenn, dann waren die Jugendlichen Europas da. Die Jugendlichen haben sich organisiert, sind hingefahren und haben einfach angepackt und geholfen. Europa hat funktioniert, aber nur von unten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nehmen wir Jugendliche endlich ernst, wirklich ernst, nicht nur in den Sonntagsreden, sondern lassen wir sie teilhaben

daran, wie sie ihre Zukunft gestalten! Wir alle, die wir hier sitzen, wissen: Die Gesellschaft wird älter. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes werden im Jahr 2060 nur noch 12 Millionen Menschen, die jünger als zwanzig Jahre sind, leben. Jugendliche werden also zunehmend zu einer gesellschaftlichen Minderheit. Deswegen muss uns alle, die wir hier sitzen, die Frage umtreiben: Wie können Jugendliche ihre Interessen durchsetzen? – Die Antwort liegt, finde ich, klar auf der Hand: durch Teilhabe, durch echte Teilhabe. Kurzum, wenn Jugendliche, junge Menschen immer mehr zur gesellschaftlichen Minderheit werden, ist es unsere Pflicht, ihnen und damit der Zukunft eine Stimme zu geben.

Eine Senkung des Wahlalters auf 16 hat auch den Vorteil, dass die meisten Jugendlichen dann ihre erste Wahl noch in der Schulzeit erleben können. Damit wäre Demokratiebildung nicht mehr ein rein theoretisches Lernen, sondern die Jugendlichen könnten diskutieren - auch darüber, was es bedeutet, ein Wahlrecht zu haben, welches Privileg es ist, ein Wahlrecht zu haben und es nutzen zu können, und darüber, welche Auswirkungen Wahlentscheidungen haben. Demokratie zum Anfassen, zum Selbsterleben. – Fakt ist: Erstwählerinnen und Erstwähler, die nicht zur Wahl gehen, sind später kaum mehr einzufangen; das heißt, sie sind für den demokratischen Prozess verloren.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn all diese Argumente Sie nicht überzeugen, die die Jugendlichen bestärken, die Jugendliche – neudeutsch ausgedrückt – "empowern", oder – schade, dass der Innenminister nicht da ist; er wusste ja schon gestern, vor der Ersten Lesung, die Antwort – die alten "Oppositionsargumente" – in Anführungszeichen – Sie nicht überzeugen können, dann schauen Sie doch einfach einmal über die Grenzen. Immer mehr Bundesländer senken das Wahlalter auf 16 ab, insbesondere auch bei den Kommunalwahlen.

Wenn selbst dieser Blick über die Landesgrenze den Impuls nicht gibt, unserem guten Gesetzentwurf zuzustimmen oder auch dem von der SPD, dann lassen Sie uns doch noch einmal bitte qualifiziert in die Diskussion gehen. Es gibt eine ganz neue Studie der Bertelsmann Stiftung; die besagt hauptsächlich zwei Dinge: zum einen, das Wahlalter ab 16 würde helfen, dass junge Menschen aus sozial schwachen Schichten eben eher an die Urne gehen. Das muss in unser aller Sinne sein, damit nicht immer noch mehr Menschen abgehängt werden und nicht immer noch mehr Menschen nicht mehr an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben wollen oder teilhaben können. Das muss in unserem Sinne sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich diese Tendenz noch weiter verstärkt.

Zum anderen besagt die Studie: Bei einem Wahlalter ab 16 würden wir die Wahlbeteiligung dauerhaft massiv steigern können, also massiv anheben. Im Jahr 2049 würde dann nach der Studie der Bertelsmann Stiftung – also keine unbedingt der GRÜNEN-Affinität verdächtige Stiftung – die Wahlbeteiligung nämlich bei 80 % liegen. Die Schlussfolgerung: Je früher und je häufiger Erst- und Jungwähler ihre Stimme abgeben, desto höher ist langfristig das Niveau der allgemeinen Wahlbeteiligung. Ganz aktuell: In diesen Zeiten ist das wirklich ein wichtiger Aspekt: Je früher Jugendliche in demokratische Prozesse eingebunden sind, desto weniger anfällig sind sie für extreme politische Positionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bitte Sie also in Erster Lesung heute um nichts anderes – vielleicht kann man das dem Innenminister auch ausrichten, um nicht gleich wieder in die alte Leier zu verfallen und gleich alles abzubügeln von wegen: Das kennen wir schon alles, das wissen wir schon alles –, als ernsthaft mit uns die Diskussion im Ausschuss zu führen und dann auch hier in der Zweiten Lesung. Es geht einfach darum, unser System – und das ist das beste System, das wir kennen –, die Demokratie zu stärken. Es geht um nichts anderes als darum, die Demokratie, zu stärken. Das ist ein sehr gewichtiges Argument, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Verschließen Sie nicht die Augen davor, dass sich Jugendliche heute viel früher und viel schneller entwickeln. Das ist nichts, was Claudia Stamm hier am Redepult erfunden hat, sondern das sagen ganz viele Psychologen, die das immer wieder feststellen: Jugendliche sind heute früher reif.

Deswegen, aber auch, weil wir es in einer immer älter werdenden Gesellschaft nicht zulassen können, dass junge Menschen nicht ausreichend, nicht genug eine Stimme verliehen bekommen, müssen Sie sich einen Ruck geben und ernsthaft mit uns zumindest über Ihre Positionen diskutieren und nachdenken.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir erstens eine Änderung der Verfassung, zweitens eine Änderung des Landeswahlgesetzes und drittens eine Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes, um das Wahlalter 16 bei Landtags-, Bezirkstags- und Kommunalwahlen sowie bei Volksentscheiden Bürger- und Bürgerinnenentscheiden einzuführen. Außerdem beantragen wir die Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung. Mit dieser Änderung wollen wir dann die Bürgerversammlung und den Bürgerantrag auf Gemeinde- und auf Kreisebene durch sogenannte Einwohner- und Einwohnerinnenversammlungen er-

setzen. An diesen können eben auch alle nicht volljährigen Einwohner beteiligt werden. Das ist der Sinn und Zweck unseres Gesetzentwurfs.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns ist bewusst, dass ein früheres Wahlrecht und das Stimmrecht in Einwohnerversammlungen keine Selbstläufer sind. Die Jugendlichen sind nicht deswegen auf einmal mündiger, weil wir ihnen früher eine wahre Teilhabe erlauben, sondern weil es psychologisch erwiesen ist. Parallel dazu muss auch in der schulischen Bildung einiges getan werden. Das ist auch der Wunsch der Jugendlichen: Sie wünschen sich eine stärkere Thematisierung von Wahlen im Schulalltag. Eine repräsentative Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt hat, besagt, dass acht von zehn Jugendlichen Demokratie und Demokratieerziehung im Schulalltag stärker verankert haben möchten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nehmen Sie die Jugendlichen ernst, und lassen Sie die Jugendlichen dieses Land Bayern mitgestalten! Für unsere Demokratie tut das not.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Förster das Wort erteilen. Herr Kollege, Begründung und Aussprache zusammen? – Dann zehn Minuten, bitte.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich heute früh nach dem Frühstück hingesetzt und habe mir meine Rede noch einmal überlegt. Sie ist mir sehr, sehr wichtig. Sie ist mir schon sehr lange wichtig. Mitwirkungsrechte und Mitwirkungschancen junger Menschen begleiten mich nämlich schon, seit ich 15 Jahre alt bin.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frühreif!)

– Na ja. Ich hatte viele gleichaltrige Freundinnen und Freunde, die die gleichen Anliegen hatten wie ich. – Als ehrenamtlicher Jugendleiter in der Jugendarbeit und als Bezirksschülersprecher von Schwaben habe ich mich damals mit Gleichaltrigen für die SMV meiner Schule eingesetzt, für den Erhalt eines Jugendzentrums, für bessere Bildungspolitik etc. Bei den Wahlen habe ich meiner Oma gesagt, was und wen sie wählen soll. Ich glaube sogar, dass meine Oma das so gemacht hat, weil sie im Großen und Ganzen der Meinung war, ihr sei es eigentlich egal, wer Deutschland regiert, die CSU und die SPD hätten gleichermaßen anständige Leute. – Gut, die FDP war ihr unsympa-

thisch, und mit den GRÜNEN hatte sie ein bisschen Probleme wegen der Länge der Haare.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das kann aber auch anders sein!)

– Genau. Deswegen sind Ihre Haare jetzt kurz. – Ich habe nie verstanden, warum meine Oma wählen durfte und ich nicht. Deswegen ist es seitdem fast zu einer Obsession von mir geworden, dass ich hier in diesem Hohen Hause für eine Absenkung des Wahlalters werbe – gemeinsam mit dem Bayerischen Jugendring, den Jugendverbänden, mit der Landesschülervertretung, allen möglichen Organisationen, in denen sich junge Menschen unter 18 Jahren politisch betätigen. Jeder der hier anwesenden Abgeordneten lobt sie zwar an allen Ecken und Enden für ihr politisches Engagement, aber man war doch bis heute noch nicht dazu bereit, ihnen das angemessene Wahlrecht zukommen zu lassen.

Ich denke, dass der richtige Zeitpunkt gekommen ist, über dieses Thema zu reden. Auch der Rat der Gemeinden und Regionen Europas – RGRE – in Straßburg hat eine Empfehlung ausgesprochen, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, am politischen Geschehen zu partizipieren. Der Beschluss war einstimmig. Der CSU-Kollege Taubeneder hat gemeinsam mit mir, mit der deutschen Delegation, über alle parteipolitischen Grenzen hinweg zugestimmt.

(Widerspruch des Abgeordneten Walter Taubeneder (CSU))

– Doch, doch. Ich habe das beobachtet. Ich hab's mit dem Handy fotografiert.

(Heiterkeit bei der SPD)

Auch die politischen Erfahrungen mit dem Wahlalter 16 auf kommunaler Ebene, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt oder Schleswig-Holstein, verdeutlichen, dass Jugendliche mit politischen Entscheidungskompetenzen sehr wohl umgehen können.

Also habe ich mich heute Morgen sehr gut vorbereitet. Meine Mutter hat mich zufällig angerufen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe versucht, das Telefonat abzuwürgen; ich habe meiner Mutter gesagt: Du, Mutter, ich muss mich vorbereiten, ich muss heute zum Wahlalter 16 reden. Dann fragte sie mich: Habt ihr keine anderen Probleme im Bayerischen Landtag? –

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Sie sagte: All die armen Flüchtlinge, Pegida, AfD – müsst Ihr nichts gegen die Petry und gegen die ganze Brandstiftung machen? – Dann habe ich zu meiner Mutter gesagt: Doch, Mama, genau deswegen muss ich heute zu einer Absenkung des Wahlalters reden.

(Beifall bei der SPD)

Es besteht nämlich ein Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit. Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen Politikverdrossenheit und der Bereitschaft, radikal zu wählen. Die grassierende Politikverdrossenheit ist nämlich nicht nur Produkt einer ermüdeten Demokratie, sondern – und diese Diagnose ist nicht von der Hand zu weisen – auch einer immer stärkeren Entfremdung von Politik und Wählern bzw. von Politikern und Politikerinnen und Wählern.

Dem verbreiteten und Verdruss erzeugenden Eindruck des alternativlosen Vollzugs technisch-ökonomischer Zwänge durch die Politik muss wieder die Pluralität politischer Entwürfe entgegengestellt werden dürfen. Ansonsten droht ein Schwund an konstitutionellen Werten, hinter denen wir – mit ganz unterschiedlichen Positionen – doch alle stehen, zugunsten von antipolitischen Momenten einer Erregungs- und Empörungsgesellschaft, für die AfD und Pegida stehen. Das können wir ja wohl nicht wollen.

Zu einer Pluralität der Lebenswelten gehört vor allem die Welt der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen, die in unserem politischen Gefüge, in unserem politischen Entscheiden und Handeln immer weniger zum Zuge kommt. Das erzeugt eben diese Politikverdrossenheit, also die Verdrossenheit im Hinblick auf die Politik sowie die Politikerinnen und Politiker. Im schlimmsten Fall erzeugt sie eine Bereitschaft zu Radikalismus und politischem Extremismus. Im besseren, aber immer noch negativen Fall führt sie zu Wahl- und Partizipationsverweigerung.

Die seit Jahren sinkende Wahlbeteiligung auf allen staatlichen Ebenen schadet der Demokratie. Die Studie der Bertelsmann Stiftung "Wählen ab 16" hat sich ganz intensiv damit beschäftigt. Ich wiederhole jetzt nicht, was Claudia Stamm zu diesem Thema gesagt hat. Diese Studie zeigt deutlich, je früher und je häufiger sich Erst- und Jungwähler beteiligen, umso höher sind langfristig die Wahlbeteiligung und die Akzeptanz der gewachsenen demokratischen Strukturen. Auch eine für diese Studie durchgeführte Simulationsrechnung zeigt deutlich – deswegen macht es schon einen Unterschied, lieber Kollege, ob wir zwei Jahre früher oder später starten –, bei einer Steigerung der Erst-

wahlbeteiligung um weniger als ein Drittel würde man die Gesamtwahlbeteiligung auch irgendwann einmal wieder auf über 80 % erhöhen. Wählen mit 16 ist deshalb nicht nur jugendpolitisch ein wichtiges Thema, sondern auch mit Blick auf die Stabilisierung der Wahlbeteiligung und der Demokratie in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe online gelesen, dass Minister Herrmann im "Bayernkurier" gesagt hat, er möchte Wahlrecht und Volljährigkeit nicht voneinander trennen. Beides gehört für ihn unweigerlich zusammen, das kann man nicht trennen. Daran sieht man, er ist ein studierter Jurist und ein Beamter. Wäre er Politologe oder Historiker, wüsste er nämlich, dass dieses Argument historisch nicht gilt. Bei der Bundestagswahl 1972 durften erstmals die damals noch nicht volljährigen 18- bis 20-Jährigen wählen. Das Alter der Volljährigkeit lag damals noch bei 21 Jahren. Es lag also schon einmal auseinander. Ich denke, das kann man bei uns auch entsprechend gestalten. Johanna Werner-Muggendorfer gehört zu der Generation, die hier quasi Nutznießer war.

Der Minister hat allerdings eine qualifizierte Zuarbeit in seinem Ministerium. 2006 hat das Innenministerium seine Fachfrau zur Verfügung gestellt, als wir in einem Hearing der SPD-Fraktion über die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre debattiert haben. Diese Juristin hat damals ganz klar festgestellt – Sie können es im Protokoll nachlesen –, es gibt keine juristischen Bedenken dagegen, das Alter auf 14 Jahre zu senken. – Aber wir fordern hier ja gar keine Absenkung auf 14, sondern eine Absenkung auf 16 Jahre.

Mit der eingeschränkten Geschäftsfähigkeit, aber auch der Anwendung des Jugendstrafrechts auf Jugendliche über 14 Jahren sowie der ab 14 Jahren eintretenden Religionsmündigkeit und der Befugnis zur Entscheidung darüber, bei welchem Elternteil man im Scheidungsfall leben will, wird Jugendlichen bereits ein sehr hohes Maß an Verantwortung und überlegter Entscheidungsfindung abverlangt. Auch die Entscheidung hinsichtlich der Schul- und Berufswahl bedeutet für Jugendliche unter 18 Jahren eine enorme Verantwortung, die wir ihnen aufbürden. Ich denke mir, wenn man als junger Mensch mit 14, 15 oder 16 Jahren die Entscheidung treffen muss, ob man auf dem Gymnasium bleibt, auf die Realschule geht oder eine Lehre macht, soll man auch mitreden dürfen, wie wir in der Politik Bildung definieren.

(Beifall bei der SPD)

Bildung als Stichwort; auch das hat Claudia Stamm schon gesagt: Wenn wir das Wahlalter absenken,

muss die Bildung an einer Qualifizierung mitarbeiten. Das Argument, Wählerinnen und Wähler unter 16 Jahren hätten für Wahlen nicht das nötige Wissen, wird von diesen gar nicht unbedingt geleugnet. Das ist der große Unterschied zu allen im Alter darüber: Je älter die Wähler werden, desto überzeugter sind sie, dass sie die Weisheit mit Löffeln gefressen haben. Junge Menschen sagen das gar nicht, aber sie möchten mehr politische Bildung im Schulunterricht haben. Es ist doch auch eine tolle Möglichkeit: Wo kann man besser breit diskutieren als im Schulunterricht? Man kann darüber sprechen, welche Wahlentscheidungen anstehen. Man kann Wahlprogramme lesen. Da würden sich manche Lehrer freuen; denn da kann man gut didaktische Konzepte umsetzen.

Seien wir doch einmal ehrlich: Wenn es uns passt, haben wir kein Problem damit, bei der politischen Arbeit unter das Alter von 18 Jahren zu gehen. Jeder von uns sieht doch gern junge Gesichter in seiner Partei. Jeder von uns schätzt es, wenn die 14-Jährigen in unsere Partei eintreten, Wahlkampf machen, Unterschriften sammeln und an den Info-Tischen stehen. Aber widersinnigerweise sollen sie nicht mit darüber entscheiden dürfen, welche Politiker letztendlich ihren Willen vertreten. Vielleicht ist das ja das Problem: ihren Willen vertreten.

Auch die Entwicklung, wie viele junge und ältere Menschen wir haben, hat Claudia Stamm angeführt. Die Zahl der sogenannten Best Ager wird gewaltig zunehmen, und wir wünschen allen ein gutes und lebenswertes Leben. – Aber das muss finanziert werden. In einer Studie hat der internationale Forschungsverbund Population Europe laut einem Bericht in der "WELT" festgestellt – Zitat –: "Je älter die Menschen sind, umso weniger heißen sie es gut, dass öffentliche Gelder an Familien und Kinder fließen, und umso mehr fordern sie zusätzliche Mittel für Rentner." Es könnte also zu einem generationsbedingten Verteilungskonflikt kommen. Machen wir uns deswegen zu Lobbyisten der Älteren? – Nein, wir müssen gerade im Generationenvertrag Lobbyisten für die Jüngeren sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern deshalb Gleichberechtigung für Jugendliche bei Wahlen, Volksbegehren, Volksentscheiden, Volksbefragungen sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, aber wir wollen keinen Ausnahmetatbestand. Deshalb brauchen wir auch kein Jugendbeteiligungsgesetz, wie es im Titel des Gesetzentwurfs der GRÜNEN genannt wird, sondern einfach das Recht auf Beteiligung der Jugendlichen unter 15 Jahren.

Der Entwurf der GRÜNEN enthält ein paar interessante Ideen, teilweise schießen sie über das Ziel hinaus.

Wir haben aber heute die Erste Lesung und können in den Ausschüssen entsprechend diskutieren. Wir von der SPD freuen uns auf diese Diskussion. Wir sind sicher, dass es, wenn wir diesen Dialog ernsthaft führen wollen, spannende Diskussionen werden, die hoffentlich das richtige Ergebnis nach sich ziehen, nämlich eine Absenkung des Wahlalters.

(Beifall bei der SPD)

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Damen und Herren, werte – –

Präsidentin Barbara Stamm: Moment bitte, Herr Kollege.

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Werte Kollegen, ich bin jetzt seit über sieben Jahren Mitglied des Bayerischen Landtags. Ich glaube, alle Jahre wieder haben wir hier in Erster und Zweiter Lesung über das immer gleiche Thema gesprochen. Das heißt, Sie kommen in regelmäßigen Abständen von ein bis zwei Jahren mit den immer gleichen Vorschlägen. Manchmal wird die Begründung ein bisschen geändert; manchmal wird eine aktuelle Studie ergänzt; manchmal bezieht es sich auf eine Europawahl, jetzt hier auf Landtags- und Bezirkswahlen. Aber das Thema ist immer das gleiche. Das ist Ihr gutes Recht, das streite ich nicht ab. Wenn wir das jedes Jahr wieder diskutieren, ist das für mich kein Problem. Ob Sie damit allerdings einen herausragenden Beitrag zur Lebendigkeit des Parlaments leisten, sei dahingestellt.

Sie haben schon erwähnt, Ihre Anträge sind die gleichen. Unsere Antworten sind logischerweise auch die gleichen. In unserem System ist das Wahlalter an die Volljährigkeit geknüpft. Das ist der Anknüpfungspunkt. Sie haben richtigerweise erwähnt, dass das Alter der Volljährigkeit früher schon einmal ein anderes war. Es lag schon einmal bei 21 Jahren und wurde im Laufe der historischen Entwicklung von 21 Jahren auf 18 Jahre gesenkt. Aber es gibt von Ihnen keinen einzigen Vorschlag, das Alter der Volljährigkeit zu senken. Mir ist jedenfalls nicht bekannt, dass Sie sagen, die geistige Reife der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren dermaßen verändert, dass Sie den Antrag stellen, das Alter der Volljährigkeit auf 17 oder 16 Jahre herabzusetzen. Das ist mir nicht bekannt. Ich schliesse grundsätzlich nicht aus, dass das so ist. Wenn dies einmal so wäre, dann müsste natürlich auch das Wahlalter entsprechend abgesenkt werden.

Rechte und Pflichten müssen im Einklang miteinander stehen. Sie verweisen auf das Strafrecht. Ich bin nicht der Meinung, dass es der Regelfall sein soll, dass Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr generell nach dem Jugendstrafrecht behandelt werden. Das sollte der

Ausnahmefall sein. Rechte und Pflichten müssen in einem demokratischen Staat in einem gewissen Einklang stehen. Deswegen werden wir an unserer Haltung auch nichts ändern. Ihre Argumente können da nicht überzeugen.

Lassen Sie mich auf die spezifische Forderung der GRÜNEN kommen, nämlich auf den Einwohnerantrag. Wir haben in der letzten Legislaturperiode beschlossen – damals noch mit Stimmen der FDP –, dass wir im Zuge der Überarbeitung der Gemeindeordnung ein Rederecht bei den Bürgerversammlungen auch für Kinder und für Nicht-EU-Ausländer einführen wollen. Das werden wir selbstverständlich auch umsetzen.

(Zuruf von der SPD: Wann?)

– Bei der nächsten Überarbeitung der Gemeindeordnung. – Wir halten es aber nicht für sinnvoll, quasi ein volles Abstimmungsrecht einzuführen. Das ist ja das, was Sie da wollen; Sie sagen: Wir fordern das Wahlalter mit 16.

Ich habe gerade noch einmal im Internet recherchiert. Da habe ich einen Antrag der GRÜNEN JUGEND Bayern gefunden, ein passives und aktives Wahlalter mit null Jahren einzuführen. Sie sagen: Als ersten Schritt könnten wir vielleicht sogar auf 14 Jahre gehen. – Ich sage Ihnen: Die Grenze zur Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre ist willkürlich gegriffen. Da könnte die Grenze genauso gut bei 15, 14 oder 17 Jahren liegen.

Wir halten es nach wie vor für sinnvoll, Rechte und Pflichten in einem demokratischen Staat in einen gewissen Einklang zu bringen. Ein Wahlakt bedeutet nicht ein minderes Recht. Damit werden wichtige Entscheidungen in den Parlamenten getroffen. Bedenken Sie, dass ein noch nicht 18-Jähriger nicht sämtliche Rechtsgeschäfte verpflichtend abschließen kann. Insofern werden wir Ihrem Anliegen vermutlich nicht nachkommen. Ich sehe zumindest keine neuen Argumente Ihrerseits; daher werden vermutlich auch unsere Antworten nicht neu sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bitte Sie, am Rednerpult zu bleiben. Herr Kollege Dr. Förster hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, es freut mich sehr, dass Sie im Zusammenhang mit dem Thema "Absenkung der Volljährigkeit" das Thema "Absenkung des Wahlalters" vielleicht doch angehen wollen. Das ist ein Zeichen

dafür, dass wir in einen Dialog und in eine Diskussion einsteigen.

Wir haben uns bei unserem Antrag auf die Absenkung des Wahlalters konzentriert. Aber Sie müssen doch selber zugeben – Sie haben es selber genannt –: Wir kommen zwar immer wieder mit diesem Thema, aber wir bringen auch immer wieder neue Argumente, neue Studien, immer wieder neue Aspekte, die belegen, dass der Antrag der GRÜNEN und der SPD richtig ist.

(Beifall bei der SPD)

Könnten Sie mir bitte sagen, warum Sie sich kontinuierlich weigern? Wie lauten denn da Ihre neuen Erkenntnisse? Wenn Sie alte Protokolle nachlesen, werden Sie feststellen, dass das Thema "Absenkung des Wahlalters von 21 auf 18" auch über mehrere Jahre hinweg immer wieder thematisiert wurde. Irgendwann fiel diese Grenze dann doch.

(Beifall bei der SPD)

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ehrlicherweise muss man sagen: Sie bringen keine neuen Argumente, sondern Sie bringen höchstens neue Anlässe und neue Aufhänger für immer wieder die gleichen Anliegen. Wirkliche neue Argumente habe ich, ehrlich gesagt, nicht erkennen können.

(Dr. Linus Förster (SPD): Haben Sie die Bertelsmann-Studie gelesen?)

Insofern kann ich auf die gleichen alten Argumente auch keine neuen spannenden Antworten liefern. Neue Argumente von Ihnen sind mir - -

(Dr. Linus Förster (SPD): Haben Sie die Bertelsmann-Studie gelesen?)

– Ich habe sie quergelesen, aber natürlich nicht alle Seiten.

Präsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Zwischenbemerkung von Claudia Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Tut mir leid, dass Sie noch einmal zurückkommen mussten, sehr geehrter Herr Kollege Lorenz. Sie hatten gerade gemeint – der Kollege Förster hat es auch schon gesagt –, dass wir immer wieder dieselben Dinge beantragen würden und Sie das dann immer wieder mit denselben Argumenten ablehnen müssten.

Da muss ich Ihnen leider vehement widersprechen. Kinderkrippen waren in Ihren Augen jahrzehntelang Teufelszeug, ebenso die Ganztagschulen. Jetzt ist

das Ganze völlig selbstverständlich; die CSU ist angeblich Vorreiterin bei diesen Dingen. Von daher stimmt das, was Sie sagen, einfach nicht. Ihre Logik hinkt.

Alles, worum ich gebeten habe, war: Halten Sie mal inne, nehmen Sie bitte eine qualifizierte Diskussion im Ausschuss wahr. Es ist doch so, dass die Wahlbeteiligung immer weiter sinkt und dass wir gerade eine uns allen unangenehme Radikalisierung auf der rechten Seite erleben.

Diese Punkte müssen im Zusammenhang mit den neuen Studien zum Innehalten und zum Überlegen anregen. Sie müssen sagen: "Okay, wir führen jetzt einmal eine Diskussion", und sollen nicht reflexartig äußern: "Ach, das ist ja schon wieder das Gleiche", und dann lehnen Sie es ab.

Auch ein Blick über die Landesgrenzen hinaus wäre angebracht – das habe ich bereits gesagt –; es wäre sehr angebracht und würde Ihnen gut zu Gesicht stehen, Ihnen als CSU und als Mehrheitsfraktion.

Dann haben Sie noch die GRÜNE JUGEND Bayern mit dem "Wahlalter null" angeführt. Ich erspare es Ihnen, Sie mit allem, was die Junge Union sagt, zu konfrontieren. Wir fordern hier ganz konkret das Wahlalter ab 16 Jahren. Dafür gibt es gute Gründe; wir haben sie alle genannt.

Im Zusammenhang mit der Einwohnerversammlung haben Sie sich in der Argumentation fast noch selber ein Ei gelegt, wenn Sie darauf verweisen. Das ist schon in der letzten Legislaturperiode beschlossen worden, aber immer noch nicht umgesetzt. Das ist fast schon Arbeitsverweigerung! Machen Sie es endlich und setzen Sie es doch endlich um!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe hier keine Glaskugel; ich kann jetzt nicht eine gesellschaftliche Entwicklung prognostizieren, die sich vielleicht in Jahrzehnten oder in den nächsten Generationen abzeichnet. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob das Alter der Volljährigkeit in 30 oder 40 Jahren noch bei 18 liegt – wahrscheinlich schon, möglicherweise aber auch nicht.

Tatsächlich aber ändern sich Ihre Argumente von einem Jahr zum nächsten nicht. Sie haben keine neuen Argumente gebracht.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Wenn Sie wirklich fundamental neue Erkenntnisse hätten, dann könnte man darüber reden. Die sehe ich hier aber nicht. Mir ist nicht bekannt, dass es bei den Erstwählern im Alter von 18 bis 21 eine signifikant höhere Wahlbeteiligung gäbe als beim Durchschnitt der Bevölkerung. Nach meinen Erfahrungen ist sogar eher das Gegenteil der Fall: Bei den 18- bis 21-Jährigen ist die Wahlbeteiligung tendenziell sogar geringer.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der Schluss, den Sie daraus ziehen, man würde mit dem weiteren Absenken des Wahlalters die Wahlbeteiligung erhöhen, ist aus meiner Sicht ein wenig unlogisch. Zu diesem Schluss können Sie natürlich kommen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Im Augenblick habe immer noch ich das Wort.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Sie plärren ja immer dazwischen. Also, wenn Sie neue, fundierte und überzeugende Argumente haben, nehmen wir uns dieser gerne an. Im Augenblick kann ich das jedoch nicht erkennen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Als nächster Redner hat noch der Kollege Streibl das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt immer wieder interessante und anregende Debatten, wenn wir über das Wahlalter diskutieren. Eines dazu, Herr Kollege Förster: Ich finde es etwas euphemistisch, wenn Sie sagen, Sie befänden sich mit der CSU-Fraktion im Dialog über dieses Thema. Das hat gerade nicht danach ausgesehen.

Ein Dialog darüber wäre sicher gut und wichtig. Sie sagen, man müsse die Demokratie stärken; das ist heute so wichtig wie noch nie. Es gilt, die Demokratie zu stärken. Ob es dann das richtige Mittel ist, einfach das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken, weiß ich nicht.

Wir sind hier etwas skeptisch; denn wir meinen, man sollte diese Frage an die Volljährigkeit koppeln. Schauen Sie nur einmal ins Vertragsrecht: Wenn man nicht auch bei der Volljährigkeit die Altersgrenze ändert, dann dürfte man zwar wählen, aber man dürfte keinen Vertrag abschließen. Es wäre insofern wichtig, hier einen gewissen Gleichklang zu finden. Da könnte

vielleicht die Absenkung der Volljährigkeit ein Thema sein, über das man diskutieren könnte.

Ansonsten ist es nicht nachzuvollziehen, warum gerade von 16 Jahren die Rede ist. Wenn man die Diskussion schon aufmacht, dann sollte man sie generell öffnen. Da könnte man zum Beispiel auch über ein Familienwahlrecht nachdenken und darüber sprechen, warum das Wahlrecht nicht generell allen zusteht. So könnte man die Familien stärken, wenn es schon um die Stärkung der jüngeren Generationen geht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das sind Fragen, die einen durchaus umtreiben. Wir haben gesagt, dass wir uns ein Wahlrecht ab 16 Jahren im kommunalen Bereich vorstellen könnten. Da sind die Jugendlichen näher an den Entscheidungen dran; denn sie wissen, was in ihrer Gemeinde los ist. Wenn man dann einmal die Ergebnisse prüft, wie das dort gelaufen ist, kann man das Ganze in Zukunft vielleicht noch ausweiten.

Momentan sind wir jedoch skeptisch. Vielleicht könnte man in diesem Zusammenhang eine Expertenanhörung in diesem Hause durchführen. Wir überlegen, entsprechende Anträge zu stellen. So könnten wir mehr Material, mehr Ansichten und Meinungen zu diesem Thema erhalten.

Wenn man sich die von Ihnen zitierte Bertelsmann-Studie anschaut, dann liest man dort, dass 80 % der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland keine Absenkung des Wahlalters wollen. Nur 13 % der Bevölkerung sprechen sich dafür aus. Wenn ich mit Schulklassen über dieses Thema diskutiere, ist es in der Regel so, dass die meisten Schülerinnen und Schüler sagen: Wir sind eigentlich ganz zufrieden mit dem Wahlalter von 18, wir wollen die Absenkung auf 16 gar nicht.

Ich meine, vorrangig müssen wir den Unterricht in politischer Bildung stärker in den Vordergrund stellen, um damit die Jugendlichen viel besser in die politische Landschaft einzuführen und ihnen beispielsweise zu vermitteln, wie unser Staat funktioniert. Das ist die Aufgabe, die vorrangig zu lösen ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Nach meiner Ansicht ist das die klassische Bildungsaufgabe. Außerdem brauchen die Jugendlichen mehr Zeit, diese Demokratie überhaupt leben zu können, sei es im Sportverein oder auch in einer politischen Partei, in der sie dann mitreden können. Unter diesem Aspekt wäre das G 9 zu bevorzugen, das genügend Zeit zum Reifen gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unter diesem Aspekt sehe ich die Notwendigkeit einer großen Menge Vorarbeit. Diese Aufgabe muss man angehen, und erst am Ende könnte dann auch eine Absenkung des Wahlalters stehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ein Vorausgreifen der Absenkung halten wir unter diesen Aspekten für falsch. Es sollte der umgekehrte Weg gegangen werden, und dabei sollten alle Optionen diskutiert werden, um zu einer zeitgemäßen Lösung zu kommen. In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussion in den Ausschüssen, auch wenn wir uns schon jetzt vorstellen können, wie das Ergebnis aussehen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Alle Fraktionen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Besetzung des Bayerischen
Verfassungsgerichtshofs
Neuwahl eines berufsrichterlichen Mitglieds**

und

**Besetzung des Bayerischen
Verfassungsgerichtshofs
Wahl eines nichtberufsrichterlichen Mitglieds**

Die Neuwahl des berufsrichterlichen Mitglieds erfolgt durch geheime Wahl mit einem Stimmzettel, die Nachwahl des nichtberufsrichterlichen Mitglieds durch eine einfache Wahl mittels Handzeichen.

Ich darf Sie daher bitten, nach der Wahl mit dem Stimmzettel Ihre Plätze wieder einzunehmen, da anschließend die Wahl durch Handzeichen erfolgt.

Der Herr Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass zum 2. Dezember 2015 die Richterin am Oberlandesgericht München, Frau Ulrike Müller, an den Bundesgerichtshof versetzt wurde. Damit scheidet sie auch aus dem Verfassungsgerichtshof aus.

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs schlägt als Nachfolgerin Frau Dr. Margit Zorn, Richterin am Oberlandesgericht Nürnberg, zur Neuwahl vor.

Frau Dr. Zorn ist bereit, im Fall der Wahl das Amt anzunehmen, und hat die entsprechende Erklärung gemäß Artikel 6 des Verfassungsgerichtshofgesetzes abgegeben. Die Richter-Wahl-Kommission hat am 27. Januar 2016 dem Vorschlag des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs zugestimmt und beschlossen, der Vollversammlung zu empfehlen, den Wahlvorschlag anzunehmen.

Wir kommen damit zur Wahl. An Ihrem Platz finden Sie einen gelben Stimmzettel vor. Für den Wahlgang ist außerdem die in Ihrer Stimmkartentasche enthaltene gelbe Namenskarte zu verwenden.

Die Urnen stehen bereit. Wir beginnen mit dem Wahlgang. Für die Wahl stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Geheime Wahl von 16.25 bis 16.30 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Damit ist der Wahlgang beendet. Das Wahlergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Ich gebe es Ihnen später bekannt.

(Unruhe)

Ich bitte Sie nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Plätze wieder einzunehmen, damit ich fortfahren kann. Das gilt für alle! Ich habe Zeit.

(Anhaltende Unruhe)

Kolleginnen und Kollegen, noch einmal. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit die Abstimmung erfolgen kann.

Wir kommen nun zur Nachwahl eines nichtberufsrichterlichen Mitglieds. - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mitgeteilt, dass die von ihr benannte und am 4. Dezember 2013 vom Landtag zum nichtberufsrichterlichen Mitglied gewählte Frau Angelika Lex verstorben ist. Die Fraktion schlägt Herrn Jerzy Montag zur Wahl als nichtberufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vor.

Wer mit der Wahl von Herrn Jerzy Montag zum nichtberufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist Herr Jerzy Montag zum nichtberufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs gewählt.

Herr Jerzy Montag, Sie sind hier im Saale. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute! Gute Wünsche begleiten Sie.

(Allgemeiner Beifall)

Das Ergebnis der Wahl des berufsrichterlichen Mitglieds liegt noch nicht vor.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 5 und 6** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Breitbandförderung von Land und Bund sinnvoll ergänzen (Drs. 17/9260)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Bernhard Roos u. a. und Fraktion (SPD)
Breitbandprogramm zukunftstauglich machen (Drs. 17/9233)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Ich darf jetzt als Erstem dem Kollegen Häusler das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erneut beschäftigt uns heute das Thema Breitbandausbau hier in diesem Hohen Haus. Es geht darum, abgestimmte Fördervoraussetzungen zu schaffen, um standortunabhängig gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und letztlich überall in Bayern eine zeitgemäße Internetverbindung sicherzustellen.

Ich möchte an dieser Stelle den Kollegen der Mehrheitsfraktion zuvorkommen. Wir erkennen nämlich das von den Kommunen sehr gut angenommene bayerische Förderprogramm des Finanzministers an. Wir werden sicherlich noch hören, dass mittlerweile mehr als 1.900 Kommunen oder 94 % aller bayerischen Gemeinden im Verfahren sind. Dies spricht tatsächlich für verbesserte Fördervoraussetzungen. Auch hat sich das Förderverfahren durch die Reduzierung auf neun Verfahrensschritte signifikant verbessert. - So weit, so gut. Ich glaube, hierüber besteht weitgehend Konsens in diesem Haus.

Aber das bayerische Programm hat auch entscheidende Schwächen, zum Beispiel das definierte Mindestausbauziel von 30 Mbit/s. Gebiete mit Ausbaustufen von mindestens 30 Mbit/s gelten als mit dem schnellen Internet versorgt.

Diejenigen Gemeinden, die frühzeitig die Herausforderungen des schnellen Internets aufgenommen und hohe Eigeninvestitionen bereitgestellt haben, um die 30 Mbit/s zu erreichen, schauen nun bei einer notwendigen, erforderlichen Anschlussförderung mit dem Ofenrohr ins Gebirge; denn eine Förderung von Gemeinden und auch von Ortsteilen – dies ist ganz wichtig; in vielen Ortsteilen hat es nämlich schon Vorleistungen gegeben – ist nach den bayerischen Förderrichtlinien dann nicht mehr möglich.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, uns wird immer wieder erklärt, dass ein höheres Mindestausbauziel europarechtlich gar nicht möglich sei. Nun sind in dem neuen Bundesprogramm mindestens 50 Mbit/s möglich und vorgesehen. Da stellt sich uns schon die Frage, ob für Land und Bund verschiedene Europarechte gelten.

Wie dem auch sei, wir FREIE WÄHLER sehen jetzt die letzte Chance, noch nachzusteuern und auch bereits versorgte Gebiete weiter zu fördern. Geld dürfte und muss noch genügend im Topf sein, auch dank der zusätzlichen Millionen des Bundes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch eine Anmerkung an die Fraktion der GRÜNEN zu der Beratung im Wirtschaftsausschuss: Die unserem Antrag zugrunde liegende Versorgung von mindestens 50 Mbit/s beinhaltet selbstredend das Ausbauziel von 100 Mbit/s plus; das ist selbstverständlich.

Der zweite Nachteil des bayerischen Förderprogramms ist die absolute Höchstfördersumme von 1 Million Euro pro Kommune. Hierbei geht es um die großen Flächenkommunen. Es gibt Kommunen mit 20 und 30 Ortsteilen. Dort kommen für einen Vollausbau 2 bis 3 Millionen Euro zusammen. Dann entstehen

Förderlücken von 1 Million Euro und mehr, sodass diese Kommunen, meistens finanzschwache Kommunen, die Finanzierung nicht stemmen können. Wir haben im Landtag und im Ausschuss bereits öfter darauf hingewiesen, allerdings mit bescheidenem Erfolg.

Wir möchten mit diesem Antrag einen neuen Anlauf starten. Herr Söder, nutzen Sie die Bundesmittel gezielt dazu, die Flächenkommunen noch besser zu fördern! Die zusätzlichen Bundesmittel inklusive der 165 Millionen Euro Kofinanzierung des Freistaats sollten den betroffenen Kommunen mit den vielen Ortsteilen in der Fläche zur Verfügung stehen. Das wäre der Schlüssel dazu, dass 2018 keine weißen Flecken auf der Breitbandkarte Bayerns mehr existieren würden.

Uns geht es letztendlich um die Förderung gleichwertiger Lebens- und Wettbewerbsverhältnisse in ganz Bayern. Auch das ist ein Beitrag zur Stärkung des Mittelstands in der Fläche.

Den Antrag der Sozialdemokraten werden wir unterstützen. Dieser Antrag mit der Forderung nach 100 Mbit/s geht über unseren Antrag hinaus. Ich habe das schon dargestellt. Er ist sachgerecht begründet und deshalb in allen drei Punkten zustimmungsfähig.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Kollege Roos. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Roos (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie bereits im Wirtschaftsausschuss von meiner Kollegin Annette Karl vorgetragen, ist kein Förderprogramm so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte.

Herr Staatsminister Söder, natürlich ist es eine wunderschöne Aufgabe, Förderbescheide direkt an den Mann und die Frau, insbesondere die Kommunen – davon haben wir über 2.000 in Bayern –, zu geben. Das macht eine schöne Presse und ein gutes Gefühl. Aber es bleibt auch ein Gefühl der Unvollkommenheit zurück, was gerade Ihnen ein Dorn im Auge sein sollte. Das meine ich ganz ohne Blick auf die aktuelle Fachingssaison.

Es gibt eine neue Botschaft, die das Antragsbegehren der SPD und auch der FREIEN WÄHLER stützt, nämlich vom Bundesrechnungshof. Er ist eine gute Adresse, wenn es darum geht, Steuermittel, die die Regel haben, knapp zu sein, bestmöglich einzusetzen. Der

Bundesrechnungshof hat an die Adresse von Herrn Bundesminister Dobrindt formuliert, dass es Steuererschwendung sei, wenn man eine veraltete Brückentechnologie nutzt. Vectoring klingt zwar modern, bezieht sich aber immer auf das Kupfer. Damit kann man die Bandbreiten etwas erhöhen. Das ist vielleicht noch für die aktuelle Phase, aber sicher nicht mehr für die digitale Zukunft tauglich.

Das sollte für die Bundesregierung und natürlich auch für den Freistaat Bayern gelten, der sich ansonsten ja immer mit breiten Hosenträgern brüstet, an der Spitze der Bewegung zu sein. Fakt ist: 80 % der Anschlüsse, die zurzeit getätigt werden, laufen nach dem Motto "Fibre to the Curb". Diese FTTC-Technologie betrifft Glasfasern bis zu einem Verknüpfungspunkt, und dann war es das. Dann kommt wieder das alte Kupfer. Dies ist nicht zukunftstauglich.

Wir als SPD haben drei Verbesserungsmöglichkeiten zur Optimierung verortet. – Zum Ersten. Die durchschnittliche Verfahrensdauer in Bayern beträgt 457 Tage. Spitzenreiter ist hier Oberbayern mit 545 Tagen. Niederbayern liegt etwas besser: 474 Tage. Das ist länger als im bundesdeutschen Durchschnitt und wird unserem Anspruch ebenfalls nicht gerecht. Wenngleich es eine Verbesserung dargestellt hat, von 19 auf 9 Verfahrensschritte zu kommen, ist es immer noch nicht gut. Da haben wir deutlich Luft nach oben.

Die Nummer 2 unseres Dringlichkeitsantrags betrifft die Zukunftsfähigkeit der Lösungen. Was die Bandbreiten der Zukunft angeht, kann ich dem Herrn Kollegen Häusler insofern nur Unterstützung angedeihen lassen. In unseren Gesprächen mit Start-ups und mit Industrieunternehmen sagen jene, man müsste eigentlich, wenn man über 2020 hinausdenkt – und das sollte man tun –, auf 1 Gbit/s gehen, also das Zehnfache der Hundert. Zumindest müssten dann, was die Förderkulisse angeht, 100 Mbit/s angesetzt werden. Nur die Bayerische Staatsregierung sieht eine angebliche Verbindung mit EU-Bestimmungen, wonach 30 Mbit/s reichen. Dies sehen wir nicht so. In der Richtlinie heißt es: mindestens 30 Mbit/s pro Sekunde.

In diesem Wirrwarr muss Klarheit geschaffen werden. Wir benötigen Klarheit für die Kommunen, vor allem dann, wenn eine Kommune die 30 Mbit/s schon aufweist. Das ist in der aktuellen Situation förderschädlich. Da nützt es dem Bürgermeister überhaupt nichts, wenn er sagt, ich will eigentlich 50 oder 100 Mbit/s. Da bekommt er nicht einmal die Förderung, die ansonsten im Rahmen des bayerischen Programms gegeben wäre. Das ist Schlechtleistung. Das ist nicht Dienst am Kunden und nicht Dienst an der Kommune

seitens des Freistaats Bayern. Unterstützen wir darum die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister darin, in ihre Regionen, auch in entlegene Ortsteile, Glasfaser und 100 Mbit/s zu legen. Ansonsten käme es zu der komischen Situation, dass ein weit entfernter Ortsteil, der über die Nachbarkommune angeschlossen werden kann, in der Leistungsfähigkeit besser liegt als der Zentralort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum dritten Problem.

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenbemerkung dann, ja?

Bernhard Roos (SPD): - Das machen wir gerne im Anschluss. Den dritten Punkt dürfen Sie noch abwarten, Herr Kollege. - Ein drittes Problem erwächst aus dem Ablauf der Förderung nach sieben Jahren Förderzeit. Da gibt es keine Anschlussregelung. Gerade leistungsschwächere Kommunen im ländlichen Raum, die finanziell nicht so gut eingesäumt sind, werden in eine ungewisse Zukunft geschickt. Ich richte den Appell an Sie, dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftlichkeitslücke auch nach sieben Jahren noch gedeckt werden kann.

Zum letzten Punkt. Im "Bayerwald-Boten" – "Passauer Neue Presse" - von heute steht über die Kommune Böbrach geschrieben, diese habe kein Geld, um Hilfsmittel für die Freiwillige Feuerwehr zu organisieren, und sähe sich außerstande, den Breitbandzuschuss mit dem Eigenbeitrag zu ergänzen. Auch hier gilt: Wir brauchen über diese 1 Million hinaus Möglichkeiten für Kommunen, die schlecht dastehen, um den Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch in Sachen Digitalisierung zu verfolgen.

Ich nenne zum Schluss eine Zahl. In 276 Gemeinden liegen wir momentan unter 16 Mbit/s, in 17 Gemeinden sogar noch unter 2 Mbit/s. Da kann man sich lange Wartepausen vorstellen. – Deswegen werden wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER natürlich zustimmen und bitten das gesamte Haus, das Nein aus dem Ausschuss zu revidieren und hier zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Zwischenbemerkung: Kollege Schwab.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben gesagt, es hilft dem Bürgermeister nichts, wenn im Ort bereits 30 Mbit/s vorhanden sind und jetzt dieses Förderprogramm kommt. Dabei widersprechen Sie sich. Ich bin selber Bürgermeister. Das hilft sehr wohl, weil die 30 Mbit/s in den Kernge-

bieten meistens erreicht werden, aber an den Rändern der Kommunen nicht. Das kann man sehr wohl mit dem neuen Förderprogramm erreichen.

Außerdem stellt sich die Frage, warum man jetzt nach den Sternen greifen und wahnsinnige Bandbreiten schaffen sollte. Wir brauchen erst eine flächendeckende Verbreitung. Wir haben 2.000 Kommunen in Bayern und brauchen eine flächendeckende gute Versorgung. Wenn 30 Mbit/s flächendeckend da sind, ist das ein tolles Förderprogramm für den ländlichen Raum. Derzeit gibt es nichts Besseres als diese 80 oder 90 % Förderung für die Kommunen beim Breitbandausbau. Ich finde es falsch, das jetzt schlechtzureden. Das ist wirklich ein tolles Programm. Das sieht man auch daran, dass 90 % der Kommunen momentan im Förderverfahren sind. Man kann doch nicht sagen, dass es nicht angenommen wird, wenn man anschaut, was derzeit im Breitbandausbau läuft. Das sage ich nur aus Sicht eines Bürgermeisters, der zusätzlich im Landtag sitzt.

(Beifall bei der CSU)

Bernhard Roos (SPD): Herr Kollege, es ehrt Sie, dass Sie zum einen hier dem Stand der Kommunalpolitiker das Wort reden. Sie ehrt auch, dass Sie Ihrem Finanz- und Breitbandminister zur Seite springen und ihn unterstützen. Wir haben mit keinem Wort gesagt, dass es ein schlechtes Programm sei; aber ich relativiere immer vor dem Hintergrund des Anspruchs Bayerns, ein sehr gutes Programm zu machen. Die Schwächen sind definiert und erkannt. Herr Staatsminister, diese sind auch von der Wirtschaft erkannt, egal ob man Mittelständler ist, freien Berufen angehört, ob man Lehrer oder ganz normaler Arbeitnehmer ist mit einem Hobby zu Hause, das sehr hohe Bandbreiten verlangt, oder ob man Sprösslinge hat, die in ihrem Herunterladeverhalten deutlich über dem des Durchschnitts der Bevölkerung liegen. Dann ist Korrekturbedarf gegeben.

Ich komme konkret zu Ihrem Beispiel. Ich habe gerade gesagt, dass es ein bisschen hanebüchen ist, wenn der Randbereich von Hinterhuglhapfing in der Bandbreite mehr an Leistungsfähigkeit hat als die zentrale Kommune, als etwa der Bürgermeister selbst; außer er wohnt in dem Ortsteil. Dann wäre er gut aus dem Schneider.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Kollege Kirchner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister Markus Söder,

liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, bevor wir in die Diskussion einsteigen, sollten wir uns gewisse Dinge vor Augen halten. Wir sollten uns vor Augen halten, wo wir herkommen. Grundlage unserer Diskussion zum ersten Förderprogramm war die EU-Rahmenrichtlinie bzw. die EU-Förderrichtlinie. Sie alle wissen, dass gerade das EU-Beihilferecht bei unserem Gestaltungsspielraum an vielen Stellen ein Killer ist. So gab es ein Breitbandförderprogramm, das durch die EU-Notifizierungen in 19 Schritte untergliedert war und niemanden, keine Kommune und keinen Bürgermeister, tatsächlich angesprochen hat. Ich denke, die Staatsregierung, insbesondere unser Minister Söder, hat richtig erkannt, dass an dieser Stelle Handlungsbedarf ist, und hat eine Novellierung der Breitbandförderung avisiert und umgesetzt.

Herr Roos, ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als die Opposition von dieser Novellierung Wind bekommen hat. Sie haben sich damals im Wirtschaftsausschuss aufgestellt und gesagt, das gehe nicht, das verstoße gegen EU-Recht, dabei komme nichts heraus. Da kann ich Ihnen sagen: Wenn man Bedenkenträger ist, kann man nicht gestalten. Wenn man immer nur verhindert, bremst man alles aus und kommt nicht vorwärts. Die Redebeiträge von heute gehen ein Stück in diese Richtung.

Wie man gestaltet, zeigt der Freistaat Bayern, zeigt das Breitbandministerium. Es hat gezeigt, wie man ein Förderverfahren in Abstimmung mit der EU entschlacken, verschlanken und vereinfachen kann. Die Verfahrensschritte wurden von 19 auf 9 reduziert. Zudem wurden noch Verbesserungen eingebracht. Davon profitieren die Flächengemeinden. Ich selber komme aus einer Gemeinde mit 12 Ortsteilen. Die Berücksichtigung der Flächengemeinden forciert dort den Breitbandausbau. Die ländlichen Strukturen werden berücksichtigt und Fördersätze von 80 %, für Härtefälle sogar bis zu 90 % generiert. Die Gemeinden, die Sie vorhin angesprochen haben, werden mit einer Förderung von 90 % unterstützt. Die Gemeinden werden von Breitbandmanagern unserer Vermessungsämter professionell beraten, damit etwas Dynamik reinkommt. Der Freistaat investiert sensationelle 1,5 Milliarden Euro in dieses Programm. Das gibt es nirgendwo in Deutschland und nirgendwo auf der Welt. Um das einordnen zu können, sollten wir einen Vergleich anführen: Baden-Württemberg investiert gerade einmal 50 Millionen Euro pro Jahr, der Freistaat Thüringen 40 Millionen Euro. Dem stehen 1,5 Milliarden Euro bei uns gegenüber.

Herr Roos, Sie haben den Knackpunkt noch nicht richtig erfasst. Glasfaser wird an dieser Stelle gefördert, um in die Fläche hinauszukommen und eine ganzheitliche Versorgung zu erreichen. Wenn die Mit-

tel es zulassen, sollte die Versorgung "Fibre to the Home", also bis zum Haus, erfolgen. Ich denke, wir befinden uns auf einem guten Weg.

Sie hatten die Dauer angesprochen. Die Auszahlung der Fördergelder und die Herausgabe von Bescheiden hängen nicht nur vom Freistaat bzw. von den Ämtern ab. Es sind Prozesse zwischengeschaltet: Ein Gemeinderat muss befinden. Angebote müssen eingeholt werden. Bauleistungen müssen ausgeschrieben werden. Bitte ordnen Sie die Dinge richtig ein.

Wir sehen, dass dieses Programm ein voller Erfolg ist. Das hat Herr Häusler gesagt. Im Verfahren befinden sich 1.925 Gemeinden. Das sind 94 %. 714 Gemeinden haben bereits einen Förderbescheid erhalten. Über eine Viertelmilliarde Euro ist schon verbeschieden worden. Das ist sensationell. Damit ist die Versorgung Bayerns mit Internet schnell erreicht. Der Bedarf der Bevölkerung wird zukunftsorientiert gedeckt. Mit Glasfaser in jeder Kommune – so soll es am Ende sein – sind alle Optionen für die weitere Zukunft gegeben.

Aus meiner Sicht ist die Novellierung eine geniale Leistung, die Bayern im Hinblick auf die Breitbandversorgung nicht links, sondern rechts überholen lässt. Damit wird Bayern Trendsetter für die weitere Zukunft sein. Herr Roos, Sie treten als Vertreter des ländlichen Raums auf. Als Bewohner des ländlichen Raums sage ich: Für uns handelt es sich um eine noch nie dagewesene Förderung des ländlichen Raums, einen Aufschlag für die Menschen, die vor Ort leben. Von Morgen an wird es keine Rolle mehr spielen, ob man in einem Ballungszentrum oder in der Fläche draußen wohnt. In der globalen digitalen Welt ist man einfach dabei und hat sowohl privat als auch in der freien Wirtschaft alle Chancen. Das haben wir vorhin durch die Opposition bestätigt bekommen, die sagt: Das Förderprogramm ist eine tolle Geschichte.

Viel besser ist jedoch, dass man sich nicht auf dem Erreichten ausruht, sondern weiter voranschreitet und den Erfolg der Breitbandversorgung in Bayern forciert. Gerade der Freistaat Bayern forciert zusammen mit anderen Bundesländern und den Kommunen das Thema Vectoring, das von der EU-Ebene noch ausgebremst wird. Wir sind schon ein großes Stück vorangekommen. Zukünftig sollen Kommunen, die noch mit Kupferleitungen versorgt werden und nur über 30 Mbit/s verfügen, mit dieser Technologie an die 100 Mbit/s und mehr herangeführt werden.

Das Bundeskabinett hat beschlossen, den Ausbau des Breitbands mit zwei Milliarden Euro auf Bundesebene zu fördern. Der Freistaat Bayern war mit einer Ministerratsvorlage proaktiv tätig, um die Rahmenbe-

dingungen zum sinnvollen Einsatz der Fördergelder abzustecken. Die letzten weißen Flecken, die übrig bleiben werden, sollten aufgegriffen werden, um dort eine Internetversorgung anbieten zu können.

Bayern-WLAN wurde hier vorgestellt. Der nächste Schritt ist, dort einen ganz großen Aufschlag zu machen, weil Deutschland ziemlich hinterherhinkt. Zukünftig wird Bayern mit freiem WLAN in 10.000 Hotspots an 5.000 Standorten an der Spitze sein. Dies fördert den Tourismus und ermöglicht die digitale Teilhabe.

Damit wir das heute abschließend behandeln können, fasse ich für Sie noch einmal zusammen. Wir hatten das Thema bereits im Ausschuss. Deswegen dachte ich, dass wir das Thema heute nicht mehr behandeln müssen. Für Sie noch einmal eine Zusammenfassung: Mit dieser Förderrichtlinie wird Bayern an die Spitze der Breitbandversorgung in Deutschland katapultiert. Das Runddiktieren an der einen oder anderen Stelle, wie Sie es fordern, würde uns nur behindern, weil eine Veränderung der Richtlinie dazu führt, dass sie neu aufgesetzt werden müsste. Die Richtlinie müsste aussetzen. Mit ihr könnten Vorhaben dann nicht mehr realisiert werden. Der Freistaat Bayern ist Trendsetter. Die Förderrichtlinie, die Forcierung des Vectorings, der proaktive Ministerratsbeschluss sowie Bayern-WLAN zeigen das auf.

Aus diesem Grund ist es für jeden einleuchtend, dass uns die beiden Anträge an dieser Stelle nicht weiterhelfen, weil wir schon wesentlich weiter sind. Die Vorhaben sind geordnet, strukturiert und auf die Zukunft Bayerns ausgerichtet. Deshalb werden wir die Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Kollege Ganserer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um allen Menschen in Bayern faire Zukunftschancen zu bieten, brauchen wir einen schnellen Ausbau des schnellen Internets, sprich den Anschluss an die Datenautobahn als die Infrastruktur der Zukunft in allen Landesteilen. Bei dieser grundsätzlichen Einschätzung sind wir uns fraktionsübergreifend einig. Ich möchte gar nicht in Abrede stellen, dass derzeit große Anstrengungen unternommen werden, um eine flächendeckende Mindestversorgung von 30 Mbit/s zu realisieren. Hinsichtlich der Frage, ob diese Ausbauziele ausreichend sind, kommen wir allerdings zu einer unterschiedlichen Einschätzung und Bewertung.

Für viele private Anwender mögen 30 Mbit/s gegenwärtig noch vollkommen ausreichend sein. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass dies State of the Art im Jahr 2015 war und vielleicht noch im Jahr 2016 ist. Was ist aber im Jahr 2020 und 2030? – Es ist davon auszugehen, dass sich die digitalen Anwendungsmöglichkeiten und die Zunahme der Datenmenge im gleichen Tempo weiterentwickeln, wie es in den letzten Jahrzehnten geschehen ist. Um dieses Tempo und diese Entwicklung zu veranschaulichen, lohnt ein kurzer Blick in die Vergangenheit.

Die älteren Semester unter uns dürften sie noch gut kennen, die 8-Zoll-Diskette mit 180 Kilobyte Speicherplatz. Die jüngere Generation unter 30 kennt sie bestenfalls noch aus Wikipedia. In den Neunzigerjahren war die Zip-Disk mit 100 MB noch ein sehr beliebter Datenträger. Wenige Jahre später ist sie von der CD und diese dann von der DVD und Blu-ray abgelöst worden. Mittlerweile ist der Austausch von Datenmengen im Gigabyte-Bereich über das Internet gängiger Standard. Die Datenvolumen, die über das stationäre Breitband-Internet in Deutschland ausgetauscht werden, sind vom Jahr 2005 von 600 Millionen Gigabyte bis zum Jahr 2015 auf 11,5 Milliarden Gigabyte angewachsen. Das ist eine Verzwanzigfachung. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Geschwindigkeit fortsetzt.

Die reibungslose Nutzung digitaler Dienste wie die Standortvernetzung, Cloud Computing oder Telemedizin sowie im privaten Anwendungsbereich die Internet Protocol Television fordern heute schon Breitband-Breiten von weit über 30 Mbit/s. Deswegen haben wir große Sorge, dass wir heute für kurzfristige Erfolge viel Geld in eine Technologie stecken, die bereits morgen veraltet ist. Unsere Fraktionsvorsitzende Margarete Bause hat vor Weihnachten beim Finanzministerium nachgefragt. Herr Kollege Roos hat es ebenfalls genannt: 79 % der ausgewerteten Förderprogramme arbeiten mit "Fibre to the Curb". Das bedeutet, dass die Glasfaser nur bis zum Verteilerkasten führt. Von dort aus geht es zu den Haushalten weiter mit der alten Kupfertechnologie. Nur 5 % der Förderbescheide setzen auf einen vollumfänglichen Ausbau nur mit Glasfaser.

Im Hinblick auf die Frage, ob die Ausbauziele ausreichend sind, ist Ihnen selbst in der CSU-Fraktion nicht ganz wohl. Nicht ohne guten Grund und berechtigt haben Sie noch vor der Sommerpause letzten Jahres einen Antrag eingebracht, der zum Ziel hatte, Gewerbegebiete vorrangig mit Glasfaser zu erschließen, damit der zunehmende Bedarf von Bandbreiten jenseits der 100 Mbit/s gedeckt werden kann. Warum erfolgt die Einschränkung auf nur Gewerbegebiete? Die modernen Internetfirmen befinden sich nicht zwangs-

weise in Gewerbegebieten. Erfolgreiche Internetfirmen arbeiten zum Teil auch von Privathäusern aus. Die Einschränkung des Ausbaus auf 100 Mbit/s und mehr auf nur Gewerbegebiete können wir nicht nachvollziehen.

Wir sind der Meinung, dass im Bereich der Mindestversorgung das Breitbandförderprogramm nachjustiert werden muss. Deshalb stimmen wir dem Dringlichkeitsantrag der SPD zu. Der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER, mit dem eine Erweiterung auf 50 Mbit/s gefordert wird, ist zwar eine Verbesserung gegenüber dem Status quo, bleibt jedoch weit hinter den Forderungen der SPD zurück. Deshalb können wir diesem Antrag leider nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat für die Staatsregierung Herr Staatsminister Dr. Söder ums Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin schon ein bisschen beeindruckt: Vor knapp zwei Jahren haben wir davon gesprochen, dass Bayern in der Zukunft überhaupt keine Chance haben werde; Bayern sei abgehängt und würde hinterherhinken; ein Programm werde nie kommen usw. Jetzt wird zumindest einmal zugegeben, dass unser Programm das beste ist, was in Deutschland auf dem Markt ist. Ich möchte ausdrücklich festhalten: Während andere Länder bei der Digitalisierung hinterherhinken, geht Bayern voran, und zwar mit Siebenmeistiefeln. Das ist objektiv und steht fest.

(Beifall bei der CSU)

Ich stimme Ihnen zu: Das ist für den ländlichen Raum ganz entscheidend. Wir haben hier ja öfter den Fall, dass manch einer den ländlichen Raum unter eine Käseglocke stecken möchte. Viele haben eine romantische Betrachtung nach dem Motto, am besten sollte gar nichts passieren; alles sollte so bleiben, wie es ist. Die Digitalisierung ist der Schlüssel, um gleichwertige Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu schaffen. Die Digitalisierung darf auf keinen Fall nur ein Privileg für Großstädte sein. Wir müssen auch kleine Orte damit versorgen, den ländlichen Raum, damit das gesamte Land Bayern vorankommt. Nicht nur die Ballungszentren müssen online sein, sondern auch der ländliche Raum.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben dazu ein Programm entwickelt und auf den Weg gebracht. Anfangs gab es an diesem Programm sehr viel Kritik. Wir haben dieses Programm nach der

Übernahme völlig neu aufgestellt und es geschafft, dass dieses Programm von der Europäischen Union genehmigt wurde. Wir haben mit der Umsetzungsphase begonnen, die Förderung verdoppelt, das Verfahren vereinfacht und die Beratung lokalisiert und dezentralisiert. Der Erfolg ist bereits frappierend: Mit dem heutigen Tag sind 1.927 Kommunen im Verfahren, also 94 %. 714 Kommunen haben Förderbescheide erhalten. Die Versorgung des ländlichen Raums geht voran. Meine Damen und Herren, in den nächsten zwei bis drei Wochen werden wieder 200 neue Förderbescheide hinzukommen. Eine Reihe von Gemeinden ist bereits beim zweiten Schritt, weil der Ausbau so schnell geht. Die Verfahrensdauer hängt übrigens auch von der Gemeinde und deren Zuschnitt ab. Das ist für uns nicht immer steuerbar.

Die Versorgung von ländlichen Kommunen mit 50 Mbit/s, was unserem Ausbauziel entspricht, hat sich von Ende 2013 bis Mitte 2015 fast verdoppelt. Das geförderte Netz ist jetzt in rund 200 Gemeinden in Betrieb. 800.000 Haushalte mehr haben eine Versorgung mit schnellem Internet. Derzeit werden 8.900 km Glasfaserleitungen verbaut oder sind sogar schon fertig. Meine Damen und Herren, in allen geförderten Projekten werden nur Glasfaserleitungen verbaut. Dies zeigt, dass wir auf einem sehr guten Weg sind. Ich hätte nie gedacht, dass unser Programm in so kurzer Zeit eine solch evidente Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum bewirken würde. Ich kann nur sagen: Wir müssen diesen Weg fortsetzen; dazu gibt es keine Alternative.

(Beifall bei der CSU)

Was ist das Ziel? – Unser Ziel in jeder Beratung ist es, Bandbreiten von 50 Mbit/s oder mehr zu erreichen. Dass wir uns immer auf 30 Mbit/s beziehen, hat damit zu tun, dass dieser Wert in der Europäischen Union als schnelles Internet betrachtet wird. Herr Roos, wir könnten natürlich noch einmal nach Europa gehen, alles neu überarbeiten lassen und damit einen definitiven Stopp der Förderung bewirken. In der Abwägung denke ich, dass dies eine unkluge Maßnahme wäre. Wir wollen keinen Stopp in unserer bisherigen Förderstruktur, sondern wir wollen ihr eher einen weiteren Schub verleihen.

Unser Endziel ist es deshalb, jedes Gebäude an Glasfaserleitungen anzuschließen. Inzwischen wurden 6.600 Beratungsgespräche geführt. Ich möchte deshalb unserem Breitbandmanager Dank sagen. Eine solche neue Aufgabe ohne eine einzige neue Stelle zu bewältigen, das sucht in der bayerischen Staatsverwaltung seinesgleichen. Ein herzliches Dankeschön für die Arbeit vor Ort!

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Wir fördern nicht den Ausbau mit Kupfer-Technologie. Das wäre absurd. Wir wollen einen Ausbau mit Glasfaserleitungen. Natürlich gibt es unterschiedliche Technologiestrukturen. Deshalb fördern wir nur den Bau von Glasfaserleitungen.

Weil dies vorhin angesprochen wurde: Sollte es der Bund mit seiner Richtlinie schaffen, das Vectoring durchzusetzen, wird dies zu einem Sprung nach oben führen. Durch das Vectoring und das Supervectoring können bestehende Leitungen zum Teil auf 200 bis 250 Mbit/s erhöht werden. Wir würden damit einen zusätzlichen Sprung schaffen. Deswegen würde ich diese Bemühungen nicht von vornherein abtun. Diese Technologie wird übrigens nicht nur von einem Anbieter eingesetzt, sondern kann von allen übernommen werden. Aktuell sind etwa zwei Drittel der bayerischen Schulen mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s versorgt. Ob sie diese auch nutzen, hängt von kommunalen Entscheidungen ab und von der Frage, ob dies pädagogisch überall so gewollt ist.

Meine Damen und Herren, ich bin für jeden Vorschlag dankbar und nehme jede Idee gerne auf. Jetzt einen Stopp der aktuellen Förderung zu machen, wäre aber sicher der falsche Weg. Im Gegenteil: Wir beschleunigen. Zum Bundesprogramm, das angesprochen wurde, sage ich: Gut, dass der Bund dies jetzt auch macht. Wir stellen 1,5 Milliarden Euro für Bayern zur Verfügung, der Bund 2 Milliarden Euro national. An dieser Gewichtung erkennen Sie die unterschiedliche Geschwindigkeit und Wucht. Das Bundesprogramm ist auf nationaler Ebene ein Fortschritt, würde aber im Hinblick auf die bayerische Förderung eine gewisse Tempodrosselung bewirken, da die Bürokratie beim Bundesprogramm deutlich höher ist. Der Regelfördersatz liegt bei 50 %. Außerdem wird im Gegensatz zum bayerischen Programm beim Bundesprogramm die Zusage nicht sofort erteilt.

Herr Roos, viele der Gemeinden in Bayern, die finanzielle Schwierigkeiten haben, bekommen, anders als in jedem anderen Bundesland, höhere FAG- und Stabi-Hilfen. Bei der Stabi-Hilfe darf auch das Breitbandprogramm gefördert werden, was anderswo auch nicht möglich ist. Eine bessere finanzielle Situation der Einzelkommune als im Freistaat Bayern muss man also erst einmal suchen.

Noch einmal: Beim Bundesprogramm sind die Fördersätze niedrig und die Bürokratie hoch. Die Kommunen müssen sich zunächst einmal bewerben, um dann mit anderen einen Erfolg zu haben. Deswegen machen wir Folgendes: Wir helfen. Wir setzen mit einer eigenen bayerischen Kofinanzierung die Fördersätze so

hoch, dass sie auch funktionieren und kompatibel sind. Wir wollen damit erreichen, dass weiße Flecken, die nach dem jetzigen Programm für die Gemeinden nicht schließbar sind, geschlossen werden können. Mit einer Förderung von 165 Millionen Euro runden wir das Programm ab.

Meine Damen und Herren, ich bin mir nicht sicher, ob wir es schaffen, bis zum Ende des Jahres 2017 jeden Haushalt anzuschließen. Das glaube ich nicht. Eine solche Forderung würde bedeuten, dass jetzt 15 Milliarden Euro dafür in die Hand genommen werden müssten. Dieses Ziel innerhalb von zwei Jahren durchzusetzen, wäre ein etwas wuchtiges Projekt. Das schaffen wir nicht einmal mit der soliden bayerischen Haushaltspolitik. Jetzt lautet das Ziel, die wesentlichen Lücken in jeder Gemeinde zu schließen. Wir haben einen zusätzlichen Ausbau der Telekom-Anbieter, nicht nur der Telekom selbst. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass wir in den Jahren 2017 und 2018 den nächsten Schritt gehen müssen; denn das Endziel lautet: Glasfaser in jedem Haushalt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Diesen Weg setzen wir einfach fort und achten darauf, dass wir uns noch verbessern. Ich bin dankbar für jeden Hinweis. Ich möchte jedoch nicht, dass das jetzige Programm gestoppt oder abgeändert wird. Wir sollten nicht auf das Niveau anderer Bundesländer zurückfallen. Bleiben wir vorne, das ist das Beste!

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/9260 - das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/9233 - das ist der Antrag der Fraktion der SPD - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das

sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich das Ergebnis der vorhin durchgeführten Richterwahl bekannt. Das war der Tagesordnungspunkt 4 a. Der Wahlvorschlag war Frau Dr. Margit Zorn. An der Wahl haben 156 Abgeordnete teilgenommen. Auf Frau Dr. Zorn entfielen 135 Stimmen. Ein Abgeordneter stimmte mit Nein. 20 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Frau Dr. Margit Zorn zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs gewählt hat. Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 7 bis 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lernen im digitalen Zeitalter I - Infrastruktur ausbauen, Support stärken (Drs. 17/8195)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lernen im digitalen Zeitalter II - Medienpädagogische Bildung der Lehrkräfte (Drs. 17/8196)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lernen im digitalen Zeitalter III - Informatik als Pflichtfach (Drs. 17/8197)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lernen im digitalen Zeitalter IV - Förderung medienpädagogischer Forschung und Praxisforschung (Drs. 17/8198)

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lernen im digitalen Zeitalter V - Nutzung von WLAN an den Schulen (Drs. 17/8199)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lernen im digitalen Zeitalter VI - BYOD statt Handyverbot (Drs. 17/8200)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtedezeit der Fraktionen beträgt 36 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Das heißt in diesem Fall: CSU 12 Minuten, SPD 9 Minuten, FREIE WÄHLER und GRÜNE jeweils 7,5 Minuten und Staatsregierung 12 Minuten.

Erster Redner ist Kollege Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Digitalisierung ist ein Megatrend. Wir haben gerade über die Potenziale, die im Boden verlegt werden, gesprochen, nämlich über das Breitband. Jetzt reden wir über die Potenziale in unseren Köpfen und vor allem in den Köpfen unserer Kinder und Jugendlichen, die für das digitale Zeitalter starkgemacht werden müssen. Wir sind schon in diesem digitalen Zeitalter. Es bestimmt schon heute sehr stark unser Wirtschaftsleben. Frau Professor Joost, die Digitalisierungsbotschafterin der Bundesrepublik, hat gesagt, an jedem Arbeitsplatz sei Digitalisierung heute ein Thema. Es gebe keine Arbeit ohne Digitalisierung mehr. Die Digitalisierung beherrscht unsere Lebenswelt, sie beherrscht die Lebenswelt unserer Kinder sehr stark, sie beherrscht das Freizeitverhalten. Deshalb müssen wir auch über Teilhabe an der digitalen Welt reden, wenn wir über Teilhabe an der Gesellschaft in der Zukunft reden. Junge Menschen müssen in Zukunft als demokratische Staatsbürger, als mündige Verbraucher, als selbstständige und kritische Wirtschaftssubjekte und als qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstständig und souverän in der digitalen Welt agieren können.

Wir sind in einer Situation, in der wir uns des Bildungsauftrags unserer Schulen bewusst werden müssen. Was bedeutet das digitale Zeitalter eigentlich? Wir leben in einem Informationszeitalter. Informationen sind in Hülle und Fülle vorhanden und zu bekommen. Informationen sind aber noch nicht Wissen, Wissen ist noch nicht Bildung, und Bildung ist noch nicht bewusstes und selbstbewusstes Handeln. Informatio-

nen sind heute in einer unwahrscheinlichen Art und Weise verfügbar. Sie sind generierbar, sie können durch Algorithmen zusammengefasst werden, und in vielen Fällen ist der Informationsvorsprung der Lehrerinnen und Lehrer geschwunden. In der Zeit, in der der Lehrer die Frage formuliert, können die Schülerinnen und Schüler auf dem Handy unter dem Tisch nachschauen, wie die Antwort lautet.

Wer viele Informationen hat, ist deswegen noch nicht geschickt. Er ist vielleicht sogar ziemlich dumm. Man muss den Informationen einen Sinn geben, man muss die Bezüge herstellen, man muss die Zusammenhänge erkennen, man muss die Hintergründe und Ursachen verstehen, man muss Informationen reflektieren können. Deswegen wird die Schule im Zeitalter der Digitalisierung nicht überflüssig. Sie muss sich aber verändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn neben Lesen, Schreiben und Rechnen die digitale Kompetenz eine neue Kulturtechnik ist, müssen wir zunächst bei den Basics anfangen und fragen, wie die Schulen in Bayern ausgestattet sind. Sie sind eben noch nicht alle mit Breitbandanschlüssen ausgestattet. Deswegen muss es bei der Breitbandoffensive einen Vorrang für die Schulen geben. Die Schulen müssen zuerst angeschlossen werden. Sie brauchen zuerst diese Ausstattung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht um die Ausstattung mit Geräten, es geht um den Support. Wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir die Kommunen in dieser neuen Aufgabe besser und anders unterstützen, weil sie eben nicht nur Schulbücher und Tafeln organisieren müssen, sondern auch für die Ausstattung mit Computern zuständig sind.

Das A und O ist der Einsatz der neuen Medien im Unterricht. Verändern die neuen Medien tatsächlich den Unterricht? Verändern sie tatsächlich das Lehren und Lernen? Führen sie tatsächlich dazu, dass Schülerinnen und Schüler selbstständig und bewusst lernen und dass auch andere Formen des Lernens möglich sind? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir waren in Südkorea und in Singapur. In allen dortigen Kultusministerien haben wir die gleiche Aussage gehört: Sie wollen, dass sich das Lernen verändert. Wenn man sich die Realität dort wie auch bei uns anschaut, muss man feststellen, dass sich noch nicht sehr viel verändert hat.

In einer Studie des Bayerischen Philologenverbandes wird gesagt, dass Lehrerinnen und Lehrer selber sehr viel den Computer und die digitalen Medien für die

Unterrichtsvorbereitung nutzen. Der Einsatz im Unterricht für anderes Lernen lässt noch zu wünschen übrig. Das ist übrigens auch ein Ergebnis der neuen Telekom-Studie, die vor Kurzem erschienen ist.

Wenn wir über digitale Bildung reden, müssen wir auch über das Handyverbot an Schulen reden. Es muss mehr denn je Zeiten geben, zu denen das Handy wirklich ruht und nicht benützt wird. Auch in manchen Sitzungen wäre es gut, wenn das Handy einmal ganz weg wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

So muss es auch in den Schulen sein. Das Handyverbot kommt aber auch aus einer Zeit, als das Handy nur ein Telefon war, mit dem man sich allenfalls ein paar Bilder schicken konnte. Heute ist das Handy ein mobiles Endgerät. Es ist ein Computer. Viele Handys in der Hand von Schülerinnen und Schülern sind leistungsfähiger als der Computer, der auf dem Schulisch steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen fordern wir, dass das Handy auch im Unterricht eingesetzt wird. Die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Handy ist gut. Studien zeigen übrigens, dass die sozialen Unterschiede in der Ausstattung mit Handys gar nichts ausmachen. Der Unterschied besteht darin, ob das Handy nur als Spielgerät oder auch als Arbeitsgerät benutzt wird. Dazu zu motivieren, das Handy als Arbeitsgerät einzusetzen, muss Aufgabe der Schule sein. Deswegen fordern wir in unserem Antrag: Bring your own device! Bringt den eigenen Computer mit in die Schule, und dann arbeiten wir damit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein ganzes Bündel an Anträgen eingebracht. Wir GRÜNE haben uns mit diesem Thema schon frühzeitig beschäftigt. Wir haben einen Kongress dazu veranstaltet. Mittlerweile hat auch die Staatsregierung ein Konzept vorgelegt. Auch die anderen Fraktionen werden sicher mit Anträgen kommen. Wir werden uns mit diesem Thema in diesem Haus hoffentlich noch weiter beschäftigen. Es wird gut sein, wenn wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Wir haben heute einmal ein Paket dazu vorgelegt, wie die Schulen ausgestattet werden müssen und wohin der Weg gehen muss. Dazu gehören auch die Lehrerfortbildung und die pädagogische Forschung. Dazu gehört auch, dass wir über WLAN an Schulen reden. Wir schlagen vor, die Schulen selbst darüber entscheiden zu lassen, ob sie für kabelgebundene Lösungen oder für WLAN-Lösungen sind.

Unsere Anträge enthalten eine ganze Reihe von Vorschlägen. Ich bitte Sie: Stimmen Sie unseren Anträgen zu, oder nehmen Sie sie wenigstens als Anlass für weitere und gute Diskussionen. Ich bin sehr optimistisch, dass wir uns mit diesem Thema weiter beschäftigen. Wir sollten uns dabei nicht im Klein-Klein verlieren, sondern über die großen Fragen diskutieren. Was bedeutet es für die Bildung, wenn wir über Digitalisierung reden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Gehring. - Für die CSU-Fraktion hat sich jetzt Kollege Ländner gemeldet. Bitte schön.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Gehring, ich gebe Ihnen darin vollkommen recht, dass wir unsere Kinder und Jugendlichen für die Digitalisierung starkmachen müssen. Digitalisierung ist eine Frage der Teilhabe. Auch das Kultusministerium hat in einer Pressemitteilung erklärt, dass der Umgang mit digitalen Medien ein wichtiges Bildungsziel an bayerischen Schulen sei, dass die Schüler die Medien kompetent und verantwortungsbewusst nutzen sollten und dass die Vermittlung von Medienkompetenz und digitaler Bildung zum Alltag an bayerischen Schulen gehöre.

Medienpolitik und Digitalisierung – da sind wunderbare Sätze, die Sie gefunden haben und die ich unterstreichen kann. Herr Gehring, nur einen Satz kann ich nicht unterstreichen. Sie haben gesagt: Unsere Kinder sollen lernen wie in Singapur. - Das möchte ich wirklich nicht. Wenn Sie wüssten, wie in Singapur gelehrt und gelernt wird, dann möchten Sie das nicht. Vielleicht kennen auch Sie Austauschschüler aus dem asiatischen Raum, die regelmäßig weinen, wenn sie heim müssen, weil sie bei uns die freie und selbstbestimmte Schule kennengelernt haben. Dort drüben aber sind sie einem wirklich enormen Druck ausgesetzt. Das brauchen wir hier aber nicht zu vertiefen.

Sie haben verschiedene Dinge allgemein angesprochen. Mir ist nicht erklärlich, warum Sie diese Anträge heute ins Plenum hochgezogen haben. Ich durfte Ihnen nämlich bereits in der Ausschusssitzung sagen, dass all das, was in Ihren Anträgen steht und sinnvoll ist, entweder schon umgesetzt wurde oder unmittelbar vor der Realisierung steht. Diese bunte Gemengelage orientiert sich vielleicht an den schönen Orchideen, die der Gärtnerverband heute an die Abgeordneten ausgeteilt hat. Das ist ein bunter Strauß, den Sie vorgestellt haben. Herr Kollege Gehring, wenn man ihn einzeln betrachtet, dann kommt man vielleicht zu dem Ergebnis: Ja, die Bayerische Staatsregierung, der Bayerische Landtag und das Kultusministerium sind

hervorragend unterwegs. Nach Aussagen des TÜV Rheinland verfügen nämlich zwei Drittel aller bayerischen Schulen über eine Bandbreite von 50 Mbit/s und mehr. Das hat nicht die Werbeabteilung des Finanz- und Heimatministeriums verlauten lassen, sondern der TÜV Rheinland. Der TÜV Rheinland stellt also fest, zwei Drittel aller Schulen in Bayern haben mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung.

Wir investieren und unterstützen, doch ich bitte eines zu bedenken. Bei der jetzigen, von Herrn Staatsminister Dr. Söder vorgestellten Breitbandausbauinitiative können wir nicht untersuchen, ob es da eine Schule gibt oder nicht. In einer großen Gemeinde mit mehreren Ortsteilen, wo man nach technischen Überlegungen vorgeht, können wir Entwicklungen nicht einfach stoppen und sagen: Hier wird der Breitbandausbau gestoppt, dafür wird er anderswo fortgesetzt; denn dort ist ein Schulstandort. – Ich bitte um Verständnis, dass wir bei dem intensiven Tempo, das beim Ausbau des Breitbands vorgelegt wird, nicht auch den Parameter Schulstandort haben. Das würde viel durcheinanderbringen und nicht gerade zur Beschleunigung des Ganzen beitragen. Außerdem, ich wiederhole mich: Zwei Drittel aller bayerischen Schulen sind bereits bestens mit Breitband ausgerüstet.

Die Funktion des Systembetreuers gibt es an den bayerischen Schulen. Wir haben an den rund 4.400 Schulen in Bayern über 6.000 Anrechnungstunden. Ein Mehr ist zwar immer möglich, ich glaube aber, das ist ein guter Ansatz. Seit 2002 gibt es ein Netzwerk, dem derzeit über 120 medienpädagogische Beratungslehrkräfte aus allen Schularten angehören und in dem sie zusammenarbeiten.

Zur Lehrerfortbildung will ich anmerken: 10 % aller Lehrerfortbildungsmaßnahmen haben Medienpädagogik zum Inhalt. Ich verweise hier nur auf das eLearning-Kompetenzzentrum in Dillingen. Dort gibt es nachhaltige Fortbildungsinitiativen. In Dillingen und darüber hinaus werden Medienerziehung und Medienpädagogik als wichtiger Bereich in der Lehreraus- und -fortbildung etabliert.

Die Forderung, Informatik als Pflichtfach einzuführen, ist sehr schön. Wir haben periodisch im Bayerischen Landtag immer wieder Anregungen für Pflichtfächer. Kürzlich haben wir im Bildungsausschuss über mehr Sportstunden diskutiert. Wir diskutieren häufig darüber, mehr Raum für Musik, mehr Raum für Theater, mehr Raum für Kultur zu geben. In der Landwirtschaft wird gefordert, man könnte mehr für Heimatkunde machen. Wir sind also täglich sehr erfolgreich darin, neue Pflichtfächer zu erfinden. Gleichzeitig sagen wir aber: die Schülerinnen und Schüler nicht überfordern. – Von einem weiteren Pflichtfach Informatik halte ich

deshalb wenig. Außerdem gibt es in der Sekundarstufe des Gymnasiums bereits Informatik als Pflichtfach. Dort gehört es auch hin. Ob es auch als Pflichtfach in die Sekundarstufe I hinein soll, das wage ich zu bezweifeln. Darüber hinaus wird Informatik an den Realschulen und an den Mittelschulen angeboten.

Zur Forderung nach einem Forschungsprojekt verweise ich auf ein Beispiel an der Universität Augsburg. Dort gibt es unter dem Titel "Lernen mit Tablet-Computern" ein Forschungsprojekt, auf dessen Ergebnisse wir warten, die wir sicherlich in unsere Arbeit einbauen können.

Der schönste Antrag für mich befasst sich aber mit WLAN an Schulen. Dieser Antrag kommt ausgerechnet von den GRÜNEN. Ich kann mich noch daran erinnern, wie wir an dem Gymnasium, für das ich als Kreisrat mit Verantwortung tragen darf, eine WLAN-Klasse eingerichtet haben und was da für ein Aufschrei des Protestes quer durch die Elternschaft ging. Es war von einer Vernichtung der Gehirn-, aber auch der genitalen Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler durch das ständige Bestrahlen mit diesem todbringenden Zeug die Rede. Bei allem Verständnis, das mit dem WLAN ist so eine Sache. Ich kann auch von meiner Ehefrau erzählen, die immer sagte: WLAN kommt bei uns nicht infrage! – Bis sie dann selbst ihren Computer im Wohnzimmer haben wollte.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Ich möchte das nicht lächerlich machen, wirklich nicht. WLAN ist aber nicht nur ein technisches, sondern auch ein emotionales Problem. Eine gesetzliche Pflicht zur Einführung von WLAN ist meiner Meinung nach kontraproduktiv. Ich rate jedem Schulleiter und jedem Schulaufwandsträger, die Frage, WLAN ja oder nein, sehr intensiv in der Schulfamilie zu diskutieren.

Dann kommen wir zum Antrag zum Thema "Bring-Your-Own-Device – BYOD", also: Nimm dein eigenes Handy mit. Wir wissen, die Aktion "Bring-dein-eigenes-Handy-mit" funktioniert nur mit WLAN. Insofern gehören diese beiden Anträge auch zusammen. Ich würde diese Verantwortung in die Schulfamilie übergeben und schließe damit, dass es keine Vorschrift gibt, die verbietet, dass mitgebrachte Geräte verwendet werden. Bring-Your-Own-Device kann also jederzeit umgesetzt werden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dann könnt ihr doch zustimmen! Das steht so im Antrag!)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung und an der Spitze die CSU-Fraktion werden die Medienpolitik, die Digitalisierung, in unseren Schulen weiter intensiv betreiben. Wir werden an

der Medienbildung unserer Schülerinnen und Schüler arbeiten. Die CSU-Fraktion wird an der Spitze dieser Bewegung sein.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Ländner. - Jetzt bitte Frau Kollegin Dr. Strohmayr für die SPD-Fraktion, mit eigenem De-vice.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Lernen im digitalen Zeitalter ist sicherlich ein spannendes Thema. Es ist ein wichtiges Thema. Es ist wirklich unglaublich - ich bin jetzt seit 13 Jahren im Bayerischen Landtag -, wie sich in dieser Zeit der Einsatz der digitalen Medien ausgeweitet hat. Am Anfang haben wir noch alles auf Papier bekommen. Heute hat jeder ein Handy und einen Mini-PC und bearbeitet damit seine Post, seine Termine und vieles mehr. Manches machen wir heute nur noch digital. Da brauchen wir überhaupt kein Papier mehr.

Meine Damen und Herren, an unseren bayerischen Schulen ist das ganz anders. In dieser Frage möchte ich Herrn Kollegen Ländner widersprechen. Es ist noch lange nicht alles umgesetzt, was wir brauchen.

(Manfred Ländner (CSU): Ich habe gesagt, was in den Anträgen steht!)

In ganz vielen Bereichen haben wir noch ganz viel Nachholbedarf. Ich nenne Ihnen mal ein paar Zahlen: Gerade einmal 14 Mittelschulen, 15 Realschulen und 16 Gymnasien nehmen an dem Pilotprojekt "lernreich 2.0" teil. Das sind 45 Schulen von insgesamt 4.500 Schulen in Bayern – so viel, damit man eine Vorstellung davon hat, wie es an unseren Schulen tatsächlich aussieht. Ich meine, das ist ein Armutszeugnis. Es ist ganz besonders für Sie ein Armutszeugnis, Herr Kollege Ländner, weil Ihre Partei in der Regierungsverantwortung steht und immer propagiert, Bayern sei das Land von Laptop und Lederhosen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann Ihnen noch ein paar weitere Zahlen sagen: Die Grundschulen haben im Durchschnitt 28 Computer.

(Unruhe bei der CSU)

- Hören Sie mir gut zu, auch wenn es wehtut. - 28 Computer, das sind gerade einmal so viele Computer, wie Schüler in einer Klasse sitzen. An den Gymnasien sind mehr PCs, nämlich durchschnittlich 130. Aber ein dreizügiges Gymnasium hat über 600

Schüler. Da kann man sich dann leicht ausrechnen, wie lange ein einzelner Schüler an einem solchen Gerät sitzen und üben kann, was er später in seinem Arbeitsleben perfekt können muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es gibt hier über alle Fraktionen hinweg Konsens, wie wichtig IT-Kenntnisse heute für jeden von uns sind. Digitale Medienkompetenz ist gleichsam eine neue Kulturtechnik wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Es ist nur schade, dass diese Kulturtechnik an unseren Schulen bisher noch nicht oder nur unzureichend vermittelt wird. Es verwundert also nicht, dass in Studien, unter anderem der ICILS-Studie, festgestellt wurde, dass die Hälfte aller deutschen Achtklässler noch nicht mal eine Internetadresse eingeben kann. Wir wissen also, dass Kinder nur durch das Aufwachsen mit PC und Smartphone nicht automatisch kompetente Nutzer der digitalen Medien werden. Wenn man die vorgenannte Studie näher anschaut, sieht man auch die harte Kritik der Forscher gerade an den Schulen und den Lehrern. Sie sagen: Hierzulande lernen die Schüler den Umgang mit dem PC trotz Schule, nicht dank der Schule. So war es zumindest bei dieser Studie aus dem Jahr 2014; ich gehe davon aus, dass sich in dem kurzen Zeitraum bis jetzt nicht viel geändert hat.

Wir müssen also feststellen: Die digitale Entwicklung geht an unseren Schulen vorbei, auch an den bayerischen Schulen, weil wir zu wenig Hardware an den Schulen haben oder die Hardware nicht funktioniert oder veraltet ist und weil wir zu wenige Menschen haben, die sich um diese Geräte kümmern. Es gibt zu wenige Systemadministratoren, und es gibt nicht den notwendigen Breitbandanschluss an allen Schulen. 46 % aller Schulen in Bayern haben einen Anschluss von 6 Mbit/s. Damit ist der Anschluss in den Schulen hier in Bayern absolut unzureichend. Das, was Herr Söder gerade gesagt hat, dass wir hier mit Sechsheilen-Stiefeln unterwegs wären, kann ich nicht feststellen. Ich muss demgegenüber eher feststellen, dass wir hier im Schneckentempo unterwegs sind.

(Beifall bei der SPD)

Eine Umfrage beim Bayerischen Philologenverband hat ergeben, dass jede zweite Lehrkraft mit der Ausstattung mit digitalen Medien an den Schulen unzufrieden ist. Hauptgründe sind, wie ich schon gesagt habe, die Unzufriedenheit mit einer zu geringen Anzahl der Geräte, mit den nicht funktionierenden Geräten oder mit der viel zu langsamen Internet-Verbindung. Wenn Lehrer digitale Medien einsetzen sollen, und zwar in allen Schularten, dann brauchen sie vor allem funktionierende Geräte. Wenn wir tatsächlich wollen, dass das passiert, müssen wir als Freistaat Bayern die Schulen, die Kommunen und die Schulver-

bände unterstützen. Deswegen unterstützen wir auch die Initiative der GRÜNEN in diesem Bereich.

Am besten kann das, so meinen wir, gelingen, wenn wir endlich eine verlässliche, bayernweit einheitliche IT-Struktur inklusive aller IT-Serviceleistungen aufbauen. Leider stecken wir auch da, Herr Ländner, noch in den Kinderschuhen. Ich gebe Ihnen zwar recht, wenn Sie sagen, dass es einige Pilotschulen und einige Pilotklassen gibt, die da tolle Arbeit leisten. Aber das sind halt leider nur sehr, sehr, sehr wenige. Es gibt wenige Leuchttürme, und viele, viele, viele haben in diesem Bereich einfach noch gar keine Angebote.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Informatik braucht einen höheren Stellenwert in der schulischen Bildung. Informatik muss zur Pflicht an den Schulen werden, auch wenn wir im Unterschied zu den GRÜNEN meinen, dass das durchaus fächerübergreifend passieren kann. Es ist wichtig, dass jeder Schüler die Möglichkeit hat, eine Programmiersprache zu erlernen; wir sind nämlich in der Auffassung einig, dass eine Programmiersprache ähnlich wie eine Fremdsprache heute für die Schüler sehr wichtig ist.

Wir brauchen gute Konzepte für die Schulen. Auch da gibt es bisher noch zu wenig, und da müssen wir dringend ran. Wir sagen also: kein Pflichtfach, sondern einfach ein verpflichtendes, fächerübergreifendes Angebot an allen Schulen. Deswegen werden wir auch diesem Antrag nicht zustimmen.

Neben den Lehrern, die nachqualifiziert werden müssen, brauchen auch die Schüler Medienbildung; dazu kann ich in den Anträgen der GRÜNEN relativ wenig finden. Sicherlich müssen wir noch einmal genauer darüber reden, was in diesem Bereich passieren muss, damit letztendlich alle Schüler die entsprechende Medienkompetenz bekommen.

Das Mitbringen eigener Geräte macht aus unserer Sicht durchaus Sinn – allerdings glauben wir, dass es nur dann Sinn macht, wenn die Schulen die Software vorgeben können, also wenn alle Geräte über eine einheitliche Software verfügen und wenn es für Schüler, die keine eigenen Geräte haben, unbürokratische Möglichkeiten gibt, schnell entsprechende Geräte zu bekommen. - Insgesamt werden wir den Anträgen wie im Ausschuss zustimmen bis auf den Antrag auf Drucksache 17/8197, den wir aus den dargestellten Gründen ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung: Herr Professor Dr. Piaolo, FREIE WÄHLER. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piaolo (FREIE WÄHLER): Hoch geschätzter Herr Präsident,

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Eieiei! – Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

meine sehr verehrten Damen und Herren! Narren sagen die Wahrheit – so lautet das Sprichwort. Damit möchte ich auf die Fastnacht in Veitshöchheim verweisen, die, denke ich, bei einer Einschaltquote von beinahe 50 % viele gesehen haben. Was ist dort zum Breitbandausbau und zur digitalen Bildung gesagt worden? – In manchen Regionen Bayerns sei das Internet so langsam, dass die Mails auf dem Bildschirm einfrieren; sie müssten dann von Hand abgeschrieben und dem Milchmann mitgegeben werden, um irgendwann einmal anzukommen.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Helau!)

- Ja, genau so war's. Helau! – Das kommt nicht von mir, sondern das kam - - Herr Waschler, Sie lachen beinahe so wie der Ministerpräsident vor Ort. Ich hab das ja gesehen. Trotzdem, es ist teilweise Realität in Bayern. Das sollten Sie nicht bestreiten.

(Zuruf von der CSU)

Was mich wundert, ist: Wenn jetzt von den Kollegen der CSU gesagt wird und es auch in dieser wunderschönen Broschüre der Staatsregierung – zu ihr sage ich noch etwas – heißt, zwei Drittel der Schulen verfügten über 50 Mbit/s - -

(Manfred Ländner (CSU): Das sagt der TÜV Rheinland!)

- Völlig richtig, Herr Ländner. – Das heißt dann im Umkehrschluss: Ein Drittel der Schulen verfügt nicht darüber. Ein Drittel der Schulen ist nach so vielen Jahren immer noch unterversorgt und nicht auf dem Stand dessen, was man braucht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Also, und das gilt für die gesamte digitale Bildung: Erst einmal muss man die Voraussetzungen schaffen; denn was nützen die besten Schulcomputer, wenn die Geschwindigkeit nicht stimmt? – Gar nichts. Digitalisierung und digitale Bildung sind ein ganz wichtiges Thema, aber ich glaube, man sollte es auch differenziert angehen, differenzierter jedenfalls, als es die Staatsregierung in diesem farbigen Flyer zu ihrer Zukunftsstrategie "Digitale Bildung in Schule, Hochschule und Kultur" von sich gibt. Ich darf ihn nicht zeigen, aber Sie alle haben ihn bekommen. Dazu möchte ich

doch ein paar Worte verlieren. Diese Werbebroschüren der Staatsregierung kosten viel Geld. In dieser Werbebroschüre sind auf 44 Seiten 21 Bilder mit Menschen vor Computern zu sehen. Alle diese Menschen lachen, schauen fröhlich vor sich hin. Das ist die Botschaft. Die Einzigen, die nicht fröhlich lachen, sind die drei von der Staatsregierung vorne:

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Kollege Eisenreich, noch am fröhlichsten, Herr Sibler und Herr Spaenle, weniger fröhlich. Aber die sitzen ja auch nicht vor dem Computer. Sie sind die Einzigen, die nicht vor einem Computer sitzen. Sie schauen in die Ferne. Die Broschüre ist im Grunde genommen wirklich ein Bildband der schönen neuen digitalen Welt. Sie ist – und das sollte man sich schon überlegen – überhaupt nicht kritisch. – Ich habe jetzt gerade über die Weihnachtszeit ein Buch gelesen, dem ich in vielen Dingen nicht zustimme. Es stammt von Martin Spitzer, "Digitale Demenz"; er beschreibt darin auch die kritischen Seiten einer digitalen Entwicklung. Das, was Sie hier zeigen, ist im Grunde genommen ein Zerrbild. Wenn Sie sich das anschauen, dann sehen Sie darin nur schöne Menschen. Davon möchte ich die Staatsregierung jetzt nicht ausnehmen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Darin sehen Sie nur schöne Menschen; alle lächeln vor schönen Computern,

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

bis auf einen, das ist der Professor. Keiner trägt eine Brille, obwohl sie ständig in den Computer schauen. Spannend ist auch, dass sich die Bilder zum Teil wiederholen. Es sind dann die gleichen. Man merkt, die Agentur hatte nur eine gewisse Auswahl an Bildern.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Hinzu kommt noch, wenn Sie sich das durchlesen:

(Manfred Ländner (CSU): Ist es auch gendermäßig untersucht?)

– Ja, auch gendermäßig. Gendermäßig ist es unbedingt. Danke, dass Sie es ansprechen. Gegendert ist es; es sind darin ungefähr gleich viele Frauen wie Männer abgebildet. Das Interessante, Herr Ländner, ist nur – schauen Sie es sich einmal an –: Es sind kaum dunkelhaarige Frauen darin; es sind hauptsächlich Blondinen und Brünette darin.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sollten doch gendern. Interessant ist dabei auch der Migrationshintergrund: Sie haben nur einen mit Migrationshintergrund abgebildet, und der muss außen sitzen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Also, auch das ist sehr kritisch. Dann haben sie noch eine Dame, wahrscheinlich aus Indien, aber die ist nicht offiziell, sondern die ist auf dem Bildschirm abgebildet. Das heißt, mit der wird nur über den Bildschirm kommuniziert, also mit der Außenwelt, aber die darf nicht nach Bayern. Das Ganze, was da gezeigt wird, ist schon sehr spannend. Im Grunde genommen ist es Bayern mit Laptop, aber ohne Lederhose. Das ist es, was Sie in dieser Broschüre zeigen: keine einzige Kirche, auf keinem einzigen Bild – das ist überhaupt nicht CSU-like –, kein Volk, keine Lederhosen, sondern eine moderne digitale Welt, in der alle lächeln.

Das Ganze kommt mir vor wie der Film "Die Truman Show" mit Jim Carrey: Es ist nichts mehr wahr. Es geht darin um einen Mann in einer reinen Fernsehwelt, und er weiß als Einziger nicht, dass er nur in einer Fernsehwelt ist. – Genau davor warne ich: nämlich dass man Digitalisierung nur noch positiv sieht, nur noch in Hochglanzbroschüren. Das ist eine digitale Falle, in die Sie da tappen. Man sollte überlegen, ob man diese Bilder breit verteilt. Über den Inhalt will ich überhaupt nicht reden. Der Inhalt ist ein Wunschkonzert.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zu den Anträgen sagen. Wir haben darüber sehr intensiv im Ausschuss geredet. Weil wir FREIEN WÄHLER unseren Grundsätzen immer treu bleiben, bleiben wir selbstverständlich auch bei dem, was wir im Ausschuss entschieden haben. Das heißt, mit manchem gehen wir konform. Auch wir wollen wie die GRÜNEN die Infrastruktur stärken, wir wollen sie aber bayernweit stärken. Da gibt es schon entsprechende Ansätze.

Wir wollen die medienpädagogische Bildung; da stimmen wir zu. Wir wollen aber nicht Informatik als Pflichtfach. Wir wollen erstens nicht noch mehr Pflichtfächer und zweitens, wenn schon ein Fach, dann Medienpädagogik, aber nicht Informatik.

Ich sage auch ganz offen: Eine Aufhebung des Handy-Verbots sehe ich ebenso relativ kritisch; da muss man schon einmal über die Teilhabegerechtigkeit nachdenken.

Insgesamt sage ich einen Dank an die GRÜNEN-Fraktion, dass sie das Thema aufgegriffen hat. Ich bitte die Staatsregierung, über die Auswahl der Agentur nachzudenken und über die Einfachheit der Spra-

che in der Broschüre. Nicht alles, was digital ist, ist gleichzeitig gut. Sie vergessen damit im Grunde genommen einen großen Teil Ihrer Kernwählerschaft. Aber das ist Ihr Problem und nicht meines.

Die FREIEN WÄHLER halten Kurs; das heißt, sie sind sachorientiert und differenziert auch in der digitalen Bildung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Piazzolo. – Der nächste Professor meldet sich zu Wort: Professor Dr. Waschler, bitte schön. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Gehring, ich kann Ihnen zustimmen, das Thema ist wichtig; wir werden es weiter verfolgen. – Kollegin Strohmayer sehe ich leider nicht mehr. Wenn sie noch dagewesen wäre, hätte ich ihr sagen können: Ich bin fast sicher, dass sie mir am Ende nach den Ausführungen zustimmt. – Herr Kollege Piazzolo, bei der Wertschätzung, die ich Ihnen gegenüber habe, gestehe ich: Um ein Haar hätten Sie es geschafft, mich sprachlos zu machen.

In der gebotenen Kürze der Zeit, die mir noch bleibt – es sind drei Minuten und sieben Sekunden –, stelle ich zusammenfassend fest, dass die Zukunftsstrategie der Staatsregierung ideal passt. Die Broschüre "Digitale Bildung in Schule, Hochschule und Kultur" ist uns vorgelegt worden. Sie ist hier ein paar Mal angesprochen worden. Darin ist alles enthalten, wohin wir wollen. Die Zielorientierung ist präzise beschrieben. Ich kann nur feststellen: Die Vorredner der Oppositionsfraktionen haben es in Nuancen angesprochen, Kollege Ländner hat es auf den Punkt gebracht. Wir versuchen, unsere Stärken weiter zu stärken. Wo ein Nachholbedarf besteht – das haben wir vorher in der Diskussion durch unseren für Finanzen, Heimat und Digitalisierung zuständigen Minister erfahren –, arbeiten wir mit viel Geld und in großer Intensität weiter. Das heißt, wir lehnen uns nicht zurück, sondern wir gehen in die richtige Richtung. Ich bin davon überzeugt, dass man, wenn die Opposition keine ideologischen Scheuklappen aufhat, unseren Anträgen und Initiativen auch zustimmen wird.

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Gehring, kann ich es mir nicht verkneifen: Sie haben die Telekom-Studie angesprochen. Auch ich habe sie sehr intensiv gelesen; sie ist wissenschaftlich sehr schön aufbereitet und interessant gestaltet. Beim Fazit haben Sie, Herr Kollege Gehring, eines nicht erwähnt: In all den Punkten, bei denen man sagen kann, daran muss Bayern arbeiten, sind wir auf dem Weg. Kollege

Ländner hat viele Punkte angesprochen. Ein anderes Bundesland, das es einmal geschafft hat, auf gleicher Höhe mit Bayern zu sein, ist nämlich erheblich zurückgefallen. In der Telekom-Studie – "Schule digital ... 2015" heißt das Werk – ist veröffentlicht, dass ein Bundesland extremen Nachholbedarf hat, und das ist in der Südschiene Baden-Württemberg. Wer ist dort an der Regierung? Wer trägt die Kernverantwortung? – Sie alle wissen es.

Ich bringe es für unsere Fraktion auf den Punkt: Das Thema ist wichtig. Wir wollen es mit aller Ernsthaftigkeit und Intensität weiter nach vorne bringen, aber in einer pädagogischen Abwägung. Wir wollen das Analoge nicht missen, das Digitale gerne stärken. Wir nehmen auch die Rückmeldungen ernst, dass viele Kinder, die gut mit Tablet und Computer umgehen können, plötzlich Probleme haben, sauber zu schreiben. Das nehmen wir sehr ernst.

In einem Punkt hat Kollege Ländner völlig recht: Es geht hier um das Wohl der Kinder und der Jugendlichen. Wir müssen eine gesamtpädagogische Abwägung vornehmen. Die haben wir im Freistaat Bayern deutlich besser vorgenommen als das im digital von mir hoch geschätzte Südkorea oder in Singapur; denn diese Art der Bildung wollen wir nicht. Wir wollen die beste Bildung für unsere Schülerinnen und Schüler, und zwar nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Waschler. – Für die Staatsregierung möchte sich Herr Staatssekretär Eisenreich äußern. Bitte sehr.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass sich das Haus mit diesem wirklich wichtigen Thema beschäftigt. Wir haben das im letzten Jahr auch getan. Ich habe die Arbeitsgruppe im Ministerium leiten dürfen. Das Ergebnis dieser Arbeit ist im Sommer des letzten Jahres ein Ministerratsbeschluss gewesen. Weil uns wichtig war, das, was wir erarbeitet und beschlossen haben, allen zugänglich zu machen, damit eine gute Diskussionsgrundlage besteht, haben wir entschieden, dies in einer Broschüre zusammenzufassen. Die Ausführungen dazu waren wirklich sehr unterhaltsam, sehr verehrter Herr Kollege Professor Piazzolo. Ich hätte mir aber schon gewünscht, dass man auch zum Inhalt etwas sagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nur zu den Bildern etwas zu sagen, ist ein bisschen wenig. - Wenn man die Broschüre liest und nicht nur wie bei der "Bild"-Zeitung von Bild zu Bild springt,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sieht man eine Dreiteilung. Uns war es wichtig, im ersten Teil unser Leitbild darzulegen. Es geht schließlich um Bildung. Der zweite Teil ist eine Bestandsaufnahme, und der dritte Teil ist unser Konzept und unsere Strategie.

Wir sind bei diesem großen Thema selbstverständlich erst am Anfang. Wir werden uns mit dem Thema noch lange und sehr intensiv beschäftigen müssen. Ich freue mich auf die Debatte im Haus. Die Schule muss auf die Lebenswelt von morgen vorbereiten, die sich im Zuge der Digitalisierung grundlegend verändert. Die Digitalisierung ist ein Megatrend, der alle Menschen betrifft und auch alle Lebensbereiche durchdringen wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Digitalisierung wird die Welt neu ordnen. Bayern kann dabei viel gewinnen; aber nachdem Bayern schon viel hat, kann Bayern auch viel verlieren. Die Digitalisierung birgt daher ebenso Chancen wie Risiken. Wir müssen insofern mutig sein, aber auch besonnen.

Wichtig ist – das war auch ein Teil der Arbeit, mit der wir uns im letzten Jahr beschäftigt haben –, dass die Digitalisierung unser Menschenbild sowie unser Bildungsverständnis nicht verändern darf. Die Digitalisierung darf die Ziele, die Bildungsziele, die in unserer Verfassung niedergelegt sind, nicht verändern; sie müssen die gleichen bleiben. Nicht die Technik, sondern der Mensch muss weiterhin im Mittelpunkt stehen. Das ist übrigens eine der größten Gefahren, die von diesem Megatrend für die Bevölkerung ausgeht. Es geht dabei um die Frage, in welchem Maße sich der Mensch in seiner freien Entfaltung gegen die Technik und die dahinter stehenden Unternehmen behaupten kann. Das ist und bleibt noch ein ganz spannender Bereich. Unsere Ziele jedoch sind und bleiben dieselben, so wie sie in der Verfassung stehen. Der Mensch als souveräne, freie, verantwortungsvolle Person steht im Mittelpunkt. Er soll seine Fähigkeiten und seine innere Berufung entfalten können.

Was bedeuten Digitalisierung und digitale Bildung für die Schule? - Zunächst einmal ist die Feststellung zu treffen: Die Schule wird sich verändern, sie wird sich weiterentwickeln müssen. Das wird sowohl die Inhalte betreffen als auch die Arbeitsweisen und die Methoden. Das heißt: Digitalisierung, digitale Bildung sind sowohl Gegenstand von Bildung als auch Werkzeug und Methode im Bildungsprozess.

Punkt eins: Digitalisierung als Gegenstand von Bildung. Wir alle wissen: Die Informationsflut nimmt zu, das Wissen nimmt zu; es ist weltweit immer leichter verfügbar. Die Innovationszyklen werden immer kürzer. Das bedeutet: Die Digitalisierung verändert die Welt, und die Schule muss die Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten, sich in dieser digitalisierten Welt zurechtzufinden. Wir sind daher – das ist unsere Einschätzung, so haben wir es auch hineingeschrieben – der Überzeugung, dass der Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien neben dem Lesen, Rechnen und Schreiben eine vierte Kulturtechnik werden wird. Die jungen Menschen müssen dabei nicht nur neue Kompetenzen erwerben, sondern bestimmte Kompetenzen werden in Zukunft noch viel wichtiger sein. Wenn die Informationen und das Wissen immer mehr zunehmen, dann muss die Kompetenz, richtig auszuwählen, kritisch zu hinterfragen und richtig zu bewerten, noch besser geschult werden. Natürlich muss auch die Fähigkeit, sich auf Neuerungen einzustellen, Teil des Gegenstandes von Bildung an Schulen sein.

Punkt zwei: Digitalisierung als Methode. Die digitalen Werkzeuge und Medien bieten große Chancen, um Inhalte besser zu veranschaulichen und den Lernprozess zu individualisieren. Unser großes Ziel, Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung, kann durch digitale Werkzeuge und digitale Medien noch besser unterstützt werden – zum Beispiel im Bereich der Inklusion, bei der Beschulung von Flüchtlingen wie auch in der Begabtenförderung. Hier können wir ganz sicher profitieren, wenn wir digitale Werkzeuge und Medien einsetzen. Die Schule wird sich dadurch verändern – auch der Unterricht, auch die Rolle des Lehrers –, dass über die Klassenzimmer hinaus vernetzte Interaktionsräume geschaffen werden; das heißt, die Arbeit in Gruppen, die Arbeit in Interaktionsräumen wird zunehmen. Das bedeutet, auch Lehrer müssen sich in ihrem Verständnis, wie sie Unterricht halten, entsprechend weiterentwickeln.

Da gibt es aber eine wichtige Einschränkung: Die digitalen Medien und die digitalen Werkzeuge sind kein Selbstzweck. Wir brauchen sie dort, wo sie einen didaktisch-pädagogischen Mehrwert schaffen. Das heißt, sie ersetzen die jetzigen Methoden nicht, sondern sie erweitern den Werkzeugkasten der Lehrerinnen und Lehrer. Einige Studien zeigen, dass schon erstaunlich viele Lehrkräfte in Bayern digitale Medien nutzen: 70 % mindestens einmal in der Woche, 50 % davon sogar täglich. Auch anderen Studien zufolge sind wir, was die Ausgangssituation betrifft, vergleichsweise auf einem guten Stand.

Ich will die Aufgabe gar nicht kleinreden. Wir stehen erst am Anfang, und die Herausforderungen an uns

sind enorm. Deswegen haben wir uns intensiv mit der Sache beschäftigt und entsprechende Strategien vorgelegt. Wen dieses Thema wirklich interessiert, dem empfehle ich, die Broschüre sorgfältig zu lesen und nicht nur die Bilder anzuschauen. Da steht alles im Detail drin.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da steht nicht so viel drin!)

– Da steht noch viel mehr drin. Wenn ich das alles vortragen wollte, dann bräuchte ich eine Stunde.

Jetzt möchte ich kurz noch etwas zu den Anträgen sagen.

Zum Antrag I: Infrastruktur ausbauen, Support stärken. Diese Maßnahmen sind wichtig. Eine Voraussetzung dafür, dass digitale Bildung an den Schulen funktioniert, ist, dass die Ausstattung gut ist. An vielen Schulen haben wir schon eine ordentliche Ausstattung. Natürlich müssen wir uns um alle Schulen kümmern, insbesondere um die, bei denen das Ganze noch nicht so richtig funktioniert. – Wir brauchen eine funktionsfähige, sichere Ausstattung, damit die Lehrer, die diese Medien einsetzen wollen, dies auch können, und diejenigen, die das bisher nicht wollten, keine Ausrede mehr haben. Zuständig sind dafür die Kommunen als Sachaufwandsträger. An dieser Zuständigkeit wird sich auch nichts ändern. Wir unterstützen die Kommunen, indem wir zur IT-Ausstattung von Schulen ein sogenanntes Votum machen. Außerdem wollen wir auf die Kommunen zugehen, um ein Aktionsbündnis auf den Weg zu bringen.

Ich komme zu den Anträgen II und IV. Medienpädagogische Ausbildungsinhalte sind bereits jetzt integrale Bestandteile der Lehrerbildung für alle Schularten. Es besteht die Möglichkeit, das Lehramtsstudium mit einer pädagogischen Qualifikation im Bereich Medienpädagogik zu erweitern. In Bayern gibt es schon eine ganze Reihe von Lehrkräften mit dieser Zusatzqualifikation als medienpädagogisch-informationstechnische Berater, die ein bundesweit wirklich einmaliges Netzwerk bilden und die die Lehrkräfte in der Region sowie die Schulen beraten und unterstützen.

Zum Thema "Informatik als Pflichtfach": Das Land Bayern war Vorreiter bei der Einführung des Fachs Informatik an den Schulen. Dafür wurden wir sehr gelobt. Wir müssen uns jetzt überlegen, wie wir das Ganze in die Breite bringen. Bayern ist im Zusammenhang mit der Einführung des Fachs Informatik an den Schulen bundesweit ein Vorreiter gewesen.

Ich komme zum Schluss: WLAN und "Bring Your Own Device" statt Handyverbot. Lieber Kollege Thomas Gehring, was ihr da fordert, gibt es bereits jetzt. Die

Nutzung von WLAN an den Schulen ist jetzt schon möglich. Zuständig für diese Entscheidung sind die Sachaufwandsträger zusammen mit den Schulen. Wir empfehlen, dass die Angelegenheit einvernehmlich vor Ort geregelt wird. Wenn ein Sachaufwandsträger mit Zustimmung der Schule die Schule mit WLAN ausstatten will, dann kann er dies schon heute machen. Dazu brauchen wir keinen Antrag, dazu bedarf es auch keiner Änderung.

Ich komme zum Thema Handyverbot. Da muss man unterscheiden, wofür das Handy überhaupt eingesetzt wird. Zu pädagogischen Zwecken ist der Einsatz des Handys im Unterricht auch heute schon möglich, also müssen wir auch hier nichts ändern. Es muss nur ein sinnvolles Konzept vorliegen, wie das Handy pädagogisch, also mit Zustimmung der Lehrer, im Unterricht eingesetzt werden kann.

(Abgeordnete Ulrike Gote (GRÜNE) meldet sich zu einer Zwischenbemerkung)

– Frau Gote, lassen Sie mich schnell zu Ende ausführen, dann können wir gerne die Frage aufrufen.

Wir sind in vielen Dingen schon auf dem Weg; wir sind in vielen Bereichen schon wesentlich weiter, als es in diesen Anträgen steht. Ein Teil davon ist sogar bereits umgesetzt. Wir haben unsere Strategie hierzu vorgelegt. Ich freue mich aber, dass wir bei diesem Thema vom Parlament begleitet werden; denn das ist keine Sache, die man innerhalb von ein paar Wochen oder Monaten umsetzen könnte. Das wird eine Daueraufgabe für die nächsten Jahre sein, und darum bleibt das Thema natürlich auf der Tagesordnung.

Wir müssen anpacken, wir müssen sogar zügig anpacken; andere Länder haben da eine große Dynamik entwickelt. Deswegen sage ich all denjenigen, die hier mithelfen, meinen Dank, insbesondere natürlich den Schulleiterinnen und Schulleitern sowie den Lehrkräften, wenn auch nicht alle von Haus aus die große Begeisterung dafür zeigen. Aber ich glaube, dass die Einsicht, dass das ein wichtiges Thema ist, dem man sich nicht verschließen kann, bei vielen sehr groß ist. Deshalb herzlichen Dank an alle, die uns auf diesem Weg begleiten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zunächst vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Nun hat Frau Kollegin Gote das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Staatssekretär, es freut mich sehr, dass Sie in der Frage, wie man digitales Lernen in der Schule umsetzt, einen ähnlichen Weg wie wir beschreiten und wir uns in manchen Zielen

einig sind. Insbesondere hat mich gefreut, dass Sie auch auf die Verantwortung der Sachaufwandsträger hingewiesen haben. Ich denke, Sie haben da sehr stark an die Kommunen gedacht. Ich möchte von Ihnen wissen, wie es an den Schulen ist, wo der Staat Sachaufwandsträger ist. Das sind ja nur noch wenige Schulen, das wissen Sie ja, aber ich denke zum Beispiel an die Gymnasien. Welche Anstrengungen haben Sie da bereits unternommen? Gibt es in diesen Schulen schon den Ansatz einer Umsetzung? Es wäre ein tolles Modell, wenn der Staat wenigstens in den Gymnasien, die er selbst unterhält, in diesem Bereich tätig würde. Das Markgräfin-Wilhelmine-Gymnasium in Bayreuth hat leider von diesem guten Vorhaben noch nichts mitbekommen. Es gibt da intern zwar WLAN, aber die Kinder dürfen es nicht nutzen. Meine Frage also: Welche konkreten Initiativen haben Sie als Sachaufwandsträger in Ihren eigenen Schulen schon unternommen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Der Staat ist bei einigen wenigen Schulen, beispielsweise bei den Heimschulen, der Sachaufwandsträger. Ich kann Ihnen jetzt über den Stand nichts berichten, lasse mir aber gern die Zahlen vorlegen und werde sie Ihnen dann nachreichen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt alle sechs Anträge zur Ablehnung.

Ich frage Sie, ob Einverständnis damit besteht, dass über die Anträge insgesamt abgestimmt wird? Es wird das Votum des federführenden Ausschusses zugrunde gelegt.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ja!)

Ich sehe keinen Widerspruch; dann lasse ich insgesamt abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in dem vorgenannten federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist absolut einstimmig. Es gibt also keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Anträge sind abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Isabell Zacharias u. a. und Fraktion (SPD)
3. Startbahn: Klarheit für die Menschen - Entscheidung jetzt! (Drs. 17/9227)

Ich weise darauf hin, dass die SPD namentliche Abstimmung beantragt hat, und eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit beträgt 24 Minuten für die Fraktionen. Die Verteilung setze ich als bekannt voraus. Erster Redner ist Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie ist die Situation bei der dritten Startbahn? Horst Seehofer wollte als Ministerpräsident im letzten Jahr ergebnisoffene Gespräche führen. Im November 2015 ist es dann zu einem einzigartigen Vorgang in der Geschichte des Bayerischen Landtages gekommen, nach meinem Dafürhalten wahrscheinlich in der Geschichte des bundesrepublikanischen Parlamentarismus überhaupt. Die eigene Fraktion, nämlich die CSU-Fraktion, hat Unterschriften gegen die Positionierung des Ministerpräsidenten gesammelt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Diese Reaktion der Fraktion zeigt, dass sich Horst Seehofer eigentlich gegen einen Bau der dritten Startbahn entschlossen hatte.

Wenn nun eine Fraktion die Politik des Ministerpräsidenten nicht mitträgt, sondern ihm von der Fahne geht, ist das ein Grund, die Vertrauensfrage zu stellen. Sie können froh sein, meine Damen und Herren, dass die Bayerische Verfassung diese Vertrauensfrage nicht vorsieht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Sie haben bis heute keine Klarheit geschaffen, wie es weitergeht, obwohl Herr Kreuzer Ende letzten Jahres erklärt hat, man könne das Thema problemlos auch im Februar oder März beraten. Jetzt haben wir Februar, und wir warten immer noch darauf, dass Sie überhaupt mit den Beratungen beginnen.

Die betroffenen Menschen haben unserer Ansicht nach ein Recht auf Transparenz und vernünftige Entscheidungen; denn der Bau einer dritten Startbahn würde für die ganze Region eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität bedeuten. Der Bau der dritten Startbahn würde bedeuten, dass erhebliche Gesundheitsgefahren durch den Lärm entstehen, dem viele Menschen ausgesetzt sein werden. Das zeigen viele Studien.

Für das Dorf Attaching stellt sich beim Bau der dritten Startbahn die Überlebensfrage; denn Sie ziehen ernsthaft in Erwägung, dass Menschen von ihrem angestammten Grund und Boden vertrieben und abgesiedelt werden, weil Sie in der Nähe die dritte Startbahn bauen wollen und die Flugzeuge dann über das Dorf hinwegschweben werden.

Solche schwerwiegenden Eingriffe kann man nur vertreten, wenn das Gemeinwohl weit überwiegt. Daran haben wir erhebliche Zweifel. Die Gründe, die Sie vorbringen, sind nicht stichhaltig und reichen nicht aus. Es gibt keinen Bedarf für die dritte Startbahn.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahl der Flugbewegungen ist im Vergleich zu den Spitzenjahren stark gesunken. Es gab im letzten Jahr zwar eine minimale Steigerung, aber die ganz aktuelle Prognose im Luftverkehrsbericht des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt sagt ja: Passagiere und Frachtaufkommen werden steigen, aber die Flugbewegungen bis zum Jahre 2030 werden pro Jahr nur minimal um 0,8 % zunehmen. Dieses Argument zieht also nicht; es gibt keinen Bedarf.

Sie haben auch nicht die Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke nach Berlin bis Ende 2017 berücksichtigt. Damit verkürzt sich die Fahrzeit auf unter vier Stunden. Und es geht dabei um 14.000 Flüge pro Jahr, die auf die Bahn verlagert werden können, von den anderen Verlagerungsmöglichkeiten gar nicht zu reden. Gleichwohl stelle ich Ihnen die Frage, was Sie dafür tun.

Erst vor wenigen Tagen ist der neue Umweltbericht Bayern 2015 veröffentlicht worden. Da geben Sie sich selbst schlechte Noten im Klimabereich. Die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen in Bayern sind höher als im Jahre 1990. Der Anteil des Flugverkehrs liegt bei 14 % und ist seit 1990 um mehr als das Dreifache angestiegen. Der Flugverkehr ist der klimaschädlichste Verkehr. Das zeigen viele Studien, unter anderem auch des Umweltbundesamtes. Die Treibhausgasemissionen in Gramm pro Personenkilometer sind fünfmal so hoch wie beim Bahnfernverkehr und immer noch um ein Drittel höher als bei Pkw-Fahrten.

Wo bleibt Ihre Reaktion darauf? Wir hatten den Klimagipfel von Paris, wir hatten hier im Hohen Hause die Klimaschutz-Regierungserklärung Ihrer Umweltministerin und haben jetzt den Umweltbericht für Bayern 2015. Wann fangen Sie das Nachdenken und Umsteuern an?

Der Weltgipfel von Rio liegt jetzt fast ein Vierteljahrhundert zurück. Schon damals wurde beschlossen: Wir brauchen eine nachhaltige Wirtschaftsentwick-

lung; wir brauchen mehr Klimaschutz, und wir brauchen die Erhaltung der Biodiversität. Aber Sie kommen immer noch mit den Argumenten der Sechziger- und Siebzigerjahre und reden einer ungebremsten Wachstums- und Betonpolitik das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, ob man Sie mit guten Argumenten überzeugen kann, aber reden wir doch einmal über die politischen Optionen, die Sie haben. Ich kann Ihnen gleich sagen, die Landeshauptstadt München – das sage ich immer an dieser Stelle – wird einem Bau einer dritten Startbahn ohne einen Bürgerentscheid, der sich klar dafür ausspricht, nicht zustimmen; denn Dieter Reiter und die Münchner SPD stehen zu ihrem Wort.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das nicht durch schmutzige Tricks und Winkelzüge aushebeln – sowohl der Ministerpräsident als auch der Finanzminister haben zugesichert, dass sie keine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft anstreben –, bleibt Ihnen nur eine Möglichkeit: Sie müssen einen neuen Bürgerentscheid initiieren. Da stellt sich dann doch die interessante Frage nach der Organisation und nach dem Zeitpunkt. Wer organisiert das dann? Die Münchner CSU zusammen mit der Flughafen München Gesellschaft? Wann wollen Sie das machen? Im Jahre 2017, dem Jahr der Bundestagswahl, oder im Jahr 2018, dem Jahr der Landtagswahl, oder im Jahr der Europawahl, oder gar im Jahr 2020, dem Jahr der Kommunalwahlen?

Sie sagen uns doch sicherlich noch rechtzeitig Bescheid. Ich sage Ihnen jetzt schon, dass Sie auch diesen Bürgerentscheid verlieren werden; denn alle Umfragen zeigen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in Bayern und in der Region gegen die dritte Startbahn ist. Dann stehen Sie vor der Entscheidung: Lassen Sie es, oder setzen Sie diesen Beschluss gegen den Willen der Bevölkerung durch, zur Not auch – das müssen Sie einkalkulieren – mit Wasserwerfern und Tränengas? - Da rate ich Ihnen: Lassen Sie es lieber gleich!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion spricht der Kollege Blume. Bitte schön.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege von Brunn, so wie Sie heute geredet haben, bekommt man wieder einmal ein Gefühl dafür, was in diesem Land los wäre,

wenn die Bayern-SPD hier Regierungsverantwortung hätte. Dann wäre Bayern noch in der Steinzeit.

(Florian von Brunn (SPD): Sie leben noch in der Steinzeit!)

Das ist genau der Grund, warum Sie in der Wählergunst aktuell bei 16 % stehen und warum Sie nie Regierungsverantwortung in diesem Land übernehmen werden.

(Beifall bei der CSU)

Ihr Antrag, den Sie heute vorlegen, womit Sie sich trauen, hier eine Debatte anzufangen, ist im Grunde genommen lächerlich. Sie wollen mit diesem Antrag, dass wir spätestens im Januar, aber allerspätestens am 29. Januar entscheiden. Das ist das, worüber abzustimmen Sie uns heute zumuten. Lieber Herr Kollege von Brunn, ich hätte erwartet, dass Sie den Antrag zumindest anpassen. Aber nein, Sie stellen ihn so zur Abstimmung. Sie verstehen wohl, dass das, was Sie wollen, schon aus diesem formalen Grund nicht einmal im Ansatz zustimmungsfähig ist.

Herr von Brunn, der entscheidende Punkt ist: Dieser Prozess hat im Jahr 2005 begonnen, zu einem Zeitpunkt, als alle Gesellschafter des Münchner Flughafens gesagt haben: Wir denken, dass die dritte Startbahn für die künftige Entwicklung von großer Bedeutung ist; aus dieser Überzeugung heraus steigen wir in die Verfahren ein und strengen ein Planfeststellungsverfahren an. – Glauben Sie ernsthaft, dass wir auf der Grundlage Ihres windigen Antrags – anders kann ich diese fünf Zeilen nicht bezeichnen – heute eine so wesentliche Entscheidung für den Freistaat Bayern treffen, lieber Herr von Brunn? – Ich erinnere an zehn Jahre Verfahren, an das Planfeststellungsverfahren und daran, dass wir durch alle Instanzen recht bekommen haben. Ich glaube, Sie überschätzen die Bedeutung der Bayern-SPD maßlos. Wir werden das nicht tun.

(Beifall bei der CSU)

Auch gehen Sie in Ihrem Antrag von falschen Voraussetzungen aus. Sie suggerieren in dem Antrag, es gäbe jetzt einen großen Entscheidungsdruck. Sie legen dar, dass es eine Zumutung sei, wenn jetzt nicht entschieden werde. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Herr von Brunn: Das ist keine Zumutung, sondern das ist Politik. Ich sage Ihnen: Das ist gute Politik. Das bedeutet nämlich auch ein Ringen um die richtige Lösung. Da können Sie es sich nicht einfach machen und sagen: Mensch, super, wir können uns jetzt hinter irgendeinem Bürgervotum verstecken. – Gute Politik heißt auch, verschiedene Dinge abzuwägen.

Herr von Brunn, ich muss Ihnen an dieser Stelle ganz klar sagen: Um diese entscheidende Abwägung drücken Sie sich. Sie sagen, es gäbe derzeit keinen Bedarf. Das mag so sein. Aber wir bauen ja die dritte Startbahn, wenn sie denn kommt, nicht für das Jahr 2016, sondern für die Zukunft. Das heißt, wir müssen doch den Bedarf der Zukunft zugrunde legen und können ihn nicht aus dem Aktuellen ableiten. Auch aus diesem Grund, Herr von Brunn, ist dieser Antrag deutlich zu kurz gesprungen.

Wenn Sie dann sagen, es sei illegitim, sich jetzt die Zeit zu nehmen, dann muss ich Ihnen sagen: Wir brauchen die Zeit. Wir brauchen sie deshalb, weil wir an einer guten Lösung interessiert sind. Eine gute Lösung ist nicht nur, wie der Kollege Rinderspacher es in einer Pressemeldung geschrieben hat, die Menschen in der Flughafenregion in den Blick zu nehmen. Dort herrscht, zugegebenermaßen, höchste Betroffenheit. Auch diese Betroffenheit muss man in den Blick nehmen. Man muss diese Betroffenheit aber in das Verhältnis zu der Bedeutung setzen, die dieses Projekt für ganz Bayern hat. Davon lese ich bei Ihnen überhaupt nichts. Davon höre ich auch nie etwas.

(Florian von Brunn (SPD): Dann haben Sie nicht zugehört!)

Nein, Sie verstecken sich immer nur hinter einem Bürgervotum und sind dankbar, dass Ihnen der Bürger in München vermeintlich eine Entscheidung abgenommen hat. So schaut gute Politik nicht aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir brauchen die Zeit. Ich sehe gar keinen Grund, sich dafür zu entschuldigen. Wir brauchen die Zeit, weil beispielsweise verschiedene Attachinger geschrieben haben, sie würden gerne noch einmal mit Kolleginnen und Kollegen der Fraktion ins Gespräch treten. Dem kommen wir natürlich nach.

Wir brauchen die Zeit auch deswegen, weil weitere Vertreter von bedeutenden Familienunternehmen sagen: Für uns ist ein solches Projekt von großer wirtschaftlicher Bedeutung für unsere Internationalisierung. Auch darüber würden wir gerne noch einmal reden.

Ich glaube, diese Zeit ist gut investiert; denn eine gute Lösung zu finden, heißt nicht – da bin ich bei Ihnen –, einfach irgendetwas durchzudrücken. Eine gute Lösung ist auch nicht, einfach nur zu sagen: "Wir machen es nicht", weil man sich dadurch der Zukunftsgestaltung verweigert.

Am Ende wird es darum gehen – lieber Herr von Brunn, da wäre auch die Zeit bei der Landeshauptstadt München gut investiert –, sich zu überlegen: Wie kann ich Bürgerwillen und Bürgerbetroffenheit mit der langfristigen Notwendigkeit für Infrastrukturentwicklungen in diesem Land zusammenbringen? Dieses Ringen braucht seine Zeit. Ich glaube, bei einem Verfahren, das jetzt schon zehn Jahre auf dem Buckel hat, kommt es auf einen Monat oder zwei nicht an.

Wir haben gesagt: Wir wollen im Frühjahr, im Februar, im März, darüber entscheiden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Februar, hat es geheißen!)

Ich kann Ihnen sagen: Wir werden auch entscheiden. Das wird aber keine Entscheidung der Bayern-SPD sein, jedenfalls keine, bei der Sie relevant sind.

Ich würde Ihnen einfach empfehlen: Sagen Sie Ihren Freunden im Münchner Rathaus, dass es auch einem Oberbürgermeister in München erlaubt ist, diese Zeit zu nutzen, nämlich zum Nachdenken, wie man als Landeshauptstadt seinen Pflichten als Gesellschafter, der bisher alle Schritte mitgegangen war, nachkommt. Es gibt auch so etwas wie Treuepflichten eines Gesellschafters. Auch da macht man es sich zu einfach, wenn man sagt: Wir können nicht, wir dürfen nicht und verweigern uns der Zukunftsgestaltung. – Das ist keine gute Zukunftspolitik für das Land, meine Damen und Herren. Wir werden in angemessener Zeit darüber entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat sich der Kollege Zierer gemeldet. Bitte sehr.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister! Dem Wortlaut nach hat sich dieser Dringlichkeitsantrag bereits erledigt. Gefordert wurde nämlich, dass sich der Ministerpräsident in der ersten Plenarsitzung im neuen Jahr klar dazu äußert, wie seine Entscheidung lautet: Ja oder Nein zur dritten Startbahn?

Nachdem der Dialogprozess beendet war – ein fairer und ausgewogener Dialog, der hier schon erwähnt wurde –, hätte die Entscheidung – dies möchte ich betonen – durchaus schon im Dezember fallen können. Aber in der CSU-Fraktion gibt es gewisse alte Politiker, die den Sprung in die neue Zeit nicht geschafft haben. Sie wollten verhindern, dass der Antrag im letzten Jahr noch einmal aufgeworfen wird. Aber was haben Sie damit erreicht? – Vielleicht haben Sie gehofft, dass die Flughafengesellschaft in der Zwischen-

zeit gute Nachrichten verkünden kann, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, andere Zahlen, die dies rechtfertigen würden. Das war aber nicht so, das ist nicht gelungen.

Eine bayernweite Umfrage hat gezeigt, dass die Mehrheit der Menschen den Ausbau des Flughafens um die dritte Startbahn nach wie vor ablehnt; andere Dinge ja, aber die dritte Startbahn nein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Anstieg der Flugbewegungen ist im Jahr 2015 mit nicht einmal 1 % recht mager ausgefallen. Es ist immer dieselbe Diskussion. Wir wissen das. Im Vergleich zum Januar des Vorjahres gibt es sogar einen Rückgang um 1 %. Die Prognosen haben sich also in keiner Weise bewahrheitet.

Wenn man versuchen würde, Zahlen zu pushen und eine Billigflug-Airline herzuführen, wäre das der richtige Weg? Ich denke nicht. Damit kommt Bayern sicherlich nicht voran; denn die Ziele, die Transavia anbietet, werden bereits von anderen Fluglinien bzw. von der Lufthansa ganz klar abgedeckt.

Es ist schon bemerkenswert, dass unser Fünf-Sterne-Flughafen mit Rabatten bei den Start- und Landegebühren Billigflieger anzieht und sich damit brüstet, ein Umsteigerstandort zu sein. Aber was tut man nicht alles, um ein paar Flüge mehr zu bekommen!

Meine Damen und Herren von der CSU, Sie betonen immer wieder, wie wichtig der Ausbau des Flughafens für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bayern ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das den Standort Bayern so weit nach vorne bringt, dass man von München aus für 31 Euro nach Venedig oder für 30 Euro nach Eindhoven fliegen kann. Das bringt uns nicht voran. Das sind ganz andere Dinge.

Herr Blume, Respekt! Ich muss ehrlich sagen: Viele Ihrer Kollegen oder auch Sie denken um. Ich möchte Ihnen die Zeit gönnen, wenn Sie sie für eine Entscheidung der Vernunft brauchen. Dafür möchte ich heute werben. Ich möchte dafür werben, dass Sie es wie der Herr Ministerpräsident machen. Gehen Sie hinunter, schauen Sie sich Anschlag an. Schauen Sie sich die Betroffenheit an. Schauen Sie sich den Flughafen mit seinen Möglichkeiten für die Zukunft an. Wir haben noch genug Kapazitäten. Wir haben noch genug Möglichkeiten. Verwenden wir das Geld für vernünftige Dinge. Gehen Sie mit Ihrer Fraktion raus, um damit den Anschlagern zu zeigen, dass sie ernst genommen werden, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das kann man durchaus verlangen. – Wir werden dem Antrag der SPD natürlich zustimmen, wenngleich das eher symbolischen Wert hat. Aber wir erwarten natürlich, dass die Entscheidungen nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag hinausgezögert werden.

Unser Ministerpräsident Seehofer hat, als er in Attaching war, dort zu den Bürgern folgende Worte gesagt: Meine Damen und Herren, Sie haben starke Argumente, und – das hat er extra betont – Sie haben hier die richtigen Zahlen. – Ich denke, es ist ein Kompliment, wenn man einer Bürgerinitiative sagt, sie habe die richtigen Zahlen, sie argumentiere mit Zahlen, die stimmen, nicht mit Prognosen, die die FMG irgendwo runterzieht und die sich in zehn Jahren in keinsten Weise bewahrheitet haben und in keinsten Weise der Realität entsprochen haben. Nehmen Sie sich die Zeit, gehen Sie hinunter nach Attaching und Freising und schauen Sie sich das dort vor Ort an. Die Bürger werden es honorieren und verstehen, dass Sie sich für sie einsetzen werden. Dann kann die Entscheidung nur so lauten: Wir brauchen die dritte Startbahn nicht, weil wir noch genügend Kapazitäten übrig haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Zierer. – Jetzt kommt Herr Dr. Magerl für die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, nachdem ich gehört habe, dass die SPD das Datum ändern möchte, was sinnvoll ist, werden wir dem Antrag selbstverständlich zustimmen. Ein Bericht in der Vergangenheit wäre wahrscheinlich ein bisschen schwierig gewesen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das schafft selbst diese Staatsregierung nicht! – Natascha Kohnen (SPD): Du weißt, warum es so ist!)

Herr Kollege Blume, wir verstecken uns nicht hinter dem Münchner Bürgerentscheid. Wir waren die Partei, die maßgeblich, anders als die SPD und die CSU, diesen Bürgerentscheid betrieben hat, und stehen nach wie vor dazu.

Sollte jemand auf die Idee kommen, daran herumzu manipulieren, werden wir am nächsten Tag wieder dastehen und gegebenenfalls einen neuen Bürgerentscheid starten und diesen mit einem noch besseren Prozentsatz gewinnen, Herr Kollege Blume. Da können Sie Gift darauf nehmen!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie reden hier vollmundig über den Bedarf der Zukunft. Haben Sie einmal in die neue, sehr umfassende DLR-Studie hineingeschaut. DLR – das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt – stand im Prozess um die dritte Startbahn von meiner Warte aus auf der Gegenseite und hat uns schwer zugesetzt, sage ich. Das DLR kommt jetzt zum Ergebnis, dass bis 2030, nicht mehr bis 2025, wie Intraplan zufolge ein Wachstum von 0,81 % per annum zu erwarten ist. Da geht es nicht mehr um 2025. Da geht es jetzt bis 2030. Wenn Sie das vom letzten Jahr aus gesehen hochrechnen – ich habe mir die Mühe gemacht –, dann kommen Sie für 2025 auf 412.000 und für 2030 auf 429.000 Bewegungen. 2008 hatte man 432.000 Bewegungen. Sie erreichen mit einem solchen Wachstum noch nicht einmal das Maximum, stellen sich aber hier hin und sagen, es gebe einen Bedarf für die dritte Startbahn. – Nein, es gibt keinen Bedarf für diese dritte Startbahn.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Mittlerweile wurden in diesem Jahr bei den Passagieren erstmals die Prognosen unterschritten. Prognostiziert waren 41,7 Millionen, erreicht wurden 41 Millionen. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass auch hier der Antrieber für ein potenziell mögliches Wachstum ausbleibt. Der Entscheidungsdruck, der hier wirksam ist, kommt in erster Linie von Herrn Kerkloh. Auch das muss man klar sagen. Herr Kerkloh hat im letzten Jahr gesagt; Jetzt oder nie. – Ich sage eines: Jetzt findet nicht statt, also nie.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Der Kollege Zierer hat es kurz angesprochen: das Heranlocken, vermutlich mit Subventionen, der Billigfluglinie Transavia, die in Frankreich im vergangenen Jahr erneut einen zweistelligen Millionenbetrag an Verlusten eingefahren hat. Ich wundere mich schon, warum hier dem Parlament Informationen vorenthalten werden. Ich habe am 1. Dezember 2015 eine Schriftliche Anfrage zu diesem Thema eingereicht. Am 16. Dezember kam dann die Verlängerung der Beantwortungsfrist, weil das unter Einbeziehung der Flughafen München GmbH umfangreiche Datenerhebung erfordere; eine längere Arbeitszeit sei notwendig; es werde gebeten, die Frist für die Beantwortung bis 31.01.2016 zu verlängern. Herr Söder, der Brief kam aus Ihrem Ministerium. Ich warte auf Antwort. Der 31.01. ist vorbei.

Es geht hier um eine ganz wesentliche Frage, nämlich darum, in welcher Höhe Billigfluglinien am Flughafen München subventioniert werden. Das "Handelsblatt"

hat bei dieser Entscheidung mit Recht getitelt, dies sei ein Angriff von Air France auf die Lufthansa. Da frage ich mich schon, wo Sie industrie- und verkehrspolitisch stehen, wenn Sie am Flughafen München Derartiges zulassen. Das gilt vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass Sie klagen. Ich habe schon im August in einer Schriftlichen Anfrage abgefragt, wie hoch die Emissionen aus dem Luftverkehr sind: 302 % Zuwachs. Es ist ein Unding, dass Sie jetzt eine derartige Billigfluggesellschaft, vor allem mit Flügen nach Paris, heranziehen. Wie wollen Sie denn Ihre Ziele im Klimareport, dargelegt mit 80 bis 95 % Reduktion, erreichen, wenn Sie einen derartigen Unfug machen und solche Gesellschaften am Flughafen heranziehen?

Herr Kollege Blume, Sie sagen, Sie werden mit Attachingern reden. Die Attachinger hätten Sie gern vor Ort gehabt; denn der Eindruck vor Ort, das Visuelle, dass die Fraktion dort hinausfährt, dass sie hört und vor allem diesen elenden Kerosingeruch riecht, wenn sie mal dort hinausgeht: Das müssen Sie erlebt haben. Das können Sie nicht hier im Fraktionssitzungssaal in München mitbekommen, sondern dafür müssen Sie vor Ort gewesen sein. Ich bitte Sie inständig, das noch nachzuholen, selbst wenn Sie dann noch mal zwei Wochen länger brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich schaue mir die Entwicklung in diesem Jahr an. Letzte Woche – das ist eine vergleichbare Woche – betrug das Wachstum in München 0,3 %. Frankfurt bewegt sich übrigens jetzt im fünften Jahr im Minus, obwohl es dort eine vierte Bahn gibt. Mehr Bahnen bedingen also nicht mehr Luftfahrt, sondern es zeigt sich klar und deutlich, dass ein Überangebot an Start- und Landebahnen in Deutschland da ist und kein Mangel herrscht.

Herr Staatsminister Söder, in der letzten Woche – und damit möchte ich schließen – war der Flughafen Nürnberg, für den Sie ebenfalls die Verantwortung tragen, mit großem Abstand das Schlusslicht. Dort gab es mit minus 5,5 % erneut weniger Bewegungen. Kommen Sie endlich mit einem Luftverkehrskonzept, das die Interessen beider Regionen, nämlich von München und von Nürnberg, berücksichtigt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Dr. Magerl. – Jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Lieber Herr Magerl, nur

eines: Wenn ich mal alles zugrunde lege, was die GRÜNEN in den letzten 20 Jahren zum Thema Flughafen gesagt haben, dann ist das einzige Flughafenkonzept, das Sie gern hätten, alle Flughäfen dichtzumachen. Diesen Gefallen werden wir Ihnen nicht tun. Das darf ich Ihnen an dieser Stelle versprechen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Geht es noch ein bisschen dumpfer?)

Die Anträge haben sich im Grunde genommen schon dadurch erledigt, dass der Zeitablauf überschritten wurde. Jetzt hier im Plenum zu sagen, okay, natürlich Quatsch, jetzt ändern wir den Zeitablauf, ist, ehrlich gesagt, ein sehr dünnes Argument. Die Dialogstrecke ist genannt.

(Florian von Brunn (SPD): Es gibt viele andere Argumente! Darüber können wir nachher reden!)

Der Dialog wird geführt. Ich gehe davon aus, es wird noch im März eine Entscheidung geben, eine Entscheidung, die eine Abwägung ist. Eines tun wir aber nicht, nämlich schon von vornherein klarzumachen, wie ein Ergebnis einer Abwägung auf jeden Fall auszusehen hat.

Lieber Herr von Brunn, bei aller Bedeutung der Landeshauptstadt München gilt: Der Flughafen ist nicht nur der Flughafen für München. Es ist der Flughafen für Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Was ist mit Nürnberg, Herr Söder?)

Bei der dritten Startbahn geht es um eine ganz wichtige

(Zuruf von der SPD)

- zuhören, ich habe es auch gemacht –, eine zentrale Infrastrukturweichenstellung.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Und zwar geht es nicht um das Jetzt im Moment, sondern um die Zukunft. Wir leben heute in unserem Erfolg des Jahres 2016. Wir leben von Weichenstellungen, die einige Jahre vor uns getroffen wurden. Es gehört zu vorausschauender Politik, dass man sich immer wieder der Diskussion und der Debatte stellt, was für die Zukunft wichtig ist.

(Karl Freller (CSU): Genauso ist es!)

Wenn man sagt, im Moment sei es vielleicht gar nicht entscheidend, blenden wir aus, was in der Zukunft stattfinden könnte. Dann versündigen wir uns an der

Zukunft Bayerns. Darum müssen wir diese Frage beantworten, meine sehr verehrten Damen und Herren, und zwar formlos.

(Beifall bei der CSU)

Ein Export- und Wachstumsland wie Bayern, das von seiner Industrie und seinem Export lebt, muss auch Vertriebswege haben, um den Export zu bedienen. Meine Damen und Herren, deshalb ist der Flughafen München einer der ganz zentralen Wettbewerbsvorteile, die wir haben. Dass sich der Flugverkehr national nicht so stark entwickeln könnte, ist das eine. Außer dem Frankfurter Flughafen gibt es jedoch keinen anderen Flughafen, der so erfolgreich geführt wird wie der Münchner Flughafen. Es gibt kaum einen Flughafen, der wirtschaftlich so effizient ist. Deshalb sind wir im Wettbewerb stärker als andere.

An dem Standort befinden sich 32.000 Arbeitsplätze. Nach einer vbw-Studie hängen an dem Standort 70.000 Arbeitsplätze in ganz Bayern. Der Flughafen ist einer der größten Arbeitsplatzsicherer, den wir haben. Er generiert Wertschöpfung in Höhe von 4,4 Milliarden Euro. Wirtschaftsexperten schätzen, dass eine dritte Startbahn in erster Linie kein Kostenfaktor wäre, sondern weitere 15.000 Arbeitsplätze und eine Wertschöpfung von über 800 Millionen Euro bringen könnte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Argumente darf man nicht ausblenden. Sie spielen eine zentrale Rolle.

(Beifall bei der CSU)

Herr von Brunn, Sie haben das Argument angeführt, das alles sei nicht rechtmäßig. Die obersten Verwaltungsgerichte haben entschieden. Sie haben bestätigt, dass die Planungen den hohen Anforderungen an Standards des Umwelt- und Lärmschutzes entsprochen haben. Sie können sich also nicht hinstellen und sagen: Die Planungen waren nicht ordentlich, und Werte wurden nicht eingehalten. Die Auflagen, die gemacht wurden, sind in die Planungen eingeflossen. Das ist durch die obersten Gerichte bestätigt worden. Man darf gegen die dritte Startbahn sein, aber bitte redlich und ehrlich. Sagen Sie nicht, das sei eine unseriöse Planung gewesen. Meine Damen und Herren, das war sie nämlich nicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Thema Kapazitäten. Selbstverständlich wächst der Passagierbereich. Auf das gesamte Jahr bezogen sind auch im letzten Jahr die Flugbewegungen gestiegen – trotz der Absage vieler Flüge durch den Streik. Selbstverständlich ist das Zwei-Bahnen-System zu Spitzenzeiten ausgelastet. Das ist ein bisschen wie bei der S-Bahn. Wenn der ganze Tag als

Berechnungsgrundlage genommen wird, ist nicht jeder Zug voll. Zu den relevanten Reisezeiten und wichtigen Wirtschaftsverkehrszeiten ist das Bahnsystem bislang jedoch ausgelastet – in rund 9 von 16 Tagesstunden der Vollbetriebszeit völlig. Im letzten Jahr – das ist nachweisbar – mussten verschiedene Anfragen für Flüge abgelehnt werden, weil es keine Möglichkeiten mehr gab.

Laut langfristiger Prognosen wird es eine Steigerung der Flugbewegungen geben. Meine Damen und Herren, die Region München wird wachsen. Das Wirtschaftsland Bayern soll wachsen. Wir können uns doch nicht von vornherein von diesem Wachstum koppeln. Wer heute für Bayern kein Wachstum mehr will, wird Bayern nicht mehr an der Spitze halten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen jedoch an der Spitze bleiben. Darum nehmen wir das sehr ernst.

(Beifall bei der CSU)

Herr Zierer identifiziert sich – das habe ich gelesen – als jungen Politiker. In diesem Jahr wünsche ich Ihnen alles Gute zu Ihrem 60. Geburtstag.

Meine Damen und Herren, ich kann nur eines sagen: Was bedeutet am Ende eine Entscheidung gegen die dritte Startbahn? - Das ist die Abwägung. Sie sagen: Na ja, im Moment brauchen wir sie vielleicht nicht. Darüber dürfen wir auch jederzeit diskutieren. Langfristig bedeutet dies jedoch, dass wir möglicherweise im Wettbewerb mit internationalen Flughafendreh-scheiben massiv zurückfallen; denn woanders wird ausgebaut. Es entstehen neue Drehachsen. Wenn wir nicht mehr Drehscheibe sind, könnte das dazu führen, dass wir nicht nur Passagiere, sondern zentrale Verbindungen zu den USA und nach Nahost verlieren und damit Arbeitsplätze gefährden. Der gesamte Wirtschaftsraum könnte zurückfallen. Deswegen sind wir der festen Überzeugung, dass im Rahmen dieses Abwägungsprozesses selbstverständlich die Interessen der Menschen in Attaching berücksichtigt werden müssen. Es müssen aber auch Tausende und Aber-tausende Arbeitsplätze jetzt und Arbeitsplätze der Zukunft sowie das Interesse der Menschen, ihre Familien ernähren zu können, beachtet werden. Darauf setzen wir.

(Beifall bei der CSU)

Sie wird es nicht überraschen, dass ich als Aufsichtsratsvorsitzender für die dritte Startbahn bin. Aus ökonomischer Sicht wäre eine andere Entscheidung, wenn wir eine AG wären, fast schon Untreue. Deshalb halte ich das Ja zu einer dritten Startbahn aus ökonomischer Sicht für eine wichtige Zukunftsentscheidung. Trotzdem gibt es auch noch andere Argumente, die

abgewogen werden müssen. Das wird im März passieren. Wir werden ausführlich Gelegenheit haben, darüber zu reden.

Eines will ich noch sagen: Mit reinen Feindbildern werden wir das Problem nicht lösen. Stattdessen müssen wir uns als Landtag nicht nur den gegenwärtigen Bedürfnissen stellen, wir müssen immer auch die Zukunftsinteressen im Blick haben. Glauben Sie mir, am Ende werden es uns die nächsten Generationen danken, wenn wir einen Anspruch erfüllen, den die Politik häufig nicht erfüllt. Die Politik sollte nicht nur auf Stimmungen des Moments reagieren, sondern auf langfristige Strategien für die Zukunft setzen. - Das ist die Auffassung der Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen Moment bitte. Herr Staatsminister, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen von Herrn Kollegen von Brunn und Herrn Kollegen Zierer vor. Herr von Brunn, bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben gesagt – das halte ich fest –, dass Sie für den Bau einer dritten Startbahn plädieren. Sie tun das mit einer reichlich selektiven Wahrnehmung, wenn Sie über den Bedarf reden. Herr Dr. Magerl und ich haben auf eine aktuelle Prognose im Luftverkehrsbericht aus dem Jahr 2014 verwiesen. Demnach werden die Flugbewegungen bis zum Jahr 2030 lediglich um 0,8 % zunehmen. Dazu habe ich weder von Ihnen noch von Herrn Blume ein Wort gehört. Sie ziehen nur die Aussagen heran, die Sie gerade für Ihren Standpunkt brauchen können.

(Widerspruch bei der CSU)

Ihre Ausführungen zur Zukunftstauglichkeit und zur Wirtschaftsentwicklung zeigen, dass Ihre Politik nicht für die Zukunft geeignet ist. Sie haben nicht verstanden, dass auf die Anforderungen der Zukunft mit einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung reagiert werden muss. Das zeigt auch Ihre reale Politik. Sie versagen doch im Klimaschutz im Verkehrsbereich. Sie versagen beim Flächenverbrauch. Sie reden undifferenziert über Wachstum und einen reinen Ressourcenverbrauch. Bei der CSU-Staatsregierung gibt es keinen Hinweis darauf, dass Sie wirklich eine zukunftstaugliche und nachhaltige Wirtschaftspolitik machen wollen und können.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich finde es sehr spannend, dass Sie anderen vorwerfen, eine selektive Wahrnehmung zu haben. Ich hatte eher den Eindruck, dass dies bei Ihnen sehr ausgeprägt ist. Im letzten Jahr haben wir 3.200 zusätzliche Flugbewegungen gehabt. Für das Jahr 2016 werden 15.000 zusätzliche Flugbewegungen prognostiziert. Die Luftverkehrsprognose des Bundesverkehrsministeriums sieht einen Anstieg des Passagieraufkommens um knapp 60 % bis zum Jahr 2030. Sehr objektive Zahlen belegen und zeigen, dass sich die Zahlen in eine ganz andere Richtung entwickeln werden. Deshalb halte ich es für etwas einseitig, zu sagen: Weil es in der Woche vom 1. bis 5. Januar vielleicht zwei Flüge weniger gegeben hat, können wir daraus eine Tendenz ablesen. Unser Ziel ist es, langfristig zu denken.

Herr von Brunn, man kann der Staatsregierung relativ viel vorhalten. Außerhalb Bayerns und in anderen Bundesländern, selbst wenn sie rot-rot dominiert sind, käme jedoch kaum jemand auf die Idee, uns eine schlechte Wirtschaftspolitik vorzuwerfen. Das Gegenteil ist der Fall. Jeder schaut mit Anerkennung auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Freistaats Bayern. Das sollten Sie auch einmal tun.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sie haben nichts verstanden!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt liegen mir noch zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zunächst erteile ich Herrn Kollegen Zierer das Wort. Bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, Ihren Ausführungen stimme ich zu. Wir sind stolz auf den Flughafen, den wir haben. Wir sind stolz darauf, wie er arbeitet. Das wollen wir auch erhalten. Wir wissen jedoch beide, dass der Flughafen noch über viele Kapazitäten verfügt. Wir wissen auch beide, dass eine Baugenehmigung, die letztes Jahr ausgesprochen und richterlich bestätigt worden ist, über Jahre hinweg gültig ist. Diese Genehmigung können wir verlängern, sollte der Bedarf vorhanden sein.

Wir brauchen gar nicht über Prognosen zu reden. Sie waren bisher nicht zutreffend und werden auch in der Zukunft nicht zutreffend sein. Wenn auf 300.000 Flugbewegungen noch einmal 3.000 Flugbewegungen kommen, ist das halt so. Das Schönreden bringt uns jedoch nichts. Wir haben Fakten. Wir sollten nicht streiten, sondern die beste Entscheidung treffen. Diese Entscheidung sollten wir aufgrund der Fakten treffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Das ist tendenziell zustimmungsfähig. Sie haben davon gesprochen, dass sich die Prognosen verbessern sollten. Ich habe aus Ihren Ausführungen jedoch herausgehört, dass generell keine Prognosen zuträfen. Man kann nicht sagen, dass eine schlechte Prognose zutrifft, wenn man generell nicht an Prognosen glaubt. Wenn Sie in zwei Jahren zustimmen werden, ist das ein Hoffnungsschimmer.

Vorhin habe ich noch einmal sehr deutlich gemacht, dass es unterschiedliche Argumente gibt. Die wirtschaftlichen Argumente müssen jedoch auch Gehör finden. Dazu zählen auch die infrastrukturellen Argumente. Herr von Brunn hat gesagt, die Münchner seien dagegen. Das Votum respektiere ich übrigens – das ist ganz klar. In anderen Landesteilen und unter den Kollegen in Niederbayern, auch von der SPD, gibt es eine breite Mehrheit, die sagt: Wir brauchen das für den Anschluss vieler ländlicher Bereiche. In ganz Bayern gibt es also sehr differenzierte Betrachtungsweisen. Wir halten uns an offizielle Prognosen, die Sie ja bestätigt haben. Am Ende werden wir eine Entscheidung treffen.

Eines ist aber ganz klar: Der Flughafen ist eine der ökonomisch wichtigsten Infrastruktureinrichtungen, die wir in Bayern haben. Wir können nicht sagen: Jetzt passt's. Und dann machen wir ein Schleifchen drum und hoffen, dass nichts mehr passiert. Herr Zierer, wir müssen auch immer daran denken, was in der Zukunft passieren wird. Wenn alle anderen ausbauen, zum Beispiel Istanbul, möchte ich nicht, dass wir eines Tages aufwachen, uns wohlfühlen, aber die Zukunft verschlafen haben. Das möchte ich nicht. Deswegen müssen wir die anderen Argumente auch betrachten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt kommt Herr Kollege Dr. Magerl. Bitte schön.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Die Zukunft des Flughafens Nürnberg haben Sie längst verschlafen. Das war aber nicht der Grund, weshalb ich mich zu Wort gemeldet habe.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Sie bringen bei den Prognosen immer die alten Kammellen, die Ihnen gerade so in den Kram passen. Das waren alles Prognosen, die nicht nur widerlegt sind, sondern bei denen der Prognostiker gesagt hat: Ich habe mich an einem zentralen Punkt geirrt, nämlich hinsichtlich der Größe der Flugzeuge. Das gilt gerade für die Infraplan-Prognose.

Wir haben momentan einen Schnitt von 150 Plätzen pro Flugzeug. Diese Zahl finden Sie bei der Annahme der Flugzeuggröße bei der Infraplan-Prognose überhaupt nicht, auch nicht für das Jahr 2025. Infraplan hat selbst zugegeben, dass es sich an dieser Stelle geirrt hat.

Sagen Sie doch einmal etwas zu der Prognose von Eurocontrol, die auf 0,8 % kommt. Sagen Sie etwas zur Prognose der Deutschen Flugsicherung, die von 1 bis 1,5 % ausgeht, und zur Prognose des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt – das ist die neueste, die wir haben -, die von 0,81 % ausgeht.

Sie dürfen sicher sein: Der Ministerpräsident kennt diese Prognosen ganz genau. Dafür ist schon gesorgt worden. Nehmen Sie diese Prognosen bitte zur Kenntnis. All die alten Prognosen, die vielleicht irgendwann einmal getragen hätten, wenn dieser oder jener Umstand eingetreten wäre, sind nicht mehr aktuell. Nehmen Sie die Realität und die neuen Prognosen zur Kenntnis.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Lieber Christian Magerl, ich bin im Jahre 1994 in den Landtag gekommen. Damals haben wir genau die gleichen Debatten an anderer Stelle geführt. Schon damals ging es immer gegen den Flughafen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Es geht hier um die dritte Startbahn!)

- Ihr wart immer dagegen. Ich bin schon länger im Landtag, und ich begleite Herrn Kollegen Magerl schon länger als mancher in seiner eigenen Fraktion. Ich kann das sagen. – Ich respektiere immer den Standpunkt. Fakt ist aber, dass Gutachten, die eine gesamtdeutsche Entwicklung betreffen, nicht auf den Münchner Flughafen heruntergebrochen werden können; denn die gesamtdeutsche Entwicklung ist zum Beispiel beim Wirtschaftswachstum oder der Bevölkerungsentwicklung eine andere als die Entwicklung in Bayern. Wir sind nicht ganz Deutschland, wir sind stärker als Deutschland. Deswegen ist auch unser Flughafen stärker als Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Herr von Brunn, dass Sie mitkatschen und gegen Ihre eigene SPD Stimmung machen, finde ich ärgerlich. In Nürnberg bemühen sich Stadt und Land, auch die SPD, massiv und erfolgreich um einen Flughafen, der sich in einer Strukturherausforderung befand und der

jetzt auf einem sehr guten Weg ist. Ich lasse es nicht zu, dass hier im Landtag die Bemühungen von Stadt und Land, die zu erkennbaren Ergebnissen geführt haben, schlecht gemacht werden. Lieber Christian Magerl, schau dich einmal in Nürnberg um! Dann kannst du etwas lernen von guter Flughafenpolitik!

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Meine Damen und Herren, die SPD hätte den Antrag gerne etwas abgeändert. Ich darf kurz zitieren: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, über ihre Entscheidung zur 3. Start- und Landebahn für den Flughafen München spätestens bis Ende des ersten Quartals 2016 im Landtag zu berichten." Wir haben jetzt ein formelles Problem: Diese Änderung des Antrags müssten wir zunächst in einem Geschäftsordnungsantrag beschließen.

Ich schlage deshalb Folgendes vor: Wenn das Hohe Haus geneigt wäre, diesem Antrag zuzustimmen, würde es damit auch diesem Geschäftsordnungsantrag zustimmen. Wenn das Hohe Haus diesen Antrag ablehnen möchte, könnte damit der Geschäftsordnungsantrag auch abgelehnt werden. Ich würde vor-

schlagen, diese beiden Abstimmungen zu verbinden. Ich stelle den Antrag damit in der von der SPD gewünschten Fassung zur Abstimmung. Wir schauen dann, was dabei herauskommt. Sind Sie damit einverstanden? – Gut.

Ich eröffne damit die namentliche Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung. – Noch eine halbe Minute!

(Namentliche Abstimmung von 18.44 bis 18.49 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung, aber noch nicht die Sitzung. Ich möchte schon jetzt darum bitten, dass nicht gleich alle verschwinden. Wir können erst schließen, wenn das Ergebnis ausgezählt ist. –

(Unterbrechung von 18.50 bis 18.51 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Mit Ja haben 61 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 82. Es gab 2 Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich bedanke mich ausdrücklich bei denjenigen, die so lange ausgehalten haben. Damit schließe ich die Sitzung und wünsche einen guten Nachhauseweg.

(Schluss: 18.51 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Regelung zur Berücksichtigung der Dyskalkulie gefordert!
 Drs. 17/1619, 17/9744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Mehr Transparenz in der bayerischen Förderpolitik
 Drs. 17/8205, 17/9658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Schienennahverkehrsplan endlich fortschreiben
 Drs. 17/8397, 17/9659 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Staatliche Förderung und Beratung zur Reduktion der Milchmenge einsetzen
Drs. 17/8642, 17/9752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Erwin Huber, Eberhard Rotter u.a. CSU
Brutto- statt Nettovertrag für die S-Bahn München
Drs. 17/8671, 17/9661 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verankerung einer verpflichtenden Sperrklausel bei Europawahlen im Europarecht verhindern!
Drs. 17/8689, 17/9743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Asylsozialarbeit in Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen
Drs. 17/8690, 17/9707 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sprengstoff-Suchgeräte
Drs. 17/8762, 17/9740 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Ruth Müller u.a. SPD
Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Sprengstoffsuchgeräte am Münchner Flughafen
Drs. 17/8807, 17/9739 (E) [X]

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die CSU-Fraktion hat gemäß §126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport der Abstimmung zugrunde zu legen.

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Erhöhte Regionalisierungsmittel bevorzugt zur besseren Vernetzung von SPNV und ÖPNV, zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken und dem beschleunigten Abbau von spezifischen Ausgabenresten für Baufortschritte nutzen!
Drs. 17/8939, 17/9660 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lehr- und Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement im LehrplanPLUS der weiterführenden Schulen fest etablieren
Drs. 17/8940, 17/9751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Streckenstilllegungen und Rückbau vermeiden – Reaktivierungen ermöglichen
Drs. 17/8953, 17/9662 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reduktion der Schäden durch Schwarzwild – Schonzeiten für Keiler aufheben
Drs. 17/9059, 17/9753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster u.a. SPD
Technische Fakultät der FAU weiterentwickeln!
Drs. 17/9085, 17/9741 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg, Petra Guttenberger u.a. CSU
Bayern digital: Eine Chance für alle Menschen
Drs. 17/9106, 17/9663 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Eberhard Rotter, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Voraussetzung für Automatisiertes Fahren schaffen – Anforderungen an die Straßeninfrastruktur abklären
Drs. 17/9112, 17/9664 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Bezahlbarer Wohnungsbau: Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz neu konzipieren und auf wirtschaftlich tragbare Anforderungen zurückführen
Drs. 17/9154, 17/9665 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Novellierung des Vergaberechts mittelstands- und kommunalfreundlich gestalten
Drs. 17/9230, 17/9666 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transparente Offenlegung der gesamten Standardisierten Bewertung zum geplanten 2. S-Bahn Stammstreckentunnel
Drs. 17/9232, 17/9670 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Freiberufliche Struktur bei Architekten und Bauingenieuren erhalten
Drs. 17/9259, 17/9668 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.02.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Isabell Zacharias u. a. und Fraktion SPD; 3. Startbahn: Klarheit für die Menschen - Entscheidung jetzt! (Drucksache 17/9227)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	61	82	2